A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

23

Apr. 1973

Forschung zum Arbeiterwiderstand
Entwicklung in Spanien
Westberlin: 1. Mai und Aktionseinheit
Sozialistische Demokratie
Widersprüche im "Kapital" ?

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

5. Jahrgang Nr. 23 April 1973

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Julian Quijada, Hans W. Rachdorf	Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (Teil I)	1
Wilma Gensinger, Richard Albrecht	Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD	37

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Autorenkollektiv	1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin	63
Albert Engelhardt	Sozialistische Demokratie in der DDR	79

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Peter Römer	Widersprüche im „Kapital" oder kapitalistische Widersprüche?	93
Heinrich Heims	Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß	99

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen) Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10 - 107
Anzeigenpreisliste 2/70

Satz, Druck
Verlag und Druck Informdienst GmbH
Westberlin

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Nachrichten Verlages, der Deutschen Volkszeitung, eine Bestellkarte der SOPO sowie der Index 1972.

Aufsätze und Analysen

Julian Quijada/Hans W. Rachdorf

Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (Teil 1)

> Der Bonapartismus gab vor, "alle Klassen zu vereinigen durch die Wiederbelegung des Trugbilds des nationalen Ruhms. In Wirklichkeit war es die einzig mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte."
>
> Karl Marx:
> "Bürgerkrieg in Frankreich",
> MEW 17, S. 337/38

Vorbemerkung

Es herrscht ein erschreckender Informationsmangel über die Verhältnisse in Spanien: Die deutschsprachige Literatur beschränkt sich auf einige wenige Bücher, die allerdings nur sehr unzureichend über die spezifisch spanischen Probleme zu informieren vermögen. Die meisten bewegen sich auf der leicht zu erklimmenden Anti-Franco-Ebene und ergehen sich in "demokratischen" Oberflächlichkeiten; einige wenige schwelgen in Soziologismen, andere in relativ unvermittelter Beschreibung der neuen Arbeiterbewegung. Die Bürgerkriegsliteratur überwiegt noch immer.

Es gibt bedauerlicherweise nicht ein einziges erwähnenswertes Geschichtswerk über Franco-Spanien in deutscher Sprache. Niemand hat es bisher für nötig gehalten, die zum Teil ausgezeichneten Arbeiten verschiedener französischer Historiker zu übersetzen. Sicherlich sagt dieser desolate Informationsstand auch etwas über das Erkenntnisinteresse der meisten Romanisten oder Hispanisten aus: der schöngeistigen Literatur wird noch immer allzu selbstverständlich ein Alleinvertretungsanspruch eingeräumt. (Zur näheren Information sei verwiesen auf Michael Nehrlichs Aufsatz: "Romanistik und Antikommunismus" in: ARGUMENT 72.)

Wir haben uns vorgenommen, in zwei Artikeln mit der Aufarbeitung und Analyse des Materials zur Entwicklung des spanischen Kapitalismus seit Ende der fünfziger Jahre (1. Teil) und der neuen spanischen Arbeiterbewegung (2. Teil) zu beginnen.

Dabei hat sich besonders bei der Arbeit am ersten und zweiten Teil als großer Nachteil erwiesen, daß die Kommunistische Partei Spaniens (PCE) im Untergrund und im Exil arbeiten muß (29.4.72: Ausweisung des Generalsekretärs Santiago Carrillo aus der BRD

durch Innenminister Genscher). So ist es ihr z.B. nicht möglich, wie andere KP's eigene Institute zu unterhalten, um in eigenen Erhebungen die oft dilettantischen, falschen oder gefälschten Statistiken des Franco-Staates zu überprüfen. Und Gewerkschaften, die diesen Namen verdienten, gibt es nicht.

Dennoch verdanken wir wesentliche Interpretationen und Hinweise einem Buch, das von einem PCE-nahen Verlag herausgegeben wurde: "Un futuro para Espana: la democracia economica y politica", Paris 1967. "Dieses Buch ist die kollektive Arbeit einer Gruppe von PCE-Mitgliedern, Lehrern, Soziologen, Ökonomen, Medizinern, Juristen, Agronomen, Ingenieuren und Psychologen mit kommunistischer, sozialistischer, katholischer und fortschrittlicher Ausrichtung, die an verschiedenen Punkten Spaniens, einige auch im Exil, leben und arbeiten ... Ihre Namen können heute aus Gründen der Vorsicht nicht genannt werden ..." (Santiago Carrillo im Vorwort). Weiterhin verdanken wir dem trotz aller Mängel und Oberflächlichkeiten grundlegenden Werk von Ramon Tamames: "La estructura economica de Espana", Madrid 1971, 6. Ausg., wichtige Anregungen.

Wir haben darauf verzichtet, durchgehende Anmerkungen zu machen, und stattdessen bibliographische Hinweise angehängt, die Interessenten als Grundlage dienen mögen. Wenn also im Text genannten Büchern keine näheren Angaben beigestellt sind, findet sich das Werk im bibliographischen Anhang.

Zwei Makel (dieser sind wir uns zumindest bewußt) hängen diesem Artikel an. Der erste ist, daß die vorhandenen Daten in den meisten Fällen nur bis 1969/70 reichen; diese uns im ökonomischen Teil aufgezwungene Begrenzung kann aber im zweiten Teil über die Klassenkämpfe in Spanien nicht eingehalten werden, da Ausmaß und Entschiedenheit der neuen spanischen Arbeiterbewegung nach dem Prozeß von Burgos und der damit verbundenen Solidaritätskampagne mit den zum Tode verurteilten Basken eine neue Stufe erreicht haben.

Der zweite Makel ist, daß der Artikel uns selbst über einige Strecken sehr stark deskriptiv erscheint und aufgrund der vielen Statistiken zum Gähnen reizen mag. Trotz der Einsicht haben wir wenig auf Abhilfe gesonnen. Es gibt zuwenig deutschsprachiges Material über Spanien, um diesen Aufsatz nicht auch als ersten umfangreichen Versuch einer Materialsammlung und -ordnung zu verstehen. Wir haben nicht vor, es dabei zu belassen.

Aus diesen Überlegungen heraus haben wir denn auch die manchmal feuilletonistisch anmutenden Passagen, so wie sie aus unserer parteilichen Auseinandersetzung mit der spanischen Wirklichkeit entstanden sind, im Text belassen. Sie mögen, sofern sie gelungen sind, dem Leser zur Erholung dienen.

Spanien: das ist für "die einen" Franco, Faschismus, Folterungen, keine Devisen ins Land bringen (höchstens nach Ibiza); für "die anderen" Eurafrika, Sonne mit Meersalz und Flamenco garniert, Blut fließt nur beim Stierkampf, Urlaub.

Sicher ist, daß Spanien sein Gesicht in den letzten zehn Jahren vielerorts verändert hat. Die vielen Millionen Touristen, die jeden Sommer die Küsten der iberischen Halbinsel heimsuchen, sonnen sich immer öfter vor Wolkenkratzern, die wie die Krätze an den Stränden entlangwuchern. Erste Autobahnen verbinden jene Ausgeburten profitgieriger Kapitalhirne. Und es sind nicht mehr nur ausländische Autos, die sie benutzen. Längst können die Spanier mit ihren ratengekauften 600er Lizenz-FIATs ihre Städte selber zweimal am Tag im Verkehrschaos ersticken lassen. Auf den Bildschirmen in den Neubauslums der Arbeitervorstädte wird das Nachtgebet vom TV-Sandmännchen vorgekaut, und anschließend verrichtet El Cordobes Kunsthandwerk.

Gewiß, auch das sind Stereotypen. Aber sie geben ein Abbild Spaniens, das sich von dem unserer Gesellschaft kaum unterscheidet. Auf den ersten Blick. Und auf den zweiten immer weniger. Die spanische Bourgeoisie hat doch noch begonnen, ihre Geschichte in Beton zu gießen. Und sie braucht Franco, damit der Tag, an dem die 600er SEATs alle in eine Richtung fahren, noch nicht so bald kommen möge. Denn ihre Wirtschaft besorgt sie wie alle Bourgeoisien selbst. Und wie!?

1. Kurzer Abriß der wirtschaftlichen Entwicklung von 1939 - 57

Nach drei Jahren (1936-39) erbitterten Bürgerkrieges konnte die Finanz- und Großgrundbesitzer-Oligarchie ihre Herrschaft nur durch einen nach nazi-deutschem und duce-italienischem Modell aufgebauten Staat absichern. Armee und katholische Kirche lieferten Stütze und Legitimation. In der Hand von Francisco Paulino Hermenegildo Teodulo Franco y Bahamonde Salgado Pardo, Führer und Staatschef von Gottes Gnaden (caudillo de Espana por la gracia de Dios) vereinigten sich alle öffentlichen Gewalten. Er stand auch an der Spitze der allein zugelassenen Nationalen Bewegung, die von nun an die gesamte Bürokratie beschlagnahmen sollte. Neben dem damit verbundenen Verbot von Parteien wurden faktisch alle Menschenrechte suspendiert. Die Autonomie-Statute Kataloniens und Euzkadis (Baskenland) wurden zugunsten einer fiktiven politischen und kulturellen Einheit der Nation aufgehoben; die Klassen in einem sogenannten "vertikalen Syndikat" nach Berufsständen gegliedert, zwangsweise zusammengefaßt. Erklärung XIII,5 des "Grundgesetzes der Arbeit": "Das vertikale Syndikat ist ein Instrument zu Diensten des Staates, durch das er hauptsächlich seine Wirtschaftspolitik ausüben wird." Es verwundert denn auch nicht weiter, daß das Syndikat aus den sogenannten "Ausschüssen zur Regulierung der Produktion" entstanden ist. Diese waren während des Krieges, besetzt mit Unternehmern und deren Interessenvertretern, im Namen des Staates mit der Verteilung von Großaufträgen, Festsetzung von Steuern und Preisen u.ä. betraut. Ab 1942 übernahm die Regierung auch offiziell die Festsetzung der Lohntarife.

Die während des Bürgerkrieges in den republikanischen Gebieten begonnene und beträchtlich vorangetriebene Agrarreform, welche ein Lösungsversuch für das älteste und gravierendste Strukturproblem Spaniens – Latifundien im Süden, Minifundien im Norden – war, wurde schnell und gründlich rückgängig gemacht. Mehr noch, die staatlich festgesetzten, für Landarbeiter besonders niedrigen Löhne sowie staatlich fixierte Preise begünstigten die offen tolerierten Schwarzmarktpraktiken der Großgrundbesitzer.

Die Industriegesetze von 1939 leiteten jene Autarkiepolitik ein, die für die nächsten mindestens dreizehn Jahre oberstes Leitprinzip aller Wirtschaftspolitik in Franco-Spanien werden sollte. Sie gaben dem Staat die Macht, die Wirtschaft durch direkte Eingriffe zu steuern. Die beiden Hauptinstrumente waren das Instituto Nacional de Industria (INI) und die Banken.

Die Banken machten zu dieser Zeit einen starken Konzentrations- und Monopolisierungsprozeß durch, der vorwiegend durch die Erklärung eines "Status quo" im Jahre 1938 begünstigt wurde: neue Bankinstitute durften nicht mehr eröffnet werden.

Die Jahre 1939-51 waren gekennzeichnet durch wirtschaftliche Stagnation, wenn nicht sogar Rückgang. Die land- und viehwirtschaftliche Produktion brach, in erster Linie wegen der agrarischen Gegenreform, zusammen. Die Lebensmittelknappheit machte sich besonders in der Arbeiterklasse bemerkbar und führte zur Ausbreitung blühender Schwarzmärkte. Die staatlichen Arbeitsreglementierungen hielten die Löhne niedrig, nahezu auf dem Subsistenzminimum, was der Oligarchie trotz wirtschaftlicher Stagnation relativ hohe

Profite sicherte. Vor allem im Süden stellte die Arbeitslosigkeit ein großes Problem dar: die Landarbeiter verkauften jeden Tag auf dem Marktplatz dem Meistbietenden ihre Arbeitskraft.

Hunderttausende ließ Franco nach seinem "glorreichen Kreuzzug" in Gefängnisse werfen und erschießen. Millionen, darunter ein großer Teil qualifizierter Facharbeiter, mußten ins Exil gehen. Und der Krieg selbst hatte über eine halbe Million Tote gefordert.

Die Kriegsschulden gegenüber Deutschland und Italien belasteten zusammen mit den vorgenannten Faktoren die auswärtigen, vor allem Handelsbeziehungen derart, daß sie quasi vollständig zum Erliegen kamen und ihrerseits die wirtschaftliche Entwicklung hemmten. Die Auswirkungen der katastrophalen Wirtschaftssituation waren so verheerend, daß ein "Reruralisierungsprozeß" eingeleitet wurde: die aktive Landbevölkerung war 1940 und auch noch 1950 merklich größer als 1930, beträchtlich größer sogar noch als im letzten Vorkriegsjahr. Damit verbunden war der Rückfall weiter Landgebiete in Subsistenzwirtschaft, Tauschhandel und soziale Inaktivität. Erst 1953, 14 Jahre nach Beendigung des Bürgerkrieges, erreichte das Volkseinkommen den Vorkriegsstand.

Der seit 1951 langsam einsetzende Wandel in Spanien ist vorwiegend auf außenpolitische Umstände zurückzuführen. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges im Gefolge des Koreakrieges wurde Spanien für die USA strategisch interessant. 1951 schon konnte Franco finanzielle Schwierigkeiten und Engpässe der Rohstoffbeschaffung sowie in der Lebensmittelversorgung mit Krediten der US-Import-Export-Bank überwinden. Im September 1953 schließlich wurden die inoffiziellen Kontakte zwischen den USA und Spanien durch die Unterzeichnung eines Militärabkommens offenkundig. Diese "Madrider Verträge" machten Spanien zu einer der wichtigsten Positionen in der US-Nuklearstrategie. In der Folge durfte Spanien die US-Agrarüberschüsse verzehren, was einerseits zwar zur kurzfristigen Verbesserung der Versorgungssituation beitrug, andererseits aber den Ausbau der Landwirtschaft behinderte, die Preise steigen, die Inflation traben und die Peseta aushöhlen ließ.

Dennoch wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch langfristige Kredite anderer Staaten (Großbritannien, Frankreich, Belgien) wieder in Gang gebracht, da sich mit ihnen der Außenhandel wieder belebte, der durch seine weitgehende Inexistenz einer der wesentlichen Faktoren der Stagnationsjahre war.

Mit dem Jahr 1951 endete aber auch die innenpolitische Lähmung. Die steigenden Lebenshaltungskosten führten zu Protesten, die im Frühjahr 1951 in Barcelona ihren ersten Höhepunkt fanden: vollständiger Boykott aller öffentlichen Verkehrsmittel und Generalstreik. Im Winter 1951 konnte der Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung nur durch massive Einfuhren verhindert werden.

Die Proteste führten zu einer Regierungsumbildung. Die neuen Minister liberalisierten den Handel, was zusammen mit zwei Rekordernten (1951/52) zu einer leichten Belebung der Produktion führte. Ausländische Kredite, Überweisungen der Emigranten, erste kräftigere Touristenströme und verbesserte Außenhandelsbeziehungen ließen die Industrialisierung wieder in Gang kommen. Es bildeten sich vor allem Klein- und Mittelbetriebe, die die nun einsetzende Landflucht nicht verkraften konnten. Die Entstehung von Slums zwang zu einer Intensivierung der Bautätigkeit. Die anhaltende Landflucht macht Strukturveränderungen im Agrarsektor notwendig, um die Versorgung der schnell wachsenden Stadtbevölkerung zu sichern. Flurbereinigung ohne Einbeziehung des Großgrundbesitzes und Bewässerungspolitik verstärkten noch die bestehenden ländlichen Machtstrukturen und verursachten zusammen mit der wachsenden Verschuldung der Kleinbauern aufgrund der Kapitalisierung der Landwirtschaft durch die Finanzoligarchie eine Intensivierung der Land-Stadt-Wanderungen.

Nach 1954 schließlich führten die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise im allgemeinen und die spezifisch spanische Situation im besonderen zu einer Wirtschaftslage, in der nur noch durch Unterstützung von außen der endgültige Bankrott verhindert werden konnte. Bis 1954 waren die Preise noch relativ stabil geblieben. Ab 1955 jedoch stiegen sie unaufhörlich, während die Peseta an den ausländischen Börsen innerhalb kurzer Zeit rapide fiel. Dieselben Kredite, welche die Wirtschaft, insbesondere die Industrialisierung, wieder in Gang gebracht hatten, waren jetzt Grund dieser Inflation. Da jegliche übergreifende Planung fehlte, konnten die privaten Monopole im Schutze der staatlichen Exportbeschränkungen dort investieren, wo auf kurze Sicht die größten Profite zu machen waren und so ihre Monopolstellung beträchtlich ausbauen.

Die Autarkiepolitik, die Spanien vor dem Konkurrenzdruck der ausländischen Märkte abgeschirmt hatte, schuf selbst die Widersprüche, zu deren Überwindung ab 1957 bis zum heutigen Tage die größten Anstrengungen gemacht werden. Investitionen flossen in zu kleine Fabriken mit veralteter Technik; staatliche Lohnfestsetzungen ließen hohe Profite zu und gaben keinerlei Anlaß zu Rationalisierungen. Weder Staat noch Monopole bemühten sich um eine langfristige Grundlagenforschung, die der spanischen Wirtschaft die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtert hätte. Diese Investitionspolitik nach puren privatkapitalistischen Profitmaßstäben bei gleichzeitiger Nichtbeachtung der langfristig benötigten Strukturbedingungen führte schließlich zu steigenden Kosten, die zusammen mit unkontrollierbar anwachsenden Staatsausgaben durch rasch steigende Preise den ohnehin eingeschränkten Export merklich erschwerten. Die Exportschwierigkeiten wurden durch das uneinheitliche Wechselkurssystem, welches Importe de facto belohnte und Exporte behinderte, noch verstärkt. Das daraus resultierende Handelsbilanzdefizit war schließlich so groß, daß auch die Devisen der Touristen und der Emigranten die Zahlungsbilanz nicht mehr ausgleichen konnten. Die Folge waren immer höhere Kosten zur künstlichen Aufrechterhaltung der staatlich festgesetzten Wechselkurse bei jäh fallenden Peseta-Notierungen und das rapide Wegschmelzen der Devisenreserven.

Dies ist die Situation, in der 1956 an den Universitäten die Kämpfe gegen die faschistisch beherrschte Studentengewerkschaft SEU ausbrechen. Im Frühjahr 1956 wird der Norden Spaniens durch Streiks der Bergleute und Metallarbeiter erschüttert. Sie kämpfen für höhere Löhne und kollektive Lohntarifverhandlungen. Die erkämpften Lohnerhöhungen werden bald durch Preissteigerungen aufgefressen; das Nachgeben der Regierung in der Frage kollektiver Tarifverhandlungen ist fruchtlos: es fehlen Gewerkschaften, die die neuen Möglichkeiten im Interesse der Arbeiter ausnützen könnten. Ansonsten reagiert das Regime hart: Polizeieinsätze, Deportationen. Bei Boykottmaßnahmen gegen die öffentlichen Transportmittel in Barcelona und Madrid kommt es im Januar und Februar 1957 zu Straßenschlachten, Bombenanschlägen und Massenverhaftungen. Folterungen sind in den Kommissariaten und Gefängnissen gang und gäbe.

2. Das Opus Dei

Diese wirtschaftliche und politische Situation zwingt Franco zur schwerwiegendsten Regierungsumbildung seit seinem Machtantritt. Mit López Rodo tritt im Dezember 1956 der erste neue Mann sein Amt an: er wird Technischer Generalsekretär des Regierungspräsidenten (Franco). Am 25. Februar 1957 schließlich stellt Franco ein neues Kabinett vor, in dem fast alle Wirtschaftsressorts von Opus-Dei-Leuten besetzt werden. Einfädler der ganzen Wachablösung ist der heutige starke Mann, Statthalter Francos und Königsmacher von Juan Carlos, Admiral Luís Carrero Blanco.

Das Opus Dei, zu deutsch: Werk Gottes, ist eine geheime Laien-Organisation der katholischen Kirche, hierarchisch und autoritär in Ränge eingeteilt, deren Mitglieder alle Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft einnehmen. Die "heilige Maffia" besitzt oder kontrolliert:

" – die Spanische Volksbank, zwei Industriebanken und zahlreiche lokale Kreditinstitute;
– Versicherungs-, Finanzierungs-, Holding- und Investmentgesellschaften;
– Werbe- und Presseagenturen, Tageszeitungen, Frauenzeitschriften, Buchverlage, eine Filmgesellschaft und einen Rundfunksender;
– eine Universität in Pamplona, höhere Schulen in Madrid, Barcelona und Bilbao, ein Institut für Unternehmensführung, Haushaltsschulen und Studentenheime."

(SPIEGEL Nr. 46, 1970, S. 152; vgl. Jesus Ynfante: "La prodigiosa aventura del Opus Dei. Génesis y desarrollo de la Santa Mafia", Paris 1970)

Der opus-intern so genannte "Vater", der Pater José María Escrivá de Balaguer, meint in der 479 Punkte umfassenden Satzung, die Ynfante ans Tageslicht fördern konnte: "197. Unser Institut ist zweifellos eine Familie, aber außerdem ist es auch eine Miliz. Eine Familie ohne die Unannehmlichkeiten der körperlichen Liebe; und eine Miliz mit der besten Kampfkraft und mit der stärksten Disziplin ... 202. Mittel unseres Apostolats sind die öffentlichen Ämter, insbesondere leitende Positionen." Das Opus Dei ist für Franco und das spanische Bürgertum die einzige konservative Gruppe, welche sich anbietet, die drohende Katastrophe zu bekämpfen. Im Grunde symbolisiert dieser Regierungswechsel die gewachsene politische Macht der Finanz- und Industriebourgeoisie, nachdem die Landwirtschaft ihre beherrschende Rolle in den fünfziger Jahren verloren hat – eine Entwicklung, die sich in den sechziger Jahren verstärkt fortsetzt.

3. Der Stabilisierungsplan

Die erste wichtige Amtshandlung der neuen Regierung, die Festsetzung eines einheitlichen Wechselkurses von 42 Pesetas pro Dollar, legt im April 1957 die währungspolitische Grundlage für das allgemeine Ziel: Abbau der Autarkiepolitik. Die Steuerreform vom Dezember desselben Jahres behebt zunächst die chronischen Geldschwierigkeiten des Staates zumindest teilweise. Eine nur angedeutete Verwaltungsreform führt zum Krach mit der Bürokratie und fällt sachte unter den Tisch. Neben der Erhöhung der Steuern sollen andere Maßnahmen wie die Anhebung des Diskontsatzes und die Einfrierung der Löhne und Gehälter stabilisierend auf die katastrophale Situation wirken.

1958 ist ein "internationales" Jahr für Spanien: Januar: Eintritt in die OEEC (Organization for European Economic Cooperation; ab 1961: OECD – Organization for Economic Cooperation and Development); September: Eintritt in den Internationalen Währungsfonds; November: Eintritt in die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Und damit klar wird, was das ganze wirklich bezweckt, wird der Kapitalimport im Juli wesentlich erleichtert. Eine neugegründete Planungsinstitution (Oficina de Coordinación y Programación Económica de la Presidencia del Gobierno – OCYPE) hat schon im März ein "Programm zur Neuordnung der öffentlichen Investitionen" veröffentlicht.

Doch zeitigt dies alles vorerst nur äußerst spärlich die erwünschten Ergebnisse. Nach zwei Jahrzehnten allgemeiner und "institutionalisierter" Wirtschaftsanarchie mit Preissteigerungen, die zu schwerwiegenden Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Produktionszweigen geführt haben, ist es praktisch unmöglich, eine einheitliche Politik zu betreiben. Vermutlich weil zum erstenmal in der spanischen Wirtschaftsgeschichte jemand daran

dachte, klassische kapitalistische (Keynes'sche) Wirtschaftsmethoden anzuwenden, sprechen kritische Beobachter seitdem vom spanischen "Neokapitalismus".

Die plötzliche Öffnung der Grenzen führt zu sprunghaften Steigerungen der Einfuhr. Im August 1959, knapp einen Monat nach der Bekanntgabe des offiziellen Stabilisierungsplans, reichen die verfügbaren Devisen gerade noch für die Importe eines Monats. Der Plan de Estabilización vom 21./22. Juli 1959 hat das Ziel, durch Stabilisierung der Preise und Ausgleich der Zahlungsbilanz den inflationären Prozeß zu stoppen. Zur Stabilisierung im Innern werden die Löhne und Gehälter eingefroren, die Ausgaben unter Kontrolle gestellt, Steuern und staatliche Tarife (Post, Eisenbahn etc.) erhöht, Kredite beschränkt und der Diskontsatz abermals gehoben. Den Ausgleich im Außenbereich sollen die Abwertung der Peseta auf 60 ptas pro Dollar, Importbeschränkungen bei gleichzeitiger Begünstigung von Exporten, Anleihen im Ausland und Verbesserung der Anlagebedingungen für ausländische Investoren herbeiführen.

Drei Maßnahmen bilden den Kern dieses Programms:

1. Die Festsetzung eines neuen, um 43 Prozent (!) niedrigeren Wechselkurses verstärkt die Touristenschwemme und vergrößert das Exportvolumen, was teilweise jedoch auch auf Überschuß-Exporte um jeden Preis wegen der durch den Plan herbeigeführten Rezession zurückzuführen ist. Was die Touristen und ihren entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung angeht (ihre Devisen ermöglichen den Ausgleich der bis auf das für die "opusdeistas" erfolgreiche Jahr 1960 weiterhin negativen Handelsbilanz), so ist die Gotteswerkler-Regierung daran unschuldig. Die Touristeninvasion wird erst zum Rechnungsfaktor, als man mit ihrer Regelmäßigkeit rechnen kann. Ihre Ursache ist Spaniens geographische Lage und das günstige Klima, der unmittelbare Anlaß die Prosperitätswelle in der neuen EWG und die Peseta-Abwertung. Kredite des Internationalen Währungsfonds, der Haupt-OEEC-Länder, von US-Privatbanken und Regierung sowie Importerleichterungen für Rohstoffe überbrücken die Devisenknappheit.
2. Die Einfrierung der Löhne und Gehälter ist der Versuch, Stabilität auf Kosten der werktätigen Massen zu erreichen, nachdem die starken Preissteigerungen die Lohnerhöhungen von 1956 schon aufgefressen haben. Den Unternehmern wird obendrein eine leichtere Handhabung von Entlassungen zu Füßen gelegt und gleichzeitig, um Überdruck zu vermeiden, werden die Emigrationsquoten erhöht. Der offizielle Auswanderungssaldo für die vier Jahre 1959-1962 beläuft sich auf 459.442, andere Angaben der Banco de Bilbao liegen darunter, in einigen Publikationen taucht immer wieder "über 700.000" auf, was allerdings nicht näher differenziert wird. Doch schon die offiziellen Angaben bedeuten einen Verlust von ca. 4 Prozent der aktiven Bevölkerung. Auf diese Weise werden nicht nur viele Klassenkämpfe vermieden, die fleißigen Überweisungen der Exportierten bringen so viele heißerwünschte Devisen, daß Tamames meint, ohne sie wäre möglicherweise sogar die gesamte Stabilisierung gefährdet gewesen.
3. Nach Jahrzehnten inflationsfördernder Haushaltspolitik wird nun der Versuch gemacht, eine wirksame Ausgabenkontrolle durchzuführen (wie und in wessen Interesse, s.u.). Vor allem werden keine staatlichen Pfandbriefe mit Kreditgarantie mehr ausgegeben, denn sie waren seit 1939 der unmittelbar entscheidende Faktor für den ständigen Betrieb der Notenpresse und damit für die Preissteigerungen. Den Privatbanken werden Kreditbeschränkungen auferlegt, die einerseits zur Stärkung der Banken, andererseits zur finanziellen Schwächung der nicht-monopolistischen Unternehmen beitragen.

Diese Maßnahmen führen nach Abbau der Lagervorräte schon im zweiten Halbjahr 1959 zu Produktionsdrosselungen und damit zu umfangreichen Entlassungen, Abbau der Überstunden und Kurzarbeit, was in einigen Industriezweigen Lohneinbußen bis zu 50 Prozent mit sich bringt. Bei gleichzeitiger Hochkonjunktur in den EWG-Ländern verursacht diese Politik Massenauswanderungen.

Nutznießer dieser künstlich herbeigeführten Rezession ist die Finanzoligarchie. Die Banken erzielen vor allem wegen der 1960 und 1961 abermals erhöhten Zinssätze die höchsten Profite ihrer Geschichte, während das Nationaleinkommen insgesamt 1959 um 2,7 Prozent sinkt und 1960 noch unter dem Abschluß von 1958 liegt. Erst 1961 und nach der Aufhebung der Bremsmaßnahmen beginnen Preise, Investitionen und Gewinne allgemein wieder zu steigen, um 1962 das sogenannte "spanische Wirtschaftswunder" einzuleiten.

Das "Wunder" steht allerdings vorerst auf wackligen Beinen, weil die spanischen Kapitalisten das während Rezessionsphasen Übliche: stabilisierende Rationalisierungen und Strukturveränderungen, wegen der mit dem Stabilisierungsplan verbundenen Importbeschränkungen nur unzureichend realisieren konnten. Die Hoffnungen der gottgewirkten Regierung auf ausländische Kapitalhilfe in Form von Direktinvestitionen wird wegen der Rezession nur schwach erfüllt.

So gerät die Aufhebung dieser Nachteile nicht nur zur Grundlage eines beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern auch zu seiner ersten Phase. Die geöffneten Grenzen setzen den spanischen Kapitalismus der starken Konkurrenz der EWG-Länder aus. Zusammen mit den heftigen Klassenkämpfen von 1962 und der folgenden Jahre, die dem gottbegnadeten Franco und seinen Gottesmaffiosi *de facto* das Streikrecht und weit höhere Löhne abtrotzen, führt dies zu relativ umfangreichen Rationalisierungen und Modernisierungen.

4. Einige makroökonomische Angaben

Um einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Spaniens während der sechziger Jahre zu geben, wollen wir, bevor wir eine detaillierte Analyse erstellen, einige makroökonomische Angaben machen.

Die im allgemeinen günstige Entwicklung der spanischen Wirtschaft, zumindest aus der Sicht des Kapitalisten, zeigt sich in Tabelle 1. Darin wird direkt deutlich, welchen Einfluß

Tabelle 1

Nationaleinkommen in Ptas von 1964 (Mio.)

Jahr	Ptas	Änderungsrate
58	671.046	5,2
59	653.017	2,7
60	661.658	1,3
61	743.481	12,4
62	818.859	10,1
63	894.418	9,2
64	946.228	5,8
65	1.013.169	7,1
66	1.087.636	7,3
67	1.127.825	3,7
68	1.194.133	5,9
69	1.270.972	6,4
70	1.348.501	6,1

(Quelle: Informe Económico 1970, Banco de Bilbao)

die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung auf die gesamte Entwicklung der spanischen Wirtschaft gehabt hat. In den Jahren 1959 und 1960 führt die künstlich erzeugte Deflation zu einem Einbruch in der langsamen Aufwärtsentwicklung des Nationaleinkommens.

Als die Gotteswerkler die Grenzen öffnen und Kreditbremsen lockern, schießen die Zuwachsraten hoch und stabilisieren sich allmählich bei einem durchschnittlichen Wachstum von 6,5 Prozent für die sechziger Jahre. Zum Vergleich: nur Japan kann höhere Raten aufweisen (9,8 %). Die Türkei (5,8 %), Griechenland (5,7 %) und Portugal (4,7 %), Länder mit vergleichbar niedrigem Ausgangsniveau, sowie Italien (4,6 %) und Frankreich (4,4 %) folgen mit teils beträchtlichem Abstand.

Vergleicht man jedoch absolute Daten, wie etwa das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, so zeigt sich sofort, auf welcher Ebene die obengenannte Rate zu betrachten ist. Spanien weist zwar relativ hohe Zuwachsraten des Nationaleinkommens auf, hinkt jedoch weit hinter höher entwickelten Ländern (auch Italien) her. Lediglich die Türkei bleibt erheblich hinter der spanischen Quote zurück.

Das schnelle Wachstum des Nationaleinkommens stützt sich eindeutig auf Industrie- und Dienstleistungssektor, während die Landwirtschaft aufgrund ihrer überkommenen Struktur nur geringe Steigerungsraten zu verzeichnen hat (s. Tabelle 2, 1). Es zeigt sich, daß die stattgefundene Mechanisierung nur bedingt Einfluß auf diese Entwicklung besessen hat. Neben der verstärkten Stützung des Industriesektors hat die Stabilisierungspolitik der

Tabelle 2

Jahresdurchschnitte für den Zeitraum 1961-70:

	Reale Wachstumsrate des BIP's zu Faktorkosten	Aktive Bevölkerung	Produktivitätssteigerungsrate
	1	2	3
Landwirtschaft, Forst und Fischerei	2,93 %	2,58 %	5,62 %
Industrie	9,76 %	2,99 %	6,53 %
Dienstleistungssektor	7,68 %	2,14 %	5,46 %
	7,51 %		

(Quelle: Informe del servicio de Estudios del Banco Urquijo 1970)

Jahre 1959/60 starken Einfluß auf die Arbeitskräftebewegungen (Land- und Landesflucht) gehabt hat. Die aktive Agrarbevölkerung hat um 2,58 Prozent pro Jahr abgenommen, die der Industrie um fast 3 Prozent zugenommen. Vor allem der Tourismus ließ die Beschäftigtenzahl im Dienstleistungssektor anwachsen. Das zehnjährige Mittel verdeckt allerdings das wahre Ausmaß der stattgefundenen Wanderungen (Tabelle 2,2). Aus den Angaben über die Produktivität schließlich (s. Tabelle 2,3) geht hervor, daß die mit Touristendevisen gekauften neuen und modernen Maschinen zu einer beträchtlichen Produktivitätssteigerung geführt haben. In welchem Maße daran die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter beteiligt ist, läßt sich allerdings nicht feststellen.

Ein Blick auf die Höhe der Bruttoinvestitionen macht deutlich, daß der spanische Kapitalismus trotz der erheblichen Veränderungen, die er in den sechziger Jahren erfahren hat, im Vergleich mit anderen Ländern nur sehr unzureichend in der Lage ist, die vorhandenen Mittel voll auszuschöpfen. Die Tabelle 3 zeigt aber auch, daß die Akkumulation sich in Grenzen hält.

Neben der starken Emigrationsbewegung mag noch der geringe Anteil der arbeitenden Frauen an der Bevölkerung das alles in allem niedrige Entwicklungsniveau der Industrie kennzeichnen.

Tabelle 3

Investitionsrate: Bruttoanlageinvestitionen gemessen am Bruttosozialprodukt

	'65	'66	'67	'68	Durchschnitt
Spanien	22,9	22,7	21,3	20,9	21,9
Italien	18,8	18,3	18,9	19,4	18,8
Griechenland	22,8	23,9	21,7	26,0	23,6
Frankreich	24,4	25,5	25,2	24,9	24,9
BRD	26,3	25,4	22,8	23,1	24,4

(Quelle: Banco de Bilbao 1970)

Aus der Tabelle 4 ist zu ersehen, daß überwiegend männliche Arbeitskräfte das Land verlassen haben: ihr Anteil an der Bevölkerung ist im fraglichen Zeitraum gesunken, während derjenige der Frauen konstant geblieben ist.

Tabelle 4

Aktive Bevölkerung in % der Gesamtbevölkerung

	1960	1965	1967	1968	1969
männlich	64,2	60,0	59,7	59,6	59,0
weiblich	13,5	17,1	17,5	17,4	17,5
gesamt	38,1	38,2	39,9	37,9	37,1

(Quelle: Spanien, Länderkurzberichte 1971, S. 17)

Schlüsselt man die aktive Bevölkerung nach Sektoren auf, so ist die in den sechziger Jahren endgültig vollzogene Entwicklung Spaniens von einer agrarisch-industriellen zu einer industriell-agrarischen Gesellschaft klar zu erkennen (Tabelle 5). Während die Landwirtschaft fast ein Drittel ihrer Beschäftigten verlor und heute der anteilmäßig kleinste Sektor geworden ist, haben Industrie- und Dienstleistungssektor wesentlich an Bedeutung gewonnen. Allerdings zeigt ein Vergleich mit Italien, Frankreich und der BRD, daß der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der aktiven Bevölkerung immer noch weit über dem der hochentwickelten Industrieländer liegt.

Tabelle 5

Erwerbstätigkeitsstruktur in einigen Ländern, % nach Sektoren

	Spanien		Italien	Frankreich	BRD
	1960	1970	1970	1970	1970
Agrarsektor	41,7	29,4	19,6	14,0	9,0
Industriesektor	31,8	37,3	43,7	38,9	50,3
Dienstleistungssektor	26,5	33,3	36,7	47,1	40,7

(Quelle: Banco de Bilbao)

Im Verhältnis zur immer noch sehr hohen Zahl der im Primärsektor Beschäftigten ist der landwirtschaftliche Ertrag bescheiden. Sein Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ist in nur fünf Jahren um 5 Prozent zurückgegangen. Bei gleichzeitigem Ansteigen des industriellen Beitrags ist auch hier wieder das größere Gewicht der Industrie, wie wir sehen werden, vor allem der verarbeitenden Industrie, abzulesen (Tabelle 6). Das größte Gewicht besitzt allerdings der Tertiärsektor, was in Spanien weniger auf ein weiteres Anschwellen der ohnehin reichlich aufgeblasenen Bürokratie als auf die rasante Entwicklung des Tourismus mit seinen Reisebüros, Hotels, Bars usw. zurückzuführen ist.

Tabelle 6

Beitrag der jeweiligen Sektoren zum Bruttoinlandsprodukt (in %)

		I			II			III	
		Land-u. Forstwirtsch. u. Fisch.	Bergwerke	Industrie	Bau	Elektrizität	Transporte	Handel	Andere Dienstleistungen
Spanien	1966	18	1	27	5	2	6	12	29
	67	16	1	26	5	2	7	12	31
	68	16		27	5	2	7	12	31
	69	15		28	5	2	7	12	31
	70	13		28	5	2	7	12	32
Italien	68	13		29		8	7	12	31
	70	10,3			40,5			49,2	
Frankreich	70	6,0			48,1			45,9	

(Quelle: Banco de Bilbao)

Über die Entwicklung der Lebenshaltungskosten geben Daten im Kapitel zur sozialen Lage der Arbeiterklasse Aufschluß.

5. Staatsausgaben

Wie bisher gezeigt worden ist, verfügt der spanische Staat über umfangreiche Möglichkeiten, in den Verlauf der Wirtschaft einzugreifen, was er zugunsten der Oligarchie und zur Unterdrückung und Auspowerung der Arbeiterklasse auch mehr als genug geübt hat. Als öffentlicher Investor hingegen hat er im Vergleich mit einigen anderen OECD-Staaten bisher nur sehr wenig lenkend interveniert. Daran ändern auch die verschiedenen Plan-Versuche nichts Entscheidendes. Dies zeigt der folgende Vergleich der Staatsausgaben verschiedener Länder, gemessen am Bruttosozialprodukt (Tabelle 7).

Tabelle 7

Gesamtausgaben des Staates in % des Bruttosozialproduktes

	BRD	Frankreich	Italien	EWG	Spanien
1959	38,7	38,1	32,7	36,5	15,6
1960		36,7	32,7	34,5	19,4
1966	40,1	40,9	36,8	40,2	21,6

(Quelle: Hacienda pública española, Nr. 6/7, 1967)

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß zwar auch in Spanien die staatlichen Angaben und ihr Anteil am BSP gestiegen sind, doch auf einer Ebene, die weit unter dem EWG-Mittel liegt. Der Stabilisierungsplan hat offensichtlich hohe Investitionen seitens des Staates erfordert. 1960 steigt der Anteil der Staatsausgaben am BSP im Vergleich zu 1959 um

3,8 Prozent, um in den folgenden fünf Jahren nur noch um insgesamt 2,2 Prozent zuzunehmen. Daraus läßt sich ableiten, daß der Staat seit dem Eintritt der Geheimlaien des Opus in die Regierung in stärkerem Maße eine subsidiäre Rolle als Investor spielt. Ungefähr 40 Prozent der Ausgaben umfassen Personalkosten (1968: 42,1 %), 32,5 Prozent sind Kapitaloperationen. Die staatlichen Investitionen machen damit 19,5 Prozent der gesamten Investitionen aus. Das ist allerdings im Verhältnis zum Anteil staatlicher Mittel an der Finanzierung von Kapitalanlagen in anderen Ländern während der letzten Jahre ziemlich wenig. In den USA macht dieser Anteil 31 Prozent, in Großbritannien sogar 45, in Frankreich und Italien 30 Prozent aus.

Dies steht im Einklang mit der Stützfunktion des Staates in Zeiten, in denen nationales und internationales Kapital aufgrund einer starken Konjunktur günstige und ausreichende Verwertungsbedingungen vorfinden. Es kommt nicht von ungefähr, daß die ausländischen Investitionen in diesen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs relativ konstant fast 10 Prozent der Gesamtinvestitionen ausmachen (vgl. Kapitel über Kapitalimport).

In den letzten Jahren haben interessanterweise die Staatsausgaben für den Erziehungsbereich, besonders die Universitäten, zugenommen (1968: 11,6 %). Zum Vergleich: Armee und andere Sicherheitsorgane zusammen bekommen ca. 20 Prozent (1968). Falls es Ziel der vermehrten Erziehungsausgaben war, der starken Studentenbewegung die Spitze zu nehmen, so handelte es sich um beträchtliche Fehlinvestitionen. Der Kampf der Studenten, der Mitglieder des "Mittelbaus" und nicht weniger Professoren sowie eines großen Teils der "Gymnasiasten" gegen die neuen Bildungsgesetze, die Franco-Opus-Regierung und den Kapitalismus ist nie stärker gewesen als in den letzten Jahren. Am 14. Februar 1972 lagen nahezu alle Universitäten des Landes lahm, keine blieb unberührt vom Aufruf zum universitären Generalstreik. In diesem Jahr fand in Madrid sogar ein Examensstreik statt.

Sollte das Ziel der erhöhten Bildungsinvestitionen jedoch auch einer Reorganisierung und Anpassung des wissenschaftlichen Niveaus an die Anforderungen der veränderten Bedingungen des spanischen Kapitalismus gewesen sein, dann muß man sich wirklich fragen, ob die Laien-Regierer ihre eigene Politik noch zu überblicken in der Lage sind. Denn zu einer langfristig angelegten Politik zur Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft gehört mehr als die Ausbildung von ein paar Studenten der Großbourgeoisie. Die staatlichen *und* privaten Investitionen in Forschung (im weitesten Sinne) erreichen zwischen 1963 und 1967 den erschlagend mächtigen Anteil am Bruttosozialprodukt von durchschnittlich 0,2 Prozent. Das ist etwa zwanzigmal weniger als in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern. Die Tatsache, daß die großen Monopole, vor allem die von ausländischem Kapital kontrollierten, dennoch den höchsten technischen Anforderungen entsprechen, läßt das Ausmaß der technologischen Abhängigkeit Spaniens zumindest ahnen.

Staatseinnahmen

Eine der ersten Opus-Aktionen nach dem Regierungsantritt im Jahre 1957 war eine Steuerreform, deren einziger Zweck in der Erhöhung der Staatseinnahmen lag. Eine weitere solche Reform im Jahre 1964 brachte im Prinzip nichts anderes. Keine der beiden hat etwas an der starken Steuer*re*gression geändert, die das spanische Steuersystem charakterisiert. Hier herrscht das Prinzip, daß diejenigen, welche viel haben, am wenigsten und diejenigen, welche wenig haben, am meisten Steuern zahlen, besonders ausgeprägt. Darüberhinaus gibt es unzählige Möglichkeiten, sich dem Finanzamt zu entziehen; Möglichkeiten, die größtenteils ohnehin nur von Reichen genutzt werden können.

Was das spanische Steuersystem besonders unsozial macht, ist der mit 70 Prozent besonders hohe Anteil indirekter Steuern (direkte: 30 %). Diese Verbrauchssteuer stellt für die

Masse der Bevölkerung, die Werktätigen und ihre Familien, eine besonders schwere Belastung dar. Welches Gewicht diese Steuern haben, zeigt der Staatshaushalt: der Anteil der indirekten Steuern an den gesamten Budgeteinnahmen liegt bei 60 Prozent.

6. Plan de Desarrollo

Im Touristen- und Streikjahr 1962 wird die Comisaria del Plan de Desarrollo (Entwicklung) geschaffen und 1964 halten die Geheimkatholiken die Zeit für die Fortsetzung ihrer Plan-Wirtschaft für gekommen. Am 28. Dezember 1963 wird der I. Plan de Desarrollo Economico y Social Gesetz. Im ersten Abschnitt des Plans für 1964-1967 heißt es: "Der Wiederaufbau- und Entwicklungsprozeß während der letzten zwanzig Jahre hat einen Reifegrad erreicht, der die Formulierung eines allgemeinen Plans empfiehlt, in dem global die unmittelbaren Ziele der Wirtschaftspolitik festgesetzt und die zu ihrer Erreichung notwendigen Maßnahmen ergriffen werden."

Wenn oben gesagt wurde, mit dem Opus Dei habe Keynes auch in Spanien seinen Einzug gehalten, heißt das nicht, daß damit gleich Meister vom Himmel gefallen wären. Im Gegenteil, bei ihrer planvollen "Wirtschaftswunder"-Politik sind die Opus-Leute recht mittelmäßige Zauber-Lehrlinge der französischen "planification" und angesichts der Ergebnisse eher aus allen Wolken gefallen. Sie übernehmen schematisch die Praktiken einer Wirtschaft, die mit der spanischen aufgrund ihres viel höheren Entwicklungsstandes und ihrer unterschiedlichen Strukturen nur gemein hat, daß sie auch kapitalistisch ist. So kann es geschehen, daß man ungeachtet aller ökonomischen wie technischen Voraussetzungen vom vierten Plan der Franzosen abschreibt und dabei übersieht, daß etwa deren erster sich "Plan de Modernisation et d'Equipment" nannte. Möglicherweise sollte der Stabilisierungsplan diese Rolle spielen, doch hat der Plan durch seine eigene Widersprüchlichkeit den relativen Mißerfolg provoziert. Nicht einmal die für Planung unbedingt notwendigen statistischen Bedingungen sind ausreichend, wie denn auch wir bei der Arbeit an diesem Artikel immer wieder zu spüren bekamen.

In den Eingangskapiteln des ersten Entwicklungsplanes wird erklärt, die Richtlinien für den privaten Sektor seien mit Rücksicht auf die "freie Initiative und die individuellen wirtschaftlichen Entscheidungen" lediglich "indikativ", also unverbindlich, und für den öffentlichen Sektor "bindend". Um den privaten Sektor etwas mehr zu binden, wird eine "konzertierte Aktion" ins Leben gerufen, wobei bestimmte Unternehmen freiwillig gute Miene zum Zahlenspiel des jeweils zuständigen Ministeriums machen. Die Partitur enthält Angaben über das zu erreichende Produktionsvolumen, zu schaffende Arbeitsplätze, Exportziffern und Maßnahmen zur Rationalisierung und Kostensenkung. Damit die Unternehmer dabei nicht aus dem Takt kommen, erhalten sie Steuervergünstigungen, Zuschüsse, billige Kredite usw.

Darüberhinaus werden öffentliche Gelder für Investitionen ausgegeben: etwa für sogenannte "Förderungszentren" zur Stabilisierung wenig entwickelter Landesteile oder um schwächere Wirtschaftszweige, manchmal auch einzelne Unternehmen zu stützen.

Vergleicht man Plan und Wirklichkeit, so zeigt sich, wie wenig sich privater *und* öffentlicher Sektor nach den Linien des Plans gerichtet haben. Wenn man die Inflationsrate der Jahre 1964-1967 in Rechnung stellt, ergibt sich, daß der Staat im Durchschnitt sein eigenes Investitionsprogramm nur zu 77,5 Prozent erfüllt hat (1964: 83,1 %; 1965: 77,6 %; 1966: 70,5 %; 1967: 81,1 %). Die folgende Tabelle 8 aus dem Jahre 1966, die

Plan und Realität der makroökonomischen Entwicklung vergleicht, bedarf keines Kommentars.

Tabelle 8

Entwicklung der makroökonomischen Größen (Zuwachs in %)

	Plan jährl.Rate	1964	1965	1966 provisorisch
Bruttosozialprodukt	6,0	7,5	7,8	7,8
Privater Verbrauch	5,5	3,9	9,1	7,9
Öffentlicher Verbrauch	5,0	5,1	5,0	5,0
Bruttokapitalbildung	9,0	13,3	18,9	8,1
Exporte	10,0	25,0	- 1,0	8,6
Importe	9,0	15,0	33,0	14,9
Preise				
Großhandel	—	9,1	5,5	1,5
Lebenshaltungskosten	—	13,5	9,4	5,3

(Quelle: López Muñoz/García Delgado: Crecimiento y crisis del capitalismo español)

In zwei wichtigen Einzelbranchen der spanischen Wirtschaft, dem Tourismus und der Bauindustrie, ist den Gotteswerklern die wirkliche Entwicklung am weitesten gegen den Richtstrich gelaufen. Der Plan sah für 1964 eine Ausweitung der Bautätigkeit um 8 Prozent vor, tatsächlichsbetrug sie 20 Prozent. Von den Touristen wünschte man sich, sie möchten 10,9 Prozent mehr Devisen ins Land bringen; sie übererfüllten ihr Soll und brachten 39,2 Prozent. Ziemlich ähnlich verhält es sich mit der Automobilindustrie. Der II. Plan de Desarrollo Economico y Social von 1968-1971 braucht hier nicht näher beleuchtet zu werden. Dem Leser würde dadurch kein neues Licht aufgehen. Momentan versucht gerade der III. Plan (1972-1975) zu laufen. Das gelingt ihm nach Meinung des Vertreters der Ständeorganisation der Volks- und Betriebswirte (Colegio de Economistas) in den Cortes, Senor Diaz Llanos, deshalb nicht so recht, weil in dem Plan "kein centimo für eine Kirche oder ein Gebetshaus" enthalten sei; "weil dieser Plan von Frankreich abgeguckt worden ist, und Frankreich hat ihn von Rußland abgeguckt und Rußland hat einen materialistischen Plan gemacht, ohne jeden geistigen Gehalt. Das hätte jeder Marxist oder Sozialist genauso machen können. Das ist ein und dasselbe." (Triunfo, Nr. 506, 10.7.1972)

7. Außenhandelsbeziehungen

Vorwiegend im Zusammenhang mit der "Öffnung nach Europa" stellt sich die für die spanische Wirtschaft grundlegende Frage nach Art, Umfang und Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen. Im Vergleich mit den meisten europäischen Ländern fällt das geringe Gewicht des Außenhandels auf, obwohl dieser im Verlauf der sechziger Jahre eine beachtliche Steigerung erfahren hat (Tabelle 9). 1961 machte er 11 Prozent, 1967 schon

Tabelle 9

Nationaleinkommen und Außenhandel 1967 (in Mrd. der jeweiligen Landeswährung)

	(1) Import	(2) Export	(3) Total Ex + Im	(4) Volkseinkommen	$\frac{3}{4} \cdot 100$	$\frac{2}{1} \cdot 100$
Spanien	212	85	297	1497	19,8	40,0
Frankreich	61	56	117	405	28,8	91,8
Griechenland	36	15	51	173	29,7	41,7
Italien	6061	5439	11500	33365	34,9	89,7
Türkei	6	5	11	88	12,5	83,3

(Nach Angaben des Instituto Nacional de Estadistica (INE)

19,8 Prozent und 1969 24 Prozent des Nationaleinkommens aus. Wie aus Tabelle 12 ebenfalls zu ersehen ist, ist die Handelsbilanz chronisch negativ. Aus der folgenden Tabelle 10 geht dies noch einmal deutlich hervor. Allerdings ist die Lücke in den letzten Jahren

Tabelle 10

Entwicklung der Handelsbilanz, in Mio. Dollar und %

	68	69	Steigerung %	70	%	71	%
Einfuhren C.I.F.	3.522,1	4.233,0	20,1	4.747,2	12,1	4.970,3	4,7
Ausfuhren F.O.B.	1.589,2	1.900,2	19,6	2.388,5	25,7	2.937,8	23,1
Handelsdefizit	1.932,9	2.332,8	20,6	2.358,7	1,1	2.032,5	- 14,0
Deckungsquote	45,1	44,8		50,3		59,1	

(Quelle: Boletín Estadístico del Banco de España)

immer kleiner geworden. 1967 wurden die Importe nur zu 40 Prozent durch Ausfuhren gedeckt (Tabelle 11), während die Deckungsquote 1971 schon 59,1 Prozent erreichte.

Tabelle 11

Außenhandel nach Warengruppen in Mrd ptas; Einfuhr (Im) cif, Ausfuhr (Ex) fob

	1961		1963		1966		1968		1970	
	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex
Nahrungsmittel	9,65	17,02	18,80	17,64	31,6	29,6	29,4	36,3	33,6	41,2
Getränke u. Tabak	1,70	1,88	1,95	2,36	3,1	3,1	4,5	4,2	5,2	5,6
Miner.Brenn- und Schmierstoffe	10,65	2,52	14,82	2,60	20,7	3,4	37,9	9,6	43,9	9,2
Rohstoffe	12,77	3,80	14,05	4,10	33,4	1,2	39,6	3,0	56,5	8,4
Tierische u. pflanzliche Fette	2,85	4,10	5,02	2,94	2,1	2,8	1,9	2,3	2,1	10,0
Verarbeitete Prod.	27,90	13,62	62,62	14,51	123,4	35,1	131,7	55,8	188,7	92,7
Gold	--	--	--	--	1,1	--	1,4	--	2,2	—
Gesamt	65,54	42,57	117,27	44,11	215,4	75,2	246,5	111,2	332,3	167,7

(Angaben nach INE)

Die spanische Wirtschaft ist aufgrund ihres relativ niedrigen Industrialisierungsniveaus, wenn sie die augenblicklichen Wachstumsraten beibehalten will, gezwungen zu modernisieren. Aus eigener Kraft ist sie dazu allerdings nicht in der Lage. Es fehlen immer noch nicht nur viele Ausrüstungsgüter samt eigener Maschinenbauindustrie und das technische wie organisatorische Know-how, sondern auch eine ganze Reihe wichtiger Grundstoffe. Nahrungsmittel müssen in ständig steigendem Umfang eingeführt werden. Hier offenbart sich eine grundlegende Schwäche des spanischen Kapitalismus: nämlich der Widerspruch zwischen den dynamischen Anstößen einiger Industriezweige und seiner schlichtweg archaischen Struktur. So ist er z.B. nicht in der Lage gewesen, eine Agrarreform durchzuführen, die eine ausreichende Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, vor allem der aufgrund der Landflucht ständig anwachsenden Stadtbevölkerung, garantieren könnte. Eine andere Schwäche ist aus der Sicht der Kapitalisten das Fehlen "horizontaler" Gewerkschaften, die durch ihre regelmäßigen Lohnforderungen eine ebenso regelmäßige Modernisierung und Umorganisierung der Produktion erforderlich gemacht hätten. Es ist offensichtlich, daß hier der Faschismus als Staatsform widersprüchliche Auswirkungen gehabt hat: zum einen war er zwar in der Lage, die Herrschaft der Bourgeoisie über die

Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten; zum anderen aber hat er jeglichen Versuch, die Arbeiterklasse in das kapitalistische System zu integrieren, unmöglich gemacht. Die Folge war die Perpetuierung eben jenes Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, welches die offene Herrschaft des Faschismus notwendig machte.

Nach alledem muß man sich, um auf die Außenhandelsbeziehungen zurückzukommen, angesichts des Gewichts von Touristendevisen und Überweisungen der exportierten Arbeiter (die zusammen mit ausländischen Kapitaleinflößungen aus der negativen Handelsbilanz eine ausgeglichene Zahlungsbilanz werden lassen) fragen, in welchem Ausmaß und wie lange diese noch ausreichen werden, um den steigenden qualitativen Anforderungen an die Einfuhr gerecht zu werden. Mit Sicherheit kann jedenfalls gesagt werden, daß der konjunkturelle Verlauf der spanischen Wirtschaft in sehr wesentlichem Maße von der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation in Europa (sprich: EWG) abhängig ist und bleiben wird.

Die Importziffern weisen stark wachsende Nahrungsmitteleinfuhren auf; der Inlandsverbrauch ist beträchtlich gestiegen. Davon haben zwar auch die Spanier etwas abbekommen, aber zwanzig Millionen Touristen wollen eben versorgt sein. Ebenfalls stark gestiegen ist die Einfuhr von Brennstoffen und Rohmaterialien. Hier hat der wachsende Bedarf der Industrie, deren Ausrüstungsgüter zu einem beachtlichen Teil gleichfalls aus dem Ausland kommen, seinen Niederschlag gefunden. Da Spanien nicht über eigene Öl- und Rohkautschukvorkommen verfügt, erhält der Import dieser Materialien lebenswichtige Bedeutung. Das gleiche gilt für die Ausbeutung der bedeutenden Phosphatvorkommen in der "Spanischen Sahara"-Kolonie in Zusammenarbeit mit US- und BRD-Firmen (Krupp). Bisher mußte Phosphat für teures Geld importiert werden. (Tabelle 12) Diese vierzehn namentlich aufgezählten Güter machen ca. 65 Prozent des gesamten Importwertes aus.

Tabelle 12

Wichtigste spanische Importgüter, 1968 in Mio. Ptas.

Nichtelektrische Maschinen	40.205,0
Erdöl und Derivate	37.984,3
Eisen und Stahl	13.864,8
Organ. Chemie	10.071,2
Getreide	10.050,1
Elektrische Maschinen	9.609,2
Ölhaltige Kerne	8.544,1
Kupfer	7.761,6
Fahrzeuge	5.850,9
Fleisch	5.223,8
Flugzeuge	5.054,1
Optik und Fotografie	4.783,9
Holz und seine Produkte	4.674,1
Kunststoffe	4.284,7
Andere 85 Waren	89.684,8
Insgesamt	246.546,0

(Angaben nach: INE Balanza de Pagos)

Die Gewichtung der Ausfuhrgüter weist zwei Hauptmerkmale auf: einerseits verliert der Export von Früchten (vorwiegend Zitrusfrüchten) relativ an Bedeutung; darin finden u.a. die wachsenden Schwierigkeiten im Handel mit der EWG ihren Ausdruck. Andererseits werden immer mehr Fertigwaren exportiert. Güter wie Maschinen, Schuhe, Schiffe und Erdölnebenprodukte gewinnen schnell an Gewicht. Vor allem der Export von Maschinen wird vom Staat mit großzügigen Krediten und Prämien bedacht, wie man am berühmten

Fall MATESA leicht zeigen kann. Die Banco de Bilbao drückt das in ihrer bescheidenen Art so aus: "Die folgenden Angaben zeigen uns die Entwicklung der offiziellen Kredite zugunsten des Exports seit ihren Anfängen. So ist uns daran gelegen, den ausgezeichneten Kreditzuwachs zu betonen, den die Staatsbanken seit 1967 registrieren, welche damit höher lagen als die Privatbanken im Jahre 1968. Dieser Zuwachs war vor allem auf die Ausweitung der Kredite für den Export von Textilmaschinen zurückzuführen; diese machten 97 Prozent der 5,253 Milliarden Pesetas aus, die die Industriekredit-Bank 1968 der Finanzierung des Ausrüstungsgüterexports (ausgenommen Schiffe) zukommen ließ." Etwas unverblümter hört sich das jedoch so an: die staatliche Industriekredit-Bank vergab, und zwar vollkommen legal mit Einwilligung der zuständigen (Opus-) Minister, 97 Prozent der Exportkredite für Ausrüstungsgüter des Jahres 1968 an die Firma MATESA, bei der das Gotteswerk ebenfalls seine Finger im Spiel hatte. Dummerweise stellte sich aufgrund von Beschwerden südamerikanischer Firmen im Spätsommer 1969 heraus, daß dieses Unternehmen lediglich ganz wenige sehr mangelhafte und nicht aus eigener Produktion stammende Textilmaschinen geliefert hatte und daß große Teile der vertraglich versprochenen Lieferungen seit Jahren ausstanden. Die restlichen Maschinen, für deren Bestellung im Lauf der Jahre Kredite von insgesamt ca. 10 Milliarden Pesetas (andere Quellen sprechen von ca. 18 Mrd) in Empfang genommen worden waren, standen in alten Lagerschuppen von Scheinfirmen in Frankreich oder die Maschinen existierten überhaupt nur als Bestellzettel. Als der Skandal platzte, versuchte die Regierung ihn mit allen Mitteln zu vertuschen. Nur ein Beispiel: eine Zeitung ("Diario SP") wurde finanziell ruiniert, weil das im selben Verlag erscheinende Wochenmagazin ("Revista SP") den Rausschmiß aller Wirtschaftsminister forderte. Der Hauptverantwortliche, Industrieminister López Bravo, profiliert sich seit dem gleichen Jahr als Außenminister. Vor etwa einem Jahr unterzeichnete er während eines Staatsbesuches in Algerien für eine private (Opus-) Firma (Gas Natural S.A.) einen Liefervertrag, der dieser auf zwanzig Jahre hinaus das Importmonopol für Erdgas sichert. Offizielle Begründung: Brechung des Gasmonopols der Firma Butan-Gas S.A.

Die oben und in Tabelle 13 umrissene Gewichtsverteilung auf die einzelnen Güter gilt im großen und ganzen auch noch für 1970. In diesem Jahr machen Fahrzeuge 9,1 Prozent, Obst und Gemüse 19 Prozent, chemische Erzeugnisse 5 Prozent und nichtelektrische Maschinen 7,5 Prozent des Gesamtexportes aus.

Tabelle 13

Hauptexporte in 1968 in Mio. Ptas.

Obst	14.307,4
Erdölnebenprodukte	9.617,2
Maschinen	8.340,1
Obstkonserven	6.943,7
Schuhe	4.696,6
Getränke	4.069,5
Schiffe	3.763,0
Getreide	3.054,8
Gemüse und Knollen	3.515,3
Bücher	3.100,5
Kupfer	3.043,0
Eisen und Stahl	2.687,3
Öle und Fette	2.298,5
Fisch	2.187,2
Inorg. Chemie	2.202,4
Fahrzeuge	2.042,1
Andere 83 Produkte	37.374,2
Insgesamt	111.244,0

(Angaben nach: Banco de Bilbao)

Offensichtlich ist es der spanischen Industrie aufgrund der eingekauften modernen Maschinen gelungen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, wie der ständig wachsende Exportanteil von Fertigartikeln vermuten läßt. Allerdings muß hier wie in anderen Bereichen bedacht werden, daß gerade die größten und modernsten Unternehmen mit ausländischen Patenten und Lizenzen arbeiten, wie der große Posten Royalties in der Zahlungsbilanz zeigt. Das kompliziert den Export in die hochentwickelten Industrieländer und bringt eine weitgehende Beschränkung auf den inneren Markt mit sich (Ausweichmöglichkeiten siehe unten). Eine wichtige Ausnahme sind die (Auto-) Modelle 600 und 850 von SEAT, Lizenzunternehmen von FIAT, welche aus Gründen der kapitalistischen Arbeitsteilung nur noch in Spanien hergestellt werden.

Die wichtigsten Handelspartner sind die EWG-Länder, wie aus der folgenden Tabelle 14 zu ersehen ist. An Ein- und Ausfuhr sind sie mit jeweils über einem Drittel beteiligt, worin

Tabelle 14

Vergleich von Export und Import aus und in verschiedene Wirtschaftsgebiete (in %)

Wirtschaftsgebiete	1966		1968		1970	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
EWG (6 Länder)	33,5	37,5	28,6	34,1	36,6	32,9
EFTA	20,0	17,3	20,7	15,3	—	—
RGW	4,6	1,3	4,6	1,9	—	—
USA	11,7	16,9	17,6	16,7	14,1	18,8
ALALC	9,1	6,6	12,0	8,1	—	—
Rest der Welt	21,1	20,4	16,5	23,9	—	—

(Quelle: Balanza de Pagos, Ministerio de Comercio)

sich die Abhängigkeit Spaniens vom Gemeinsamen Markt (der Sechs) zeigt. Diese Abhängigkeit (oder wie immer man das nennen mag) wird sich mit der schon erfolgten Erweiterung und der abzusehenden noch beträchtlich verstärken, wie aus der folgenden Tabelle 15 zu ersehen ist. Schon die jetzige erweiterte EWG (es bleibt abzuwarten, ob sich die

Tabelle 15

Export in die EWG (1971), in %

in die EWG (der Sechs)		37,1
in die neuen Mitgliedsländer (einschließlich Norwegen)		10,2
	Total	47,3
in die zukünftige EWG der 16 (einschließlich Norwegen), erweitert um Portugal, Island, Österreich, Finnland und Schweden	Total	54,2

(Angaben nach: Dirección General de Aduanas)

norwegische Regierung nicht doch noch über den Volksentscheid hinwegsetzt) ist Bestimmungsgebiet von 47,3 Prozent der spanischen Exporte; eine nochmals, dann auf 16 Mitglieder erweiterte EWG würde über die Hälfte, nämlich 54,2 Prozent abnehmen.

Von den Ländern der Sechser-Gemeinschaft ist die BRD wichtigster Handelspartner Spaniens. Insgesamt nimmt sie hinter den USA den zweiten Platz in der Rangliste ein: USA 1970: 14,1 Prozent des Gesamtexports und 18,8 Prozent des Gesamtimports. BRD

1970: 11,5 und 12,6 Prozent vom Gesamtex- und -import resp. An dritter Stelle steht Frankreich.

Interessant ist auch die Verteilung des Exports nach großen Wirtschaftsgebieten, aufgeteilt in Warengruppen. Die verhältnismäßig hohe Zahl unterentwickelt gehaltener Länder unter den Empfängern von Industriegütern demonstriert die Doppelfunktion Spaniens in der imperialistischen Welt: gegenüber diesen Ländern tritt es als Teil des europäischen Imperialismus auf, ist andererseits selbst jedoch "unterprivilegiertes" Zielgebiet von Kapitalgütern und, wie wir noch sehen werden, des Kapitalexports der imperialistischen Metropolen.

Tabelle 16

Exporte in große Wirtschaftsgebiete, aufgeteilt nach Warengruppen

	1966	1971
Agrarprodukte		
in Tausend Dollar	559.750	927.361
in Prozent in:		
entwickelte Länder	83	84
unterentwickelte Länder	11	13
sozialistische Länder	6	3
Industrieprodukte		
in Tausend Dollar	693.792	2.012.147
in Prozent in:		
entwickelte Länder	54	66
unterentwickelte Länder	42	32
sozialistische Länder	3	2
Total		
in Tausend Dollar	1.253.542	2.939.508
in Prozent in:		
entwickelte Länder	67	72
unterentwickelte Länder	28	26
sozialistische Länder	5	2

(Quelle: Información comercial española)

Der Handel mit den sozialistischen Ländern wird allem Anschein nach trotz der Ausweitung der politischen Beziehungen kaum über das bisherige relativ unbedeutende Maß hinausgehen. 1966 machte dieser Handel 5 Prozent, 1971 2 Prozent des Gesamtexports aus.

Die Einfuhr von Ausrüstungsgütern seit der Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen im Jahre 1960 hat mit 25 Prozent die größte Bedeutung gehabt. Auf die damit verbundenen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen ist vor allem der wachsende Anteil industrieller Güter an der Ausfuhr zurückzuführen. Welches Gewicht dabei ausländische Firmen haben, die ihre Produktion in das Niedriglohn-Land Spanien verlagert haben, ist nicht auszumachen.

Trotz alledem bleiben für das wichtigste Zielgebiet, die EWG, landwirtschaftliche Produkte vorrangig, was Spanien angesichts des wachsenden EWG-Protektionismus in nicht allzu ferner Zukunft möglicherweise mit erheblichen Problemen konfrontieren wird. Denn wenn sich die politischen Machtstrukturen nicht ändern (das werkle Gott), werden es sich sehr wenige europäische Regierungen leisten können, gegen den Widerstand der antifaschistischen Kräfte — der kommunistischen Parteien und der Gewerkschaften, aber etwa auch der Labour Party — für die Aufnahme Spaniens in die EWG einzutreten, wie eine Reihe von Erklärungen in der letzten Zeit gezeigt hat.

8. Tourismus

Die Peseta-Milliarden, welche Touristen jedes Jahr nach Spanien bringen, haben zusammen mit den Überweisungen der Emigranten vor allem seit Beginn der sechziger Jahre einen stark stabilisierenden Effekt für die spanische Wirtschaft gehabt. Die chronisch negative Handelsbilanz konnte so in der Zahlungsbilanz immer ausgeglichen werden. Die Einnahmen aus dem Tourismus machen fast drei Viertel derer aus dem Export aus (1969), was im Laufe von zehn Jahren eine Steigerung um das Achtfache bedeutet. Ohne diese Devisen wäre das "spanische Wirtschaftswunder" nicht möglich gewesen. Deshalb erscheint es notwendig, kurz etwas detaillierter auf den Tourismus einzugehen.

Spanien verfügt über die größten "Touristengebiete" Europas. Nahezu die gesamte Mittelmeerküste, die Balearen (Mallorca, Ibiza) und die Kanarischen Inseln sowie Teile der nördlichen Atlantikküste (Golf von Biscaya) sind dem Tourismus vorbehalten. Die Mittelmeerküste mit ihren jährlichen Durchschnittstemperaturen um 15-16 Grad Celsius und durchschnittlichen Sommertemperaturen (Juni bis September) um 22-24 Grad Celsius bieten an Sand- und Felsenstränden ideale klimatische Bedingungen. Das Landesinnere mit seinen unzähligen historischen Stätten empfiehlt sich mit einer schier unglaublichen landschaftlichen Vielfalt: von den Halbwüsten und Steppengebieten des Südens, den Dreitausendern der Sierra Nevada, über die endlose tischebene Meseta bis zu den grünen Hügeln und Bergen Galiziens und des Kantabrischen Scheidegebirges sowie den Dreitausendern der Pyrenäen.

1951 beginnen die Touristenzahlen im Drei-, Vierhunderttausender-Rhythmus zu steigen. Als die Peseta-Abwertung, die zeitlich mit einer Prosperitätswelle in den hochentwickelten Ländern zusammenfällt, Spanien 1959 zum billigsten Land Europas macht, erreichen die Zuwächse neue Dimensionen. Lediglich die mageren Jahre 1965 und 1967 fallen aus dem Millionenschritt. (Tabelle 17) Die Entwicklung des Devisenstroms geht entsprechend

Tabelle 17

Die Entwicklung des Tourismus von 1951-1969

	Reisende in Tsd.	Devisen in Mio. Dollar	Index	Durchschnittseinnahme pro Tourist in Dollar
1951	1.263	–	–	–
1952	1.485	58,4	100	–
1957	3.187	76,9	132	–
1958	3.593	71,6	127	–
1959	4.194	128,6	220	–
1960	6.113	297,0	509	48
1961	7.445	384,6	659	52
1962	8.668	512,6	878	59
1963	10.931	679,3	1.163	62
1964	14.102	918,6	1.563	65
1965	14.250	1.156,9	1.981	77
1966	17.251	1.292,5	2.213	74
1967	17.858	1.209,8	2.071	68
1968	19.183	1.210,0	2.072	63
1969	21.682	1.310,7	2.243	60

(Angaben nach: INE)

sprunghaft vor sich. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sind deutlich die Auswirkungen der Großen Rezession und der Peseta-Abwertung (1967) sowie DM-Aufwertung (1969) zu erkennen.

Betrachtet man die Herkunft der Touristen, so fällt die starke Abhängigkeit von nur wenigen Ländern auf. 1970 kommt über die Hälfte der Urlauber aus dem EWG-Bereich. Die vier wichtigsten Herkunftsländer zusammen ergeben schon 67,4 Prozent aller Touristen.

Tabelle 18

Touristen nach Herkunftsländern, in %

	1968	1970
Frankreich	45,2	36,6
Portugal	7,2	11,3
Großbritannien	9,5	10,2
BRD	7,3	8,6
USA	4,8	4,3
Niederlande	2,0	3,6

(Quelle: INE)

Aus dem obengesagten geht hervor, daß der Tourismus einer der wichtigsten Wirtschaftssektoren geworden ist. Diese 'Industrie' nimmt alljährlich Tausende von landflüchtigen Arbeitskräften auf. Sie machen einen beträchtlichen Teil der spanischen Saisonarbeiter aus. Ihre Arbeitsplätze sind die unzähligen Hotels, Pensionen, Restaurants, Reisebüros und Transportunternehmen, aber auch die gesamte vom Touristenstrom abhängige Lebensmittelindustrie usw.

Am Tourismus sind nicht wenige Spanier reich geworden, einige, wie die Familie Melia, sogar steinreich. Diese Familie konnte innerhalb von nur zehn Jahren aus einem kleinen Reisebüro eine Hotelkette aufbauen, die von eigenen Reisebüros beschickt wird und die ihre Gäste mit eigenen Bussen aus halb Europa holt. Doch ist gerade der Tourismus und das damit verbundene Immobiliengeschäft immer mehr zu einer der Hauptinvestitionsbranchen ausländischen Kapitals geworden.

9. Ausländisches Kapital

Seit Ende der Stabilisierungszeit haben ausländische Kapitalisten nicht aufgehört, Spanien als billiges Investitionsland zu betrachten. Ausländisches Kapital ist in Spanien erwünscht, seit das Opus Dei die Staatsmacht in den Händen hält. Die Regierungsverordnung vom 27. Juli 1959 gehört zu den schärfsten Brüchen mit der Autarkiepolitik der Franco-Falange-Regierungen. Diese Verordnung erlaubt es ausländischen Kapitalisten, ohne jegliche Beschränkung bis zu 50 Prozent des Betriebskapitals zu stellen. Bei Beteiligungen über 50 Prozent (bis 100 %) entscheidet der Ministerrat. Ausgeschlossen sind nur Betriebe der "nationalen Verteidigung", Informationsmedien und öffentliche Dienste. Profite dürfen samt Zinserträgen und Patenten in voller Höhe rücktransferiert werden. Diese kapitalfreundlichen Bedingungen werden nach Beendigung der Rezessionsjahre 1959/60 von den ausländischen Monopolen als Wink mit dem Zaunpfahl verstanden. 1961 kommt der erste große Kapitalschub. Nach dem leicht gebremsten Jahr 1962 fassen Privatinvestoren wie internationale Kapitaleinrichtungen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds usw.) Vertrauen in die spanische Profitrate und verlieren es auch nicht mehr. Das einzige Jahr, das stark aus der Steigerungsreihe tanzt, ist 1969. In diesem Jahr mögen die ungeheuren Gewinne des weltweiten Auf- und Abwertungskarussells während der großen Währungskrise davon abgehalten haben. Besonders deutlich wird der Grad der Kapitalhilfe internationaler Institutionen in den Stabilisierungsjahren. Danach nimmt sie absolut und relativ ab, um in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wieder zuzunehmen. In der Zahlungsbilanz

macht der Kapitalimport immerhin über ein Viertel der Exportsumme aus (1969), was seit 1959 einer Verdreifachung entspricht.

Tabelle 19

Entwicklung der ausländischen Investitionen 1959-69 (Nettokapitalimporte in Millionen Dollar)

	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	Total
langfr.Privatinvest.	67	40	207	107	214	268	323	302	504	436	479	2.947
langfr., öffentl. Invest.	55	20	19	13	5	-14	-13	41	33	145	24	328
langfr.Nettokapitalinvest.Gesamt	122	60	226	120	219	254	310	343	537	581	503	3.275
Rücktransfer der Gewinne	10	15	3	13	16	22	31	73	92	110	116	551
Nettokapitalimport (minus Rücktransfer)	112	45	223	107	203	232	279	270	445	471	337	2.724

(Nach: Muñoz/Roldan/García Delgado,La economia española 1970)

Die USA stehen auch hier an der Spitze der Investoren. Im Jahre 1971 kontrolliert US-Kapital über die Hälfte aller Unternehmen, die seit 1960 unter ausländische Kontrolle geraten sind. Mr. Kearns, seines Zeichens Direktor der US-Export-Import-Bank, meint im Februar 1971: "Spanien ist aufgrund seiner Entwicklungsmöglichkeiten eines der Hauptländer, denen immer mehr nordamerikanische Investitionen zufließen werden." (Informe del Banco de Bilbao) Mit Sicherheit fließen sie auch über die Schweiz, die an zweiter Stelle steht, zu. Die BRD hat sich inzwischen vor Frankreich an die dritte Stelle geschoben. Mit Abstand folgen britisches, niederländisches und italienisches Kapital.

1971 sind schätzungsweise 9 Milliarden Pesetas lediglich für Mehrheitsbeteiligungen (mindestens 50 %) in Spanien eingeflossen. Davon kamen aus der BRD 21,4 Prozent gleich 1,9 Milliarden, aus den USA 1,3, aus der Schweiz 1,26, aus Großbritannien 0,97 und aus Frankreich 0,94 Milliarden Pesetas. Die chemische Industrie bekam von diesen 9 Milliarden am meisten, nämlich 31,63 Prozent ab. Es folgen Immobilien mit 12,77 und der Maschinenbau mit 10,28 Prozent. (Angaben aus den Monatsberichten der Deutschen Überseeischen Bank). Diese Angaben enthalten allerdings nicht die Investitionen, die unter 50 Prozent liegen. Aber gerade sie dürften über ein Drittel des einfließenden ausländischen Kapitals ausmachen. Diese meldungspflichtigen Investitionen gehen vor allem auf den Immobilienmarkt. Die „Frankfurter Rundschau" veranschlagt für diese „unsichtbaren Anlagen" im Jahre 1971 „rund 5 Milliarden Pesetas" (7. Februar 1972).

Schlüsselt man die autorisierungspflichtigen Mehrheitsbeteiligungen nach Branchen auf, so zeigt sich, daß bei diesen großen Investitionssummen die Chemie vor den Dienstleistungen am meisten ausländisches Kapital aufnimmt. Beliebt sind aber auch die Nahrungsmittelindustrie und der Maschinenbau, wie aus der folgenden Tabelle zu ersehen ist. Auffallend ist für alle Bereiche, daß die Investitionen von Jahr zu Jahr erheblich schwanken.

Es ist an dieser Stelle nicht nötig, die einzelnen "ausländischen" Unternehmen mit Kapitalanteil zu benennen. Hier einige der bekanntesten Namen: Fiat/Citroën, General Eléctrica Española, Siemens Ibérica, Standard Eléctrica, Philips, Telefunken, Bayer, Schering, Hilton usw. (Vgl. Kap. 11)

10. Der Primärsektor: Landwirtschaft, Forst und Fischerei

Der stete Bedeutungsverlust der Landwirtschaft ist nicht nur ein Grund für den Übergangsprozeß von der agrarisch-industriellen zur industriell-agrarischen Wirtschaft gewesen: er ist auch als Folgeerscheinung zu betrachten. Der Agraranteil am Bruttoinlandsprodukt ist von 22,5 % (1960) auf 14,4 % (1970) gesunken. Der Aufschwung der Industrie seit 1961/62 setzt eine starke Landfluchtbewegung in Gang, welche die antiquierten Strukturen der spanischen Landwirtschaft in ihrer ganzen Schwäche offenbart. Dem letzten Agrarzensus (von 1962) zufolge gibt es 2.831.000 landwirtschaftliche Betriebe (Frankreich: 1,5 Millionen) mit einer durchschnittlichen Anbaufläche von 10 ha und einem Mittel von 14 Parzellen.

Doch ergibt sich aus dem Durchschnitt ein vollkommen verzerrtes Bild, denn 1,8 % der Betriebe bedecken eine Fläche von 55,4 % des verfügbaren Bodens, während 98,2 % die restlichen 44,6 % einnehmen. Dieser krasse Gegensatz von Latifundien und Minifundien findet in Europa nicht seinesgleichen.

Die Latifundien haben durch extensive Bearbeitungsmethoden (kaum Fruchtwechsel; große Brachflächen; geringe Mechanisierung) einen sehr niedrigen Hektarertrag. Oft wohnt der Besitzer in Madrid oder in der Provinzhauptstadt (Absentismus). Die Zahl der Agrarunternehmer ist gering. Nicht selten fließen die Gewinne auf Sparkonten in Madrid oder werden in der Industrie investiert. Der Kapitalabfluß wird durch den Preismechanismus – relativ niedrige Agrarpreise gegenüber hohen Fertigproduktpreisen – und die zunehmende Übernahme der Absatzorganisation durch das Finanzkapital verstärkt.

Es sind vor allem die Latifundien des Südens, die meist verkehrsgünstig liegen und leicht zu mechanisieren wären. Zwar ist der Grad der Mechanisierung vor allem ab 1962 infolge der Landflucht und der Aufhebung von Einfuhrbeschränkungen auf Agrargeräte wie etwa Traktoren und Mähdrescher stark angehoben worden. Doch weist die Mechanisierung abnehmende Zuwachsraten auf und kann einem internationalen Vergleich bei weitem noch nicht standhalten. 1967 wird pro Hektar ein Wert von 15 Dollar, pro aktiver Person 50 Dollar registriert; der europäische Schnitt liegt bei jeweils 60 und 250 Dollar.

Das Minifundium hingegen, entstanden durch die Parzellierung, ist nicht etwa überwiegend durch Kleingrundbesitz gekennzeichnet. In Alt-Kastilien z.B. besitzen in der Regel ca. 10 % der Grundeigentümer über die Hälfte des zu einer Gemeinde gehörigen Bodens. Aber es existieren mehrere Typen von Pachtverhältnissen, so daß der kleine Familienbetrieb, entweder im Eigenbesitz oder in Pacht, vorherrscht.

Wenn auch seit 1962 die Flurbereinigung beschleunigt durchgeführt wurde (Jahresmittel 187.000 ha), so blieb sie doch weit hinter dem Rhythmus anderer europäischer Länder (Frankreich: 500.000 ha pro Jahr) zurück. Im übrigen ändert es an der Rentabilität eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes wenig, wenn man aus 15 Parzellen zu je 0,2 ha 2 Parzellen zu je 1,5 ha macht. Der Absentismus ist daher auch hier eine gängige Erscheinung: 5,9 Millionen Besitzern stehen nur 2,8 Millionen Betriebe gegenüber. Diese Situation wird durch die zunehmende Abwanderung der Klein-Besitzer und die Aufgabe der kleinen Familienbetriebe weiter verschärft.

Es ist dies die einzige Art und Weise, die spanische Landwirtschaft zu stabilisieren, ohne eine radikale Bodenreform durchzuführen, die den Großgrundbesitz – und damit eine immer noch gewichtige Fraktion der Bourgeoisie – abgeschafft hätte. Anfangs kam es zu keiner Mechanisierung der Landwirtschaft, weil es Arbeitskräfte im Überfluß gab. Dann verringerte die Landflucht dieses Arbeitskräfteangebot, so daß die Löhne hoch und die Betriebe zur Mechanisierung getrieben wurden. Letztere schließlich lohnt sich aufgrund

der hohen Kosten und der Rentabilität nur für Großbetriebe: der "latifundista" wird langsam aber sicher zum rechten Agrarkapitalisten.

1950 waren noch 49 % der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, 1960 war die Zahl auf 41,5 % gesunken, 1965 (!) schon auf 33,2 % (einschließlich der Fischerei) und 1970 schließlich auf 29,5 % (dito). Daraus wird ersichtlich, daß der Agrarexodus in der ersten Hälfte der sechziger Jahre besonders stark ist. Hunderttausende ziehen in die Städte, vorwiegend nach Barcelona, Madrid und Bilbao, um zu einem großen Teil – die jeweiligen Exportplanziffern der Regierung werden weit übertroffen – auf dem Gemeinsamen Arbeits-Markt zu landen. Sie fliehen vor einer Landwirtschaft, die sie teils nur mühsam auf dem Subsistanzniveau halten können. In der Masse aber sind sie Landarbeiter, Saisonarbeiter und Tagelöhner, die der Arbeitslosigkeit entkommen möchten. Georgel gibt (wahrscheinlich für die fünfziger Jahre) folgende Zahlen: in der Provinz Cadiz beschäftigen 533 Großgrundbesitzer (ab 250 ha) normalerweise 6.826 Landarbeiter, während der Saison (der Ernte) 35.835; in der Provinz Cordoba stehen 11.017 "normale" 107.671 Saisonarbeitern gegenüber; in der Provinz Sevilla ist das Verhältnis 17.759 zu 89.741.
1956 liegt der staatlich festgesetzte Mindestlohn bei 36 ptas pro Tag. Zur gleichen Zeit meint der Erzbischof von Sevilla, eine Familie mit zwei Kindern brauche für ein menschenwürdiges Leben schon mindestens 120 ptas.

Staatliche Maßnahmen sind für die starke Vernachlässigung der Viehzucht mitverantwortlich. Weil für Weizen eine relativ hohe Preisgarantie bestand und z.T. auch Weideflächen zur Aufforstung, einer durchaus dringenden Aufgabe, benutzt wurden, weist die Futterpflanzenproduktion zwischen 1964 und 1968 eine rückläufige Tendenz auf (Futtergetreide: - 32,8 %) und der Viehbestand stagniert im gleichen Zeitraum. Über ein Drittel des spanischen Fleischbedarfs wird aus dem Import gedeckt.

In Spanien sind Wälder seit Jahrhunderten eine große Seltenheit. Ihr Fehlen hat entscheidend zur starken Bodenerosion und zur Versteppung riesiger Gebiete beigetragen. Mit der Aufforstung soll letzten Endes das Klima verändert, mehr Regen herangezogen werden. Der Versuch, die Abhängigkeit von der Holzeinfuhr (vor allem für die Papierindustrie) abzubauen, ist allerdings an der schnellen Entwicklung des Holzverbrauchs gescheitert. Von 1940 bis 1968 sind insgesamt 2.131.187 ha aufgeforstet worden. Aufgrund der geringen Rentabilität dieses Sektors lag die Aktivität fast völlig in der Hand des Staates. In den letzten zehn Jahren hat sich jedoch der Rhythmus der Aufforstung merklich verlangsamt.
Wo kein Regen ist, muß man das Wasser anders heranschaffen. So sind (zwischen 1950 und 1968) 839.000 ha bewässert worden, was 36,6 % der gesamten bewässerten Fläche entspricht. Diese umfaßt mit 2.289.000 ha 11,5 % der Anbaufläche und etwa die Hälfte des bewässerbaren Bodens. Aber auch hier zeigt sich der zunehmende Bedeutungsverlust der Kleinbetriebe zugunsten von kapitalstärkeren Großbetrieben mit entsprechender Anbaufläche. Wurden vor 1939 nur 10,6 % der Betriebe über 100 ha bewässert, so stieg dieser Prozentsatz im Zeitraum 1939-50 schon auf 28 % und von 1950-62 auf 29,6 %, um dann im Jahre 1962 auf 70,4 % (!) hochzuschnellen.

So etwa präsentiert sich die spanische Landwirtschaft zu einem Zeitpunkt, als die neuen Stadt-, oft Slumbewohner – zusammen mit der Touristeninvasion – zu neuen Nachfragedimensionen führen, denen die bestehende Landwirtschaft nicht mehr gewachsen ist, wie der starke Anstieg des Lebensmittelimports deutlich zeigt.

Während der Stabilisierungsphase (1959 - 1961) steigt der Anteil der Lebensmitteleinfuhr am Gesamtimport von 18 % auf 30 %, um dann langsam abzunehmen und sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auf höherem Niveau (um 24 %) einzupendeln.

Wir haben gesehen, daß der Beginn der verstärkten Mechanisierung mit dem Hauptexodus zusammenfällt, welcher die Landarbeiterlöhne zwischen 1957 und 1966 um mehr als das dreifache steigen läßt und so zur Mechanisierung zwingt, während er in den Städten auf die Löhne drückt. Ein sehr großer Teil dieser nationalen Reservearmee wird von der sich im Gefolge der Landflucht (Wohnungsbau) und der Touristenschwemme rapide entwickelnden Bauindustrie und Nachbarzweigen, sowie von dem so erweiterten Dienstleistungssektor (Hotels etc.) aufgenommen. Der Überschuß der *Land*flucht wird großenteils zur *Landes*flucht bewegt und damit zur internationalen Reservearmee. Der Staat verspricht sich davon mehr Devisen (Überweisungen) und weniger Arbeitslose. Soziale Konflikte können auf diese Weise zwar nicht vermieden, immerhin aber gemildert werden.
Zum Schluß sei noch kurz die Situation der Fischerei geschildert. Sie ist seit Jahren mit ca. 1 % am Bruttoinlandsprodukt beteiligt. Der Ertrag liegt mit 13,3 t pro Fischer und Jahr weit unter der Pro-Kopf-Leistung der bundesrepublikanischen (74,4 t) oder norwegischen Fischer (26,8 t), was die geringe Konkurrenzfähigkeit aufzeigt. Die wichtigsten Fischfanggebiete liegen vor der galizischen, baskischen und andalusischen Atlantikküste.

11. Die industrielle Entwicklung

In den vorhergehenden Kapiteln haben wir relativ ausführlich über die fast 13 Jahre lange Phase berichtet, die die spanische Wirtschaft brauchte, um wieder das Niveau der Vorkriegsjahre zu erreichen. Die dabei zur Wirkung kommenden Widersprüche führten von der Mitte der fünfziger Jahre an zu einer absoluten Verschärfung der ökonomischen und sozialen Lage: die größtenteils an kurzfristigen Profiten interessierte Politik des öffentlichen Sektors, die damit verbundene Politik des billigen Geldes und die harten Kämpfe der Arbeiterklasse vor allem des Jahres 1956 gegen die ständige Verschlechterung ihrer Situation förderten die Geldentwertung, verursachten ein wachsendes Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz und die immer niedrigere Notierung der Peseta an den freien Devisenmärkten des Auslandes bei stetig teurer werdender künstlicher Stützung des staatlich festgesetzten Kurses.
Wesentliche Strukturschwächen des spanischen Kapitalismus lagen dieser Entwicklung zugrunde: ein konstant niedriges Volkseinkommen, relativ schwache Investitionstätigkeit, ein chronisches Handelsbilanzdefizit, ein regressives Steuersystem, archaisch anmutende Agrarstrukturen etc. Die einzige Rettung für den spanischen Kapitalismus lag in der Durchführung einer strikten Stabilisierungspolitik, zu der die neuen Opus-Leute mit entschiedenem Beistand von OEEC, Internationalem Währungsfonds sowie privaten und staatlichen US-Krediten dann auch Zuflucht nahmen.
Aus der allgemeinen Beschäftigtenstruktur geht hervor, daß der Industriesektor (verarbeitende, Bauindustrie und Bergbau) mit 36,2 Prozent der 1969 12.592.800 zählenden Bevölkerung inzwischen zum stärksten Wirtschaftsbereich geworden ist.

Tabelle 20

Beschäftigtenstruktur 1969

	in Tausend	in %
Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei	3 800,9	30,2
Extraktive Industrien	125,8	1,0
Verarbeitende Industrie	3 345,1	26,5
Bauindustrie	1 091,9	8,7
Wasser, Gas und Elektrizität	89,8	0,7
Handel	1 320,5	10,5
Transporte	640,4	5,1
Andere Dienste	2 178,4	17,3

(nach INE)

Doch haben sich nicht nur insgesamt, sondern auch innerhalb der Industrie erhebliche Verschiebungen ergeben, wie aus Tab. 21 hervorgeht.

Tabelle 21

Beschäftigte in der Industrie in Tausend

	1960	1965	1968
Energiewirtschaft	56,8	62,1	61,8
Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	176,9	142,6	121,0
Verarbeitendes Gewerbe	1 602,0	1 832,0	1 931,0
darunter: Herstellung von Gemüsekonserven	35,2	46,3	51,3
Textilindustrie			
Wollverarbeitung	41,0	49,4	49,2
Baum- und Zellwollverarbeitung	131,4	98,2	97,0
Bekleidungsindustrie	28,5	48,9	63,8
Druckerei und Vervielfältigung	52,8	64,0	67,3
Kunststoffverarbeitung	11,6	28,8	34,4
Kraftfahrzeugbau und Fahrräder	28,1	46,1	61,2
Baugewerbe	—	919,0	1 008,0

(Allg. Stat. des Auslandes, Länderkurzberichte, Spanien 1971)

Während die Beschäftigtenzahl im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden fast um ein Drittel zurückgegangen und die der Energiewirtschaft nur unbedeutend gestiegen ist, kann das verarbeitende Gewerbe einen beträchtlichen Beschäftigtenzuzug verzeichnen, insbesondere der Kraftfahrzeug- und Fahrradbau, die Kunststoffverarbeitung und die Bekleidungsindustrie. Auffallend ist das relativ geringe Anwachsen der Beschäftigtenzahl in der Bauindustrie, welche in den sechziger Jahren durch Landflucht (Wohnungsbau) und Tourismus einen starken Aufschwung erlebte (s. Tab. 23).

Der Beschäftigtenschwund in der extraktiven Industrie ist auf die Drosselung der Produktion in diesem Bereich zurückzuführen, wie die Stagnation der Indices (Tab. 22) zeigt. Demgegenüber haben die verarbeitende Industrie und die Energiewirtschaft ihre Produktion im Laufe der 60er Jahre verdreifachen können.

Tabelle 22

Index der industriellen Produktion 1963 = 100

	1960	1965	1970
Energiewirtschaft	73	122	217
Bergbau	99	104	104
Verarbeitende Industrie	70	128	210
Gesamtindustrieproduktion	72	127	205

(nach INE)

Wenn man die negative Entwicklung im extraktiven Bereich genauer unter die Lupe nimmt, wird deutlich, daß sie auf den Rückgang in der Kohleförderung zurückzuführen ist. Dies konnte auch der rigorose Eingriff des Staates über das Instituto Nacional de Industria (INI) in den Steinkohlenbergbau (HUNOSA) nicht verhindern. Und auch die alljährlichen Streiks der Kumpel im asturianischen Becken, der Heimat des fortschrittlichsten Teils der spanischen Arbeiterklasse, haben die Stillegung von Minen lediglich hinausschieben können.

Die beiden anderen industriellen Bereiche, Energiewirtschaft und verarbeitendes Gewerbe, haben ihren Beitrag zum Nettoinlandsprodukt beträchtlich gesteigert (1965 - 1970: ca. 8 %), wobei vor allem die metallverarbeitende, die chemische sowie die Bau- und Baustoffindustrie überdurchschnittliche Quoten verbuchen können.

Die erheblichen Steigerungen in den obengenannten Bereichen sind auf die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und die schon erwähnten Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zurückzuführen. Dabei hat die zugespitzte soziale Lage der Jahre 1961/62 — steigende Preise, Überangebot an Arbeitskräften durch verstärkte Landflucht usw. — offensichtlich zusammen mit den Rationalisierungen (vor allem ab 1962) besonders hohe Raten ermöglicht, denn in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ist eine teils beträchtliche Verminderung der Zuwachsraten zu verzeichnen, so daß die durchschnittliche Steigerungsrate für die sechziger Jahre um ganze 2 Prozent über derjenigen für die zweite Hälfte liegt.

Die chemische Industrie und die Glasindustrie mit einem relativ großen Anteil ausländischen Kapitals können weiterhin hohe Steigerungsraten aufweisen. In diesem Zusammenhang wird darüberhinaus noch einmal deutlich, in welchem Maße Spanien von der Einfuhr moderner Ausrüstungsgüter abhängig ist.

Sowohl der Einfluß ausländischen Kapitals als auch die wachstumsorientierte Politik der Opus-Regierung haben seit 1959 starken Einfluß auf die Konzentration des Kapitals gehabt. Mit dem Stabilisierungsplan fing alles an: er verteilte die notwendigen Subventionen für Rationalisierungen und Umstrukturierungen, öffnete die Tore weit für ausländisches Kapital und erhöhte den Kreditplafonds, der den Klein- und Mittelunternehmern den Profit-Beutel höher hängte. Die Großbanken — vertreten in allen wichtigen Firmen, vor allem aber in den zuständigen Regierungskreisen und Staatsunternehmen — bestimmten, wer wo wann welche Unternehmenspolitik zu betreiben hatte.

Es ist schwierig, das komplizierte Geflecht von Fusionen und Beteiligungen zu überblicken, das durch den allumfassenden Einfluß der sieben Großbanken, Personalunionen, Verflechtung mit dem INI und ausländischem Kapital entstanden ist. Um jedoch einen Eindruck von dem immensen Konzentrationsprozeß zu vermitteln, der sich im Verlauf der sechziger Jahre vollzogen hat, soll hier für die interessantesten Bereiche jeweils die Entwicklung der Betriebsgrößen untersucht werden. Davon lassen sich zwar keine unmittelbaren Aussagen über den Grad der Kapitalkonzentration und -zentralisation ableiten, immerhin aber können von der Entwicklung der Betriebsgrößen gewisse Rückschlüsse gezogen werden.

Zum Beispiel der Nahrungsmittelsektor: 1958 hatten 87,7 % aller Betriebe eine Belegschaft zwischen 0 und 4 Beschäftigten. In diesen 87,7 % aller Nahrungsmittelbetriebe arbeiteten 41,4 % aller damals in diesem Bereich Beschäftigten. Im gleichen Jahr beschäftigten 0,04 % aller Betriebe, nämlich die mit Belegschaften über 500 Leuten, 7,6 % aller Beschäftigten. Zehn Jahre später, 1968, macht sich das Verhältnis in diesem von Auslandskapital und Opus Dei getränkten Sektor etwas anders aus: jetzt arbeiten in den Kleinstbetrieben, deren Anteil nur noch 42,9 % beträgt, lediglich noch 4,2 % aller Beschäftigten. Die Großbetriebe hingegen, deren Anteil auf 0,6 % gestiegen ist, beschäftigen nun 17,6 % der Werktätigen. In der Gruppe der Betriebe mit einer Belegschaft zwischen 100 und 500 Leuten ist die Veränderung noch spektakulärer. Während sie 1958 nur 0,2 % der Betriebe ausmachten und 12,4 % der Gesamtarbeitskraft im betreffenden Sektor beschäftigten, arbeiten 1968 in 4,6 % der Betriebe 37,8 % der Beschäftigten.

Noch um etliches schärfer wird der Kontrast in einer Nachbarindustrie: bei den Getränken. Abgesehen von den traditionsgemäß überwiegend britischen Mammutweingütern im Südwesten Spaniens, dürfte kaum ein Tropfen Bier durch Spanier- oder Urlauberkehlen rinnen, der nicht mit US-amerikanischem Kapital gesättigt wäre, das teils über die Schweiz ("Sankt Moritz — Märzenbier"), teils direkt eingeflossen ist. Paradebeispiel: der größte Bier-Kapitalist der Welt, Joseph Schlitz, verkauft in Spanien Schlitz-Bier, Lager, Skool, La Cruz del Campo, Henninger und einige Marken mehr, an denen er mehr oder weniger maßgeblich beteiligt ist. 1958 hatten 80,1 % der Unternehmen maximal 4 Beschäftigte, insge-

samt aber 44,7 %; in der Gruppe von 10 bis 49 Beschäftigte (6,2 %) fanden sich 23,5 % der in diesem Sektor Arbeitenden; die Großbetriebe (500 und mehr: 0,01 %) beschäftigten nur 1,3 %. 1968 hat sich das Bild radikal gewandelt: die Zahl der Kleinstbetriebe ist weiterhin sehr hoch (77,8 %), aber auf sie kommen nur noch 17,8 % der Gesamtbeschäftigtenzahl im Getränkesektor; der ehemals wichtige Bereich (11 - 50 Beschäftigte) weist mit mehr Betrieben (8,8 % gegenüber 6,2 %) nur noch 18,7 % (gegenüber 23,5 %) der Arbeitenden auf; bestimmend sind nun die Betriebe mit über 100 Beschäftigten: im Bereich 101 bis 500 kommen auf 1,2 % Betriebe jetzt 26,2 % der Beschäftigten (vorher: 0,2 : 6,6 %), bei den Betrieben mit über 500 Leuten (0,2 %) arbeiten 18,9 % der werktätigen Getränkemacher.
Vor allem in der Bekleidungs- und Schuhindustrie, die zu den exportstärksten Bereicher der verarbeitenden Industrie gehören, ist es zu Erdrutschen gekommen. In der Ölindustrie hingegen, die von Natur aus ein hohes Kapitalminimum erfordert, haben sich keine wesentlichen Verschiebungen ergeben. Dafür ist der Staatsanteil (INI; vgl. Kap. 13) am Ölgeschäft zu hoch. Allerdings mischt auch in diesem Bereich das US-Kapital kräftig mit: ESSO (Rockefeller-Gruppe), eng verknüpft mit Caltex und Texaco, und Gulf Oil haben große Kapitalinteressen in Spanien. Die Standard Oil of California beispielsweise (hier identisch mit Caltex und Texaco) besitzt 40 % der INI-Renommier-Raffinerie in Escombreras.

Beim Glas hat der französische Konzern Gobain sich die beherrschende Stellung erobert und damit zur Konzentration beigetragen. Bei Eisen und Stahl haben vor allem der INI-Stahlgigant ENSIDESA und Altos Hornos de Vizcaya (US-Steel: 25 %) durch Zusammenfassungen bzw. Neugründungen den Markt unter sich aufgeteilt. Die damit verbundene Kapitalkonzentration erscheint bei den Betriebsgrößen allerdings teilweise als rückläufige Entwicklung: je größer die Betriebe, desto mehr Arbeitsplätze sind wegrationalisiert worden. Hier zeigen sich deutlich die Grenzen des Demonstrationswertes der Betriebsgrößen - entwicklung.

Bei den Metall-Fabrikaten haben vor allem die Autoindustrie und der Schiffsbau zur Konzentration beigetragen. Der Personenwagenmarkt wird größtenteils vom INI-gesteuerten SEAT-Konzern (Fiat-Citroen-Kapital und -Lizenzen) beschickt, der 1970 66 Prozent aller Tourenwagen herstellte. Daneben fabrizieren Chrysler, Renault und British Leyland in großen Werken ihre PKW's. Die INI-Firma Pegaso ist mit 67 Prozent aller gemeldeten LKW's über 10 Tonnen und 75 Prozent aller Autobusse größter spanischer Transportmittelhersteller. Bei den Traktoren hat der US-Schotte John Deere alleine das Sagen. Bei den Werften hat sich im Verlauf der sechziger Jahre der Konzentrationstrend verschärft. Das INI hat auch hier die absolute Vorherrschaft mit rund 65 Prozent der fabrizierten Tonnage. Die spanischen Großwerften, großenteils an der galizischen Nord- und Westküste angesiedelt, weisen den drittgrößten Auftragsbestand der Welt auf und haben sich inzwischen an die sechste Stelle der Weltproduktion geschoben.

Daß bei der Elektroapparateherstellung kein Spanier groß was zu sagen hat, ist bei Namen wie Westinghouse, General Electric, ITT, IBM, Siemens, AEG-Telefunken, Brown-Boveri etc. nicht weiter verwunderlich. Hier beschäftigen 1968 13,3 % aller Unternehmen 84,1 % aller Unternommenen. Das gleiche gilt für die Chemie-Industrie, wo Namen wie Dow Chemicals, Hoechst, Bayer, Merck, Procter & Gamble, Palmolive-Colgate, Avon etc. von jeher einen "guten Klang" hatten. Aber gerade in der chemischen Industrie tauchen immer wieder Beschwerden auf, die ein allgemeines Problem der spanischen Industrie mit Ausnahme nur weniger Bereiche erkennen lassen. Die chemische Grundstoffindustrie, über Klein- und Mittelbetriebe verteilt, kann der von Großkonzernen und -industrie beherrschten verarbeitenden Industrie nicht immer die kontinuierliche Versorgung garantieren.

Noch kopflastiger ist die Gummi-Industrie, wo Firmen wie Goodyear und Firestone/Phoenix im Verlaufe der Auto-Mobilisierung der Spanier und resteuropäischen FIAT-Fahrer (SEAT 600 und 850) ihre Hauptinvestitionen aus dem Bereich der größten Mittelbetriebe in den der Großbetriebe verlagerten. (Alle Angaben über US-amerikanisches Kapital stammen aus: Cabello Moya, Arturo: Las inversiones industriales norteamericanas en Espana, Cuadernos para el Dialogo, Dez. 1969; die Daten zur Betriebsgrößenentwicklung werden dem Artikel von J.B. DONGES, From an Antarchic Towards a Cantionsly Outward-Looking Industrialization Policy: The Case of Spain, entnommen, veröffentlicht in: Weltwirtschaftliches Archis, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Bd. 107, Tübinger 1971.)

Leider ist es sehr schwierig gewesen, Daten über die jeweiligen regionalen Anteile am Industrieprodukt zu finden. Wir müssen uns deshalb darauf beschränken, das traditionelle Nord-Süd-Gefälle anhand der Einkommensverteilung nach Regionen darzustellen, welche mit den industriellen Schwerpunktgebieten Katalonien (Barcelona und weitere Umgebung), Baskenland (Bilbao und weitere Umgebung), Levante (Valencia) und nördliche Meseta (Madrid, Valladolid) zusammenfällt.

In diesen 17 (von 50) Provinzen mit 26 Prozent der Gesamtfläche Spaniens lebten im Jahre 1965 44 Prozent der Bevölkerung, die 59,5 Prozent aller Einkommen nach Hause trugen. Diese Konzentration hat sich durch eine Reihe von Faktoren verstärkt. 1955 besaßen die 14 reichsten Provinzen noch einen Anteil von 51,5 Prozent am Volkseinkommen, 1964 betrug ihr Anteil schon 56,3 Prozent. Diese Entwicklung ist in der Hauptsache auf der anarchischen Entwicklung der Industrie und der Unfähigkeit des spanischen Kapitalismus, eine Agrarreform durchzuführen, begründet. Das so entstandene und durch nichts gemilderte wirtschaftliche und soziale Gefälle wird durch Folgeerscheinungen der beiden genannten Hauptfaktoren wie Landflucht und Emigration ständig verschlimmert.

12. Bauwirtschaft

Die Bauwirtschaft ist derjenige Industriebereich, dessen Bedeutung seit Beginn der sechziger Jahre am stärksten zugenommen hat. 1967 belief sich die Wertschöpfung auf 78.275 Millionen Pesetas oder auf 5.4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

1.074.000 Arbeiter, das sind 8,5 %, waren Ende 1968 in diesem Sektor beschäftigt. Doch geht es den spanischen Bauarbeitern nicht besser als den europäischen Kollegen: aufgrund der starken Konjunkturabhängigkeit dieses Sektors sind Gelegenheits- und Saisonarbeit gängige Erscheinungen. In den größten Bauunternehmungen erreicht das nicht ständig beschäftigte Personal einen Anteil bis zu 82,6 % (!). Die Mehrheit dieser Gelegenheitsarbeiter sind ungelernte Kräfte. Es ist daher auch nicht weiter verwunderlich, daß viele die Arbeit auf dem Bau nur als vorübergehend und als Sprungbrett ansehen, von dem aus sie den Absprung in die Fabrik suchen, die stabilere Arbeitsverhältnisse zu bieten hat.

Der Aufschwung der Bauindustrie ist in engem Zusammenhang mit der wüsten Bodenspekulation zu sehen, die mit der wachsenden Wohnungsknappheit als Folge der Landflucht und dem nicht endenwollenden Bau von Hotels und Appartmentwolkenkratzern entlang der Mittelmeerküste in Gang kam. Sie hat bis heute nicht aufgehört, "Quelle" billigen und schnellen Profits zu sein.

Jedes Jahr werden zwischen 40 und 50 % der Investitionen durch den Bausektor geschleust (wassertechnische Bauten, Straßen und Autobahnen, Eisenbahninfrastruktur, Wohnungsbau etc.).

Wohnungsbau

Der Mangel an Wohnungen hat in Spanien Tradition. Dieser Zustand hat durch die Zerstörungen des Bürgerkrieges eine beträchtliche Verschärfung erfahren.

Die heutige katastrophale Wohnungssituation ist, abgesehen von der allgemeinen Struktur des spanischen Kapitalismus, im wesentlichen auf zwei Momente zurückzuführen.

Nach dem Krieg erlaubte die starre Autarkiepolitik der verschiedenen Franco-Regierungen nicht, den starken Baustoff-Mangel durch entsprechende Einfuhren zu überbrücken. Die Bauindustrie konnte sich dementsprechend nur langsam entwickeln. Der dadurch nicht nur nicht behobene, sondern noch verschlimmerte Zustand wurde durch das Einsetzen der Landflucht in den fünfziger Jahren geradezu unerträglich. Die Industriezonen des Baskenlandes (Bilbao etc.) und Asturiens, Madrids und Barcelonas, saugten sich voll mit landflüchtigen Tagelöhnern aus Andalusien und arbeitsuchenden Kleingrundbesitzern aus dem Nordwesten.

Es ist nicht so, daß der Staat gar nichts gegen diese miserable Situation unternommen hätte. Jedes Jahr wurden Steuermillionen in den sogenannten "subventionierten Wohnungsbau" ("viviendas bonificables") hineingestopft. Die privaten Baugesellschaften nahmen dies nicht nur gerne hin, sie machten auf Staatskosten ungeheure Profite und bauten, vor allem in den sechziger Jahren, dafür luxuriöse Appartmentsilos mit Quadratmeterpreisen, die man mit einem Arbeiterlohn nicht bezahlen kann.

Wie sowas vorsichgeht, mag folgender Vergleich andeuten. Der II. Entwicklungsplan sah den Bau von 318.336 Wohnungen für das Jahr 1971 vor. Diese Richtzahl wurde mit 317.914 fertiggestellten Wohnungen annähernd eingehalten. Betrachtet man jedoch wie diese Zahl zustandegekommen ist, so fällt auf, daß das Wohnungsbauministerium wider alle planerische Vernunft diejenigen Detail-Richtdaten, für deren Einhaltung es per Kreditierung und Bezuschussung selbst verantwortlich ist, im Verhältnis zum freien Wohnungsbau um Riesensummen unterschritten haben müßte — oder aber, daß die Gelder zwar an den Bau-Mann gebracht, von diesem jedoch anderweitig — „frei" — verwandt worden sind. Letzteres ist der Fall.

Tabelle 23

Geplante und fertiggestellte Wohnungen, 1971

	geplant	fertiggestellt	% Differenz
Gruppe I, Mietpreisbindung	69.866	54.033	- 22,67
Gruppe II, Mietpreisbindung	48.000	8.108	- 83,11
Subventioniert	150.000	101.726	- 32,19
Direktbau	18.000	25.827	+ 43,48
Frei	32.500	128.220	+ 294,52
Total	318.336	317.914	- 0,15

(nach: Wohnungsbauministerium)

Gruppe I erhält 30 Prozent der Baukosten für maximal 8 Jahre, Gruppe II bis zu 90 Prozent der Baukosten, abzahlbar in maximal 18 Jahren. Die subventionierten Bauherren erhalten 30.000 ptas vom Nationalen Wohnungsbau-Institut geschenkt und 1.700 ptas pro erstelltem Quadratmeter Wohnfläche zu 6,75 Prozent Zinsen auf maximal 18 Jahre von den Sparkassen oder der Baukredit-Bank geliehen. Jahr für Jahr werden diese Posten zu hoch angesetzt und Jahr für Jahr schließt der Posten "libre" — freier Wohnungsbau — mit horrenden Überschüssen ab. Der Posten "Direktbau" beinhaltet die Unterstützung vor allem des Eigenheimbaus und hat nach beträchtlichen Defiziten in den ersten drei Jahren des II. Vier-Jahres-Entwicklungsplans zum ersten Mal positiv abgeschlossen.

So kam zustande, was die übergroße Masse der Touristen nicht sieht: An den Peripherien

der Millionenstädte bildeten sich Slums, in denen Hunderttausende unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen, während wenige Meter entfernt neue Appartments übereinandergestapelt werden, von denen der subventionierte Bauunternehmer schon vor dem Zuschlag weiß, daß sie leerstehen werden.

So ist etwa Barcelona nicht nur ein Beispiel für Slumkultur, es ist auch eines für die bis zu einhunderttausend (100.000) Wohnungen, die — je Stadt, wohlgemerkt — zum Verkauf angeboten werden und leerstehen, weil sie zu teuer sind. Das soll nicht heißen, daß nicht auch spanische Architekten es geschafft hätten, jene trostlosen Schlafstädte aus dem Boden stampfen zu lassen, die nachher grau und abstoßend, ohne soziale Einrichtungen, Abstellplätze für neue, stinkteure Polstergarnituren, im Baudreck liegen gelassen werden, weil nicht einmal mehr jemand das Geld für die Straßen aufbringen will, auf denen der stolze Besitzer eines 600er SEAT nach seinem dritten Tagesjob abgerackert nach Hause rollen könnte.

Subventionen und Bauboom im Gefolge von Landflucht und Touristenschwemme haben die Entstehung großer, relativ stark mechanisierter Bauunternehmen begünstigt. Die 64 größten Unternehmen (von insgesamt 12.000) haben sich in einer Vereinigung (sprich: Kartell) zusammengeschlossen und erhalten 70 % der staatlichen Bauaufträge; sie verfügen über 60 % des gesamten Baumaschinenparks und "ihre" Arbeiter führen 35 % aller im Lande vergebenen Bauvorhaben aus.

Trotz staatlicher Wohnungsbausubventionierung existieren kaum allgemeine Besiedlungspläne. Die Wohnungen haben, ohnehin schon zu klein, in den letzten Jahren zunehmend an Fläche verloren (Durchschnittsfläche pro Wohneinheit: 63,9 m2; westeuropäischer Schnitt: 73,2 m2; Durchschnittsfläche pro Zimmer: 12,4 m2 (!); westeuropäischer Schnitt: 18,3 m2). Hier wie anderswo treibt der Profit zum schnellstmöglichen Bauen. Die Gebäude weisen entsprechend viele Mängel auf, ihre Lebensdauer ist kurz.

Alles in allem bietet der Bausektor als vitalster Bereich der spanischen Wirtschaft deutlicher als alle anderen ein Bild von der staatlich protegierten Grausamkeit der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie, von Spekulation und Korruption.

13. INSTITUTO NACIONAL DE INDUSTRIA (INI)

Das "Instituto Nacional de Industria" wurde zwei Jahre nach Machtantritt Francos, 1941, mit dem ausdrücklichen Zweck gegründet, "im Dienste der Nation die Schaffung und den Wiederaufbau unserer Industrien voranzutreiben und zu finanzieren; besonders derjenigen, deren Hauptziel die Lösung der sich aus den Erfordernissen der Landesverteidigung ergebenden Probleme oder die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Autarkie ist und die dem spanischen Sparer eine sichere und anziehungskräftige Anlagemöglichkeit bieten". (Gesetzestext). Ein weiteres erklärtes Ziel war die Brechung von Monopolstellungen verschiedener (u.a. ausländischer) Unternehmungen.

Das INI ist de facto eine staatliche "Holding", die ihre verschiedenen Unternehmen in der Art von Aktiengesellschaften verwaltet. Als Gründungskapital erhielt sie vom Staat 50 Mio Ptas. und bewegliche Werte. Für eine weitere Finanzquelle sorgt das Finanzministerium mit der Ausgabe abschreibungsfähiger öffentlicher Pfandbriefe oder schlicht durch Subventionen. Weiteres Kapital kommt in der Form von Krediten von der (staatl.) Banco de España, aus selbstgemachten Profiten oder aus der Privatisierung gut laufender Unternehmen durch Verkauf. Außerdem kann das INI Obligationen ausgeben.

Bevor wir auf die Bedeutung des INI für die spanische Wirtschaft eingehen, wollen wir kurz seine Rolle bei der Entwicklung des spanischen Kapitalismus darstellen. Wie schon

erwähnt, sollte das INI nach offizieller Lesart anti-monopolistischen Zwecken dienen. Daran ist nur soviel wahr, daß das INI private Monopole ablöste, um dann diese Rolle selbst zu übernehmen. (Wie etwa der Automobilsektor zeigt, der von der Zollprotektion und ausländischen Patenten lebt – SEAT –). Darüberhinaus besteht eine enge Verflechtung von INI und privaten Monopolunternehmen. Es spielt eine wirtschaftliche und personelle Vermittlerrolle (Management).

Und was die angestrebte wirtschaftliche Autarkie anbetrifft, so wurde sie freilich nie erreicht; geblieben sind der Masse der Bevölkerung lediglich Erinnerungen an schlimme Hungerjahre. 1959 wurde sie dann sang- und klanglos vom Gotteswerk abserviert. Die Notwendigkeit und europäische Einflüsterungen der OEEC sowie anderer internationaler Monopolorganisationen waren entscheidende Motive. Das INI hat in den Nachkriegsjahren die Grundlagen für Industrien gelegt, die aufgrund der damaligen Autarkiepolitik nie konkurrenzfähig geworden sind und die heute ohne staatliche Protektion nicht mehr lebensfähig sind. Nicht einmal für die Landesverteidigung konnte das INI entscheidende Beiträge liefern.

Welche Bedeutung hat also das INI für die spanische Wirtschaft gehabt? Prüft man die Geschichte der einzelnen Unternehmen, so zeigt sich, daß das INI offensichtlich als Mittel staatlicher Intervention zur Verstärkung der Produktion zu einer Zeit war, in der das Privatkapital nicht oder nur sehr unzureichend in der Lage war, die Produktionspotenzen des Landes nutzbringend in Bewegung zu setzen. Das INI hat ohne Zweifel beträchtliche Summen aus der öffentlichen Hand gefressen und im Vergleich zum Aufwand bescheidene positive Ergebnisse gezeitigt – andererseits aber z.B. die Inflation vorangetrieben.

Da kein Geld, aber eine Notenpresse vorhanden war, machte man welches. Schließlich mußte das Geld ja irgendwo herkommen. Bei gleichbleibenden Löhnen bedeutet dies schlicht und einfach, daß die werktätige Bevölkerung zum Konsumverzicht gezwungen wurde. Über den ständigen Druck auf das Lebenshaltungsniveau wird das INI damit mittelbar zur Zwangssparkasse: zu Lasten von Millionen und zum Profit einiger weniger Familien. Privatisierung von Profiten, Sozialisierung von Verlusten und Bankrotten.

Eine andere wichtige Frage ist die nach der Art der Investitionen. In einigen Sektoren scheint das teure Geld für moderne Ausrüstungsgüter ausgegeben worden zu sein. So etwa in der Elektrizitätsproduktion, in der Eisen- und Stahlindustrie, der Bau- und Werftindustrie sowie in den Raffinerien und im Fahrzeugbau. In anderen Sektoren wurden notwendige Modernisierungen trotz vorhandener Gelder unterlassen.

Einer der Hauptgründe für die wesentlichen Strukturmängel ist der anarchische Charakter des kapitalistischen Systems im allgemeinen wie der unharmonischen, weil nicht einmal kapitalistisch geplanten Entwicklung der INI im besonderen. Letzteres ist vor allem auf den ausschließlich subsidiären Charakter der staatlichen Investitionstätigkeit zurückzuführen, die nur dort in die Privatinitiative eingriff, wo die Privatkapitalisten nicht investieren wollten, weil ihnen der Profit zu gering erschien oder nicht investieren konnten, weil es ihnen an Kapital mangelte. Anders gesagt: das INI handelte und handelt klar erkennbar im privaten Monopolinteresse. Daß (wieder-)hochgepäppelte Unternehmen reprivatisiert werden, rundet dieses Bild nur ab.

Darüberhinaus ist die Politik des INI nicht einmal konsequent durchgeführt. Zum einen ist nicht ein einziger Bereich ganz verstaatlicht worden. Zum anderen ist der teils hohe Anteil an einzelnen Sektoren nicht zu überschätzen, da sich hinter den Prozentzahlen meist keine Unternehmen mit optimaler Betriebsgröße, sondern mehrere mittelgroße Betriebe verbergen, die untereinander kaum oder gar nicht koordiniert werden.

Tabelle 24

Anteil der INI-kontrollierten Unternehmen am jeweiligen Sektor (1968)

25 % Eisen und Stahl	58 % Aluminium
20 % Elektrizität	40 % Stickstoffhaltige Dünger
36 % Steinkohle	46 % Schiffbau
50 % Automobile	48 % raffiniertes Öl

Hierbei muß man allerdings bedenken, daß der im Vergleich mit dem Gemeinsamen Markt sehr beschränkte spanische Inlandsmarkt die Herausbildung optimaler Betriebsgrößen nicht gerade begünstigt. Hier ist auch der Grund für das verhältnismäßig geringe Gesamtkapital der Unternehmen zu suchen, an denen das INI direkt oder indirekt beteiligt ist. Es beläuft sich bei 114 betroffenen Unternehmen auf 485 Mill. Ptas. (1969). Nach dieser Bestandsaufnahme stellt sich nun nochmals die Frage nach der tatsächlichen Bedeutung des Instituto Nacional de Industria für den spanischen Monopolkapitalismus. Unter Berücksichtigung aller referierten Merkmale kann vorsichtig zusammengefaßt werden, daß das INI ein Instrument zur Bereitstellung staatlicher Mittel im Interesse der nationalen Finanz-Oligarchie, aber auch des ausländischen Kapitals darstellt.

Zum Schluß seien die wichtigsten verfügbaren Daten zum Komplex INI zusammengestellt.

Tabelle 25

Anteil staatl. Wertpapiere am Gesamtvolumen der Wertpapieremissionen 1970

Gesamtvolumen (in Mio. Ptas)	156 888	100 %
Staatliche Wertpapiere		
Regierung	11 521	
INI	10 323	
Summe	21 844	13,9 %
Private Wertpapiere		
Obligationen	51 529	
Aktien und passive Dividende	83 515	
Summe	135 044	86,1 %

(nach: Banco de Bilbao 1970)

Das INI beschäftigt 4,4 % der aktiven Bevölkerung und ist mit 13 % am Bruttoindustrieprodukt (1971) beteiligt, wobei interessanterweise festzustellen ist, daß dieser Anteil im Abnehmen begriffen ist.

Wie schon erwähnt, existiert in Spanien auch eine „konzertierte Aktion", die allerdings nichts mehr mit dem uns bekannten Begriff zu tun hat, da die vertikale „Gewerkschaft" (sindicato) nicht konzertiert zu werden braucht. Dieses Orchester würde weitgehend ohne Disharmonien funktionieren, wenn die spanische Arbeiterklasse nicht der Wirt bei der ganzen Rechnung wäre. Konzertiert werden die öffentlichen Kapitalspritzen zur Stützung strukturschwacher privater Sektoren. In diesem Zusammenhang ist auch, ähnlich wie bei Gründung der Ruhrkohle-AG, die konzertierte Aktion bei der Gründung der HUNOSA im Bergbaubecken von Asturien zu sehen: als die Kohlenkonzerne sich Mitte der sechziger Jahre vor die Notwendigkeit gestellt sahen, umfangreiche Investitionen zu tätigen, setzten sie dem Staat die Pistole auf die Brust: entweder ihr gebt uns Geld, oder

wir machen zu. Dann könnt ihr sehen, wie ihr mit den ohnehin rebellischen Kumpeln fertigwerdet. Der Staat gab Geld. Das INI gründete 1967 eine Kohlen-AG, die HUNOSA, in die die wichtigsten privaten Minen mit aufgenommen wurden. 77 % des Gründungskapitals (3380 Mill. Ptas.) stellte das INI. 60 % dieses Geldes benutzten die Privatkonzerne zur Tilgung ihrer Schulden. Im Namen der „Umstrukturierung" wird jetzt eine Mine nach der anderen geschlossen, und die teure Steinkohle muß in immer größeren Mengen aus dem Ausland eingeführt werden.

14. Finanzoligarchie

Spanien wird von einer verschwindend kleinen Minderheit beherrscht. Der im Verhältnis zur BRD oder Frankreich schwach entwickelte spanische Kapitalismus hat einen überraschend hohen Konzentrationsgrad erreicht. Die Verflechtung von Banken, Industrien und Staat ist undurchdringlich.

Die „sieben Banken" verfügen über fast 70 % aller Fremdeinlagen der Privatbanken und kontrollieren den Rest über ihre Aufsichtsratsmitglieder. Die sieben Großen haben entscheidenden Einfluß im Obersten Bankrat, der als beratendes Organ des Finanzministeriums im Rahmen des privaten Kreditsystems faktisch nichts anderes als eine Institutionalisierung der Wettbewerbsbeschränkung darstellt und welcher den Konzentrationsprozeß stark vorangetrieben hat. Über 50 % der Kredite werden von Privatbanken vergeben. Davon wiederum kontrollieren die großen Sieben 60 %. Sie gelangten zu dieser Machtfülle, indem sie sich nach und nach mit gesetzlicher Unterstützung kleinere Banken einverleibten, die sie vorher u.a. durch den Ausbau ihres Filialnetzes, ruinierten. Die Gesamtzahl der Banken belief sich 1939 auf fast 200: im Jahre 1964 existierten insgesamt noch 112 Banken.

Aufgrund der Tatsache, daß es sich bei den Sieben um gemischte, Depositen- und Geschäftsbanken handelt, konnten sie die Kontrolle über die großen Unternehmen gewinnen. Ihre Macht wird durch ihren Einfluß auf die staatlichen Kreditinstitute lediglich noch abgerundet.

Da die meisten spanischen Großkonzerne nur über geringe Selbstfinanzierungsmittel verfügen, sind sie auf die kurz- oder langfristigen Kredite der Großbanken angewiesen, welche über umfangreiche Wertpapierbestände verfügen und im Namen einer großen Zahl von Aktieninhabern ihr Depotstimmrecht ausüben. Es ist denn auch nicht weiter verwunderlich, daß sich die sieben Großbanken 1967 unter den 20 gewinnstärksten spanischen Unternehmen wiederfinden. Darüberhinaus nutzen die Banken die personelle Verflechtungsstruktur mit der Industrie zu deren Kontrolle aus. Ihre Vertreter sitzen in den Aufsichtsräten der wichtigsten Unternehmen oder sind von vornherein eine *Blutsbande*, miteinander verschwistert, verschwägert oder in sonst einer Weise verwandt, was vor der Regierung und ihren *Besatzern* natürlich nicht haltmacht, wie die Namen Franco, Oriol y Urquijo, Allende y García Baxter zeigen.

Auf diese verschiedenen Arten und Weisen reduziert sich die wirkliche ‚Machtelite' auf ca. einhundert Familien, welche (1966) 1.324 Aktiengesellschaften – das sind 8,27 % aller existierenden – kontrollierten. Sie verfügen über Gesamtaktiva im Wert von 220.477,7 Millionen Pesetas, was 78,96% aller Aktiva entspricht. Einige der renommierten spanischen Zeitungen (ABC, YA, Diario de Barcelona etc.) preisen unter ihrer Kuratel auf der einen Seite die unendlichen Vorteile der freien Welt, um auf der nächsten vor ihren Versuchungen zu warnen: Libertad no es libertinaje. „Die Hundert Familien" kontrollieren über die oben genannten direkten oder indirekten Kanäle die grundlegenden Sektoren der spanischen Wirtschaft:

Tabelle 26

Branchen, die von den „Hundert Familien" kontrolliert werden, in % der Gesamtaktiva

Fahrzeugbau:	75,89	
Zucker:	80,23	
Staatsbanken:	96,56	(!)
Privatbanken:	86,30	
Schiffbau:	91,31	
Elektrizität:	96,42	
landw. Betriebe:	84,17	
Eisenbahnen:	78,57	
Bergbau:	76,13	
staatl. Monopole: (Raffinerien, Tabak, Streichhölzer etc.)	100	
Motoren:	80,30	
Schiffahrt:	84,49	
Chemische Produkte:	80,11	
Eisen und Stahl:	96,03	

(nach: Horizonte Espanol 1966)

Ihr Kontroll-Anteil an solchen Zweigen wie: Zement: 58,13 %; Bier: 51,47 %; Maschinenbau: 51,41 %; Elektromaterial: 70,18 %; Versicherungen: 56,01 %; Straßenbahnen: 51,93 %; Glas: 56,86 % ist bedeutend. Andere, sozusagen zweitrangige, nicht unter „den Hundert" figurierenden Familien, haben hier große Interessen. Weitere Industriezweige von geringerer Bedeutung stehen seit ihrer Gründung unter der Fuchtel der Hundert: Kredit und Sparinstitute: 70,53 %; Kunststoffe: 86,40 %; Salzwerke: 76,77 %. Inwieweit sich diese Kontrolle seit 1966 verstärkt hat und wie groß der Anteil ausländischen Kapitals in einzelnen Zweigen geworden ist, ist schwer zu überblicken. 1963-64 gab es laut ‚Anuario Financiero y de Sociedades Anonimas de Espana' 55 Aktiengesellschaften (mit der staatlichen Eisenbahn RENFE 56) mit einem Gesamtkapital von jeweils über einer Milliarde Pesetas. Die 55 zusammen verfügen über 112.734,4 Milliarden Pesetas. In den Aufsichtsräten dieser Unternehmen mit Ausnahme der ‚Empresa Nacional Calvo Sotelo' sitzen Mitglieder der hundert Familien. Die privaten Konzerne stehen unter ihrer absoluten Kontrolle, auf diejenigen des INI üben sie maßgeblichen Einfluß aus. Genauer gesagt : 9 der „100 Familien" sind in den INI-Konzernen mit über einer Milliarde Gesamtkapital weitere 21 in kleineren vertreten.

Diese unglaubliche Verfilzung der Machtstrukturen erklärt auch, weshalb es in Spanien nie zu schwerwiegenden Interessenkonflikten zwischen Staat und Privatmonopolisten gekommen ist. Zwar haben schwächere Teile der Bourgeoisie immer wieder versucht, etwa gegen das INI anzukämpfen, doch hat ihr Druck allem Anschein nach nicht einmal gereicht, um die Großen aus der Reserve zu locken.

Die spanische Wirtschaft wird von einer kleinen Gruppe von Leuten, die durch ökonomische und persönliche Verbindungen einen relativ geschlossenen Block bilden, souverän beherrscht. Das Opus-Dei ist nur e i n e Erscheinungsform dieser Machtelite.

Bibliographische Hinweise:

Allgemein:

Autorenkollektiv: UN FUTURO PARA ESPAÑA: LA DEMOCRACIA ECONOMICA Y POLITICA; Paris 1967: wegen der kenntnisreichen und übersichtlichen Analyse eine sehr wichtige Arbeit.
Autorenkollektiv: HORIZONTE ESPAÑOL 1966, 2 Bde. Paris 1966.
Autorenkollektiv: HORIZONTE ESPAÑOL 1972, 3 Bde. Paris 1972.
Fundación Foessa: INFORME SOCIOLOGICO SOBRE LA SITUACION SOCIAL DE ESPAÑA, Madrid 1966 und 1970.
Fernandez de Castro, I.: DE LAS CORTES DE CADIZ AL PLAN DE DESARROLLO, 1808-1966, Paris 1968.
Ders. Hrsg.: ESPANA HOY, Paris 1963.
Gallo, Max: HISTOIRE DE L'ESPAGNE FRANQUISTE, Paris 1969. Sehr anschauliche Darstellung der Entwicklung seit 1939. Auch in spanisch. Paris 1971.
Georgel, Jacques: LE FRANQUISME: Histoire et Bilan 1939-1969, Paris 1970. Datenreich, auch zum Nachschlagen geeignet. Spanische Ausg. Paris 1971.
Vilar, Pierre: HISTORIA DE ESPANA, Paris 1971, das beste kurze Geschichtswerk über Spanien, das es gibt.

Wirtschaft:

Brodel, Albert: ECONOMIE DE L'ESPAGNE, Textes et documents, Paris 1970.
López Muñoz, Arturo y García Delgado, J.L.: CRECIMIENTO Y CRISIS DEL CAPITALISMO ESPAÑOL, Madrid 1968, 2. Ed.
Muñoz, J., Roldán, S., García Delgado, J.L.: LA ECONOMIA ESPAÑOLA 1970, Madrid 1971.
Tamames, Ramón: ESTRUCTURA ECONOMICA DE ESPAÑA, Madrid 1971, 6. Ed.: umfangreiches, grundlegendes Werk.
Ders.: INTRODUCCION A LA ECONOMIA ESPAÑOLA, Madrid 1968, 2. Ed.; Kompendium des o.g. Hauptwerkes.
Ders.: LOS MONOPOLIOS EN ESPAÑA, Madrid 1967.
Deutsche Überseeische Bank: AUSSENWIRTSCHAFTLICHE MONATSBERICHTE.

Statistisches Material:

ANUARIOS ESTADISTICOS DE ESPAÑA, Instituto Nacional de Estadística (INE), Madrid.
INFORME ECONOMICO DEL BANCO DE BILBAO (jährlich).
EVOLUCION SOCIO-ECONOMICA DE ESPAÑA: Hrsg. Organizacion Sindical, Madrid.
Statistisches Bundesamt: SPANIEN, LÄNDERKURZBERICHT, Wiesbaden 1971.

Landwirtschaft:

Flores, Xavier: ESTRUCTURA SOCIO-ECONOMICA DE LA AGRILCULTURA ESPAÑOLA, Barcelona 1969.
Malefakis, Edward: REFORMA AGRARIA Y REVOLUCION CAMPESINA EN LA ESPAÑA DEL SIGLO XX, Barcelona 1971. (engl.: Agrarian Reform and Peasant Revolution in Spain. Origins of the Civil War. N. Haven/London 1970.)
Naredo, Jose Manuel: LA EVOLUCION DE LA AGRICULTURA EN ESPAÑA, Barcelona 1971.

Wilma Gensinger, Richard Albrecht

Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin

Vorbemerkung

Die vorliegende Arbeit wurde im Winter 1971/72 konzipiert, ausformuliert und für diese Veröffentlichung etwas gekürzt. Thematisch werden Ansätze eines inzwischen erschienenen kritischen Literaturberichts, der die Verfahrensweise und Ergebnisse der Hauptvertreter der bürgerlichen Forschung in der BRD über den Widerstand gegen das Dritte Reich, Hans Rothfels und Gerhard Ritter, untersucht*, wiederaufgenommen und weiterentwickelt.

Wir untersuchen beispielhaft hauptsächlich zwei Veröffentlichungen von jüngeren Wissenschaftlern, die parteipolitisch der westdeutschen Sozialdemokratie nahestehen, auf ihre Untersuchungsmethode und, insofern sich die Autoren ausdrücklich zur Methode äußern und über diese reflektieren, ihre Methodologie, sowie ihre gesellschaftliche Bedeutung und ihre politisch-ideologische Funktion.
Dabei sind die Hauptaufgaben:

- Welches sind die hauptsächlichen Ergebnisse der Arbeiten und wie sind sie zustandegekommen?
- Welche verallgemeinerbaren Untersuchungsmethoden zum Komplex „Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich" lassen sich aus dem vorgelegten Material kritisch herausarbeiten?
- Wie und in welcher Weise können oder werden sich die Untersuchungsmethoden als richtungsweisende Momente von der übrigen, bürgerlichen Geschichtswissenschaft differenzieren, wie können oder werden sie von der bürgerlichen Geschichtswissenschaft aufgenommen, möglicherweise weiterentwickelt?

Und schließlich:

- Welchen gesellschaftlichen Kräften nützen unter den konkreten geschichtlichen Bedingungen diese Untersuchungen und ihre Ergebnisse?

Dabei ist klar, daß alle Strömungen und Richtungen der bürgerlichen Geschichtswissenschaft – die ältere, eng mit personalgeschichtlichen Konstrukten arbeitende, die neuere, sozialgeschichtlich orientierte und die neueste Richtung, die sich methodisch an strukturell-funktionalen Ansätzen der bürgerlichen Soziologie wie an modernen systemtheoretischen Überlegungen anlehnt – allgemein wie hinsichtlich der Erforschung des Widerstands gegen das Dritte Reich besonders eine reale, wenn auch widersprüchliche Einheit bilden. Somit können und werden sich auch neuere und neueste geschichtswissenschaftliche Ansätze nur widersprüchlich, im Prozeß des Kampfes der unterschiedlichen, teils gegensätzlich erscheinenden Positionen und Tendenzen durchsetzen. In diesem Prozeß

---

* L. Winckler: "Zur Verfahrensweise bürgerlicher Legendenbildung am Beispiel der Geschichtsschreibung über den Widerstand"; in: DAS ARGUMENT 70/1972 (Sonderband: "Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft" (I)), pp. 37-55.

des Kampfes des Neuen gegen das Alte sind Verschmelzungen der verschiedenen Ansätze ebenso möglich wie das zeitweilige Verwerfen der neueren, fortschrittlich erscheinenden Tendenzen.

In welcher Form, wie oder gar wann sich welche Tendenzen, Positionen und Kräfte durchsetzen und zur hauptsächlichen Seite der widersprüchlichen Einheit des bürgerlichen Lagers in der Geschichtswissenschaft werden werden, kann freilich nicht vorausgesagt werden, ist doch dies vorab Ergebnis der realen Klassenkämpfe, deren vermitteltes Produkt die Geschichtswissenschaft war und ist.

Im folgenden soll es darum gehen, die neueren Tendenzen der westdeutschen Literatur über den Widerstand gegen das Dritte Reich darzustellen, sie zu analysieren und ihre politische und ideologische Funktion offenzulegen.

Da die Ergebnisse dieser Forschungsrichtung hauptsächlich bisher in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung publiziert wurden (1), muß diesen Veröffentlichungen einiges Gewicht beigelegt werden. Die kritische Rezeption wie insbesondere der Nachweis der ideologischen Funktion dieser Publikation erfordert aufgrund der Breite des bearbeiteten Materials eine detaillierte Untersuchung. Da diese Analyse hier nicht geleistet werden kann noch soll, ist es notwendig, exemplarisch zu verfahren. Daher obliegt im wesentlichen eine Beschränkung auf die Veröffentlichungen Klotzbachs und Steinbergs.

Ferner ist der Untersuchungsgegenstand selbst einzugrenzen auf den städtischen Widerstand. Dies deshalb, weil der Widerstand in den Städten selbst einen eigenständigen Komplex innerhalb der behandelten Darstellungen bildet und zudem über diesen Bereich weitere Analysen noch ausstehen (2).

---

1 STAND UND PROBLEMATIK DER ERFORSCHUNG DES WIDERSTANDES GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS. Referate der Tagung des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 28.6. bis 1.7.1965 in Dortmund. Bad Godesberg 1965.
WIDERSTAND, VERFOLGUNG UND EMIGARTION. Hannover 1967.
H. Esters/H. Pelger: GEWERKSCHAFTER IM WIDERSTAND. Hannover 1967.
W. Röder: DIE DEUTSCHEN SOZIALISTISCHEN EXILGRUPPEN IN GROSSBRITANNIEN 1940-1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus. Hannover 1968.
K. Klotzbach: GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS. WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN DORTMUND 1930-1945. Eine historisch-politische Studie. Hannover 1969.
H.J. Steinberg: WIDERSTAND UND VERFOLGUNG IN ESSEN 1933-1945. Hannover 1969.
Klotzbach und Steinberg wurden im Bericht des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung ("Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung 1970", Bonn - Bad-Godesberg 1970) als wissenschaftliche Mitarbeiter dieser Institution ausgewiesen (pp. 50, 62/63), Klotzbach ist Leiter der "Forschungsgruppe Sozial- und Zeitgeschichte" und des "Archivs der sozialen Demokratie" (a.a.O., p. 3). Inzwischen ist Steinberg ordentlicher Professor an der Universität Bremen geworden (1971). – Esters und Pelger sind ebenfalls wissenschaftliche Mitarbeiter des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Untersuchung der Londoner Exilgruppen von Röder – Institut für Zeitgeschichte, München – ist eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanzierte Dissertation.

2 So die Studie über Duisburg von der Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Fertigstellung sich lt. Jahresbericht 1971 der Stiftung allerdings verzögert, und eine von der Stadt Mannheim finanzierte Arbeit über den Mannheimer Widerstand unter Leitung von E. Matthias (vgl. dazu: W. Horn: "Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim"; in: MANNHEIMER BERICHTE 3/1971, pp. 61 ff.).

I. Der städtische Widerstand

1. Der Untersuchungsgegenstand

1966 hat die Friedrich-Ebert-Stiftung das Studium des Widerstands in den Städten Dortmund, Duisburg und Essen in ihr Forschungsprogramm aufgenommen. Wie Klotzbach betont, sollte hiermit die "genannte Lücke" geschlossen werden und die "Widerstands*diskussion* in der Bundesrepublik auf eine breitere Grundlage" gestellt werden:

> "Ferner war die Überlegung maßgebend, daß man von 'unten', zum Beispiel der Wirklichkeit einer Stadt ansetzen muß, um Wesen und Problem des Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus zu erfassen und anschaulich zu machen" (3).

Zieht man die noch ausstehenden Untersuchungen über Duisburg und Mannheim mit heran, dann läßt sich feststellen, daß hier der Widerstand in Städten untersucht und exemplifiziert werden soll, die – wie die Ergebnisse der Reichtagswahlen beispielhaft veranschaulichen – als Hochburgen der Kommunistischen Partei Deutschlands zu bezeichnen sind (4).

Dortmund gehörte in der Weimarer Republik zum Wahlkreis 18: *Westfalen-Süd,* in dem die KPD seit 1928 (mit 20,5 %) eine kontinuierliche Zunahme an Wählerstimmen erreichen konnte. *Essen* zum Wahlkreis 22: *Düsseldorf-Ost,* welcher für die KPD seit 1924 viermal die relative Mehrheit verzeichnet (und neben Berlin überhaupt den stärksten Wahlbezirk der KPD darstellt). *Duisburg* zählte zum Wahlkreis 23: *Düsseldorf-West,* wo ebenfalls für die KPD seit 1924 ein stetiger Aufschwung bei der Gewinnung von Wählern zu verzeichnen ist.

Besonders in diesen drei Wahlbezirken zeigte sich die KPD in der Weimarer Republik als die Partei, die stark in der Arbeiterklasse verwurzelt war und deren Wählerpotential geringe Fluktuation zur NSDAP hatte, dafür freilich starken Zulauf von ehemaligen SPD-Wählern erreichen konnte.

Es gelang in allen drei Städten – wie auch in Mannheim – der KPD 1932 in den Reichtagswahlen mehr Stimmen als die SPD zu bekommen und selbst noch in der Reichtagswahl vom 5. März 1933, die bekanntlich nach der faschistischen Machtergreifung und nach dem Reichtagsbrand unter dem Terror der NS-Faschisten, besonders der SA, stattfand und der zunächst die KPD zerschlagen sollte, ihre "Stammwähler" zu halten (5).

---

3 Klotzbach, a.a.O., p. 13 (Hervorhebung durch uns – d.V.).

4 Vgl. A. Milatz: "Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930-1933"; in: DAS ENDE DER PARTEIEN. Hrgg. v. E. Matthias/R. Morsey. Düsseldorf 1960, hier p. 778. – Von der Problematik der Strukturierung der Wahlkreise bzw. -bezirke durch das geltende (bürgerliche) Wahlrecht, die in bürgerlichen Wahlanalysen kaum berücksichtigt wird, welche häufig genug einen die linken und Arbeiter-Wahlstimmen zersplitternden Effekt hat und somit den Willen besonders dieser Wähler nicht angemessen ausdrückt, wird hier abgesehen.

5 Vgl. A. Milatz, a.a.O., und Milatz: WÄHLER UND WAHLEN IN DER WEIMARER REPUBLIK. Bonn 1965 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Heft 66), p. 50). Milatz betont besonders, daß es der KPD 1932 gelang, in neue Wählerschichten einzudringen: "Die neuen Stimmen waren der KPD vor allem aus der Arbeiterschaft in den großen und auch in kleineren Industriegebieten des Reiches sowohl aus den Reihen der Jungwähler als auch von bisherigen NSDAP- und SPD-Wählern zugeflossen, aber auch in den ... unterbäuerlichen Schichten hatte sie teilweise recht beachtlich gewinnen können ... In den Großstädten des Ruhrgebiets, in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Leipzig, Dresden, Breslau, Stuttgart und München fielen der KPD weit über dem Durchschnitt liegende Gewinne zu ..." ("Das Ende...",

Diese Tatbestände nun besagen weiter nichts, als daß in den Städten Deutschlands, die die Friedrich-Ebert-Stiftung herangezogen hat, um den Widerstand der Arbeiterbewegung zu analysieren und zu exemplifizieren, gerade ein immer größerer Teil des deutschen Volkes in der KPD eine Partei sah, die für seine wirtschaftlichen und politischen Interessen in- und außerhalb des Parlaments zu kämpfen bereit war. Freilich ist damit qualitativ noch wenig darüber ausgesagt, inwieweit diese Wähler auch bereit waren, die Politik der KPD und deren Zielvorstellungen *aktiv* zu unterstützen und im Kampf zu verwirklichen.

Aus dem vorliegenden wird ersichtlich, daß der *Auswahl* dieser drei Städte von Seiten der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Untersuchung des Arbeiterwiderstands folgende *Kriterien* zugrunde liegen:

1. die Darstellung und Untersuchung des Widerstands der Arbeiterklasse auf den Widerstand der KPD und deren Nebenorganisationen zu konzentrieren, um damit
2. in wissenschaftlich-ideologische Konkurrenz zur Forschung der DDR zu treten, da bisher eine unbestrittene und unbestreitbare Domäne der Forschung der DDR die neuere Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist.

2. Konstitutionselemente der neueren Widerstandsforschung in der BRD

Es wurde ausgeführt, daß das Element der Systemkonkurrenz auch auf wissenschaftlichem Gebiet ein wichtiger Faktor für die hier behandelte städtische Widerstandsforschung bildet; diesen Tatbestand erkennen auch Klotzbach und Steinberg in ihren Einleitungen an.

Deshalb erfolgt bei beiden eine eindeutige Distanzierung von der traditionellen westdeutschen Widerstandsforschung, die sich hauptsächlich auf die Darstellung der Ereignisse um den 20. Juli 1944 konzentrierte und die mit einer historisierenden Methode einherging, welche Geschichte als willensethischen Subjektivismus auffaßt. Klotzbach bemerkt dazu: „Zwei Entwicklungslinien wurden in jenen Jahren nach Kriegsende für die Forschung vorgeprägt und hatten bis zur Gegenwart in der Wissenschaftsdikussion wenig von ihrem nahezu verbindlichen Rang verloren: die weitgehende Identifizierung des „Geistes der Freiheit" wider Hitler mit dem Gesamtkomplex des 20. Juli 1944, womit der Blick auf das Gewicht anderer Oppositionsvorgänge und -tendenzen getrübt wurde und die Glorie ethischer Motivation, die Wissenschaft und Publizistik um die Taten der Widerstandskämpfer legten, in oft polemischem Auftrumpfen gegen eine angeblich begrenzte, dem Phänomen nicht gerecht werdende „politische" Betrachtung". (6)

Die Abgrenzung von dieser Forschungsrichtung liegt begründet in deren allzu durchsichtiger politischer Funktion, als Rechtfertigungsliteratur zu fungieren für die – wie Klotzbach formuliert – "rückläufige Entwicklung in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik" (7): diese Forschungsrichtung fungiert eindeutig als *Ideologie der Rekonstruktionsphase des Kapitalismus in der BRD.* Diese Historiographie, die korrespondierte mit der roll-back-Strategie des westlichen Lagers, erscheint den Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht mehr geeignet, durch ihre Verengung des Untersuchungsgegenstandes auf Personalgeschichte in Konkurrenz zum historischen Materialismus zu treten, da sich die traditionelle Historiographie schon durch eine eklektische Auffassung des Gegenstandes selbst auszeichnet und somit den jeweiligen Untersuchungsgegenstand in seiner Komplexität wie Totalität nicht einmal *erkennen* und benennen kann – geschweige denn ihn analysieren (8).

Gegenüber dieser offensichtlich apologetischen Geschichtsbetrachtung betonen Klotzbach und Steinberg einmütig und ausdrücklich, auch und gerade den jeweiligen Widerstand erfassen zu wollen, der von kommunistischen und sozialistischen Gruppen getragen wurde. Diesen freilich behandelt die Geschichtswissenschaft der DDR schwerpunktmäßig, wodurch die westdeutsche Forschung "in Zugzwang" gebracht wurde (9).

Daß allerdings hiermit weder eine ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem historischen Materialismus gesucht – wie sie durchaus von bürgerlicher Seite, beispielsweise von Hallgarten, aufgenommen wurde (10) – noch auf die *Ursachen* der Krise der bürgerlichen Historiographie eingegangen wird – wie es beispielsweise Kehr versuchte (11) –, zeigt deutlich, daß beide Widerstandsforscher in der Rezeption der methodischen Auseinandersetzung der bürgerlichen Historiographie nicht weit fortgeschritten sein können und stattdessen wie gehabt die DDR-Literatur als "einseitig" disqualifizieren (12), weil diese "... den Widerstand verherrlicht ..., die illegalen Kämpfer heroisiert ..." und den "kommunistischen Widerstand ... (als) a priori Objekt der Ehrfurcht und Bewunderung ..." ansehe (13).

Somit wird ersichtlich, daß Klotzbach und Steinberg mit ihrer "kritischen" Distanzierung von der traditionellen Widerstandsforschung Rothfelsscher Provenienz keinen anderen Zweck verfolgen, als sich an den objektiven Erfordernissen der imperialistischen Ideologie des dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Lukacs) zu orientieren. Sie knüpfen damit an jener Orientierung an, die auf dem Internationalen Historikerkongreß in Rom 1955 zum Ausdruck kam, betonte doch diese Konzeption, daß die

p. 786). – Für Mannheim vgl. F. Walter: DAS SCHICKSAL EINER DEUTSCHEN STADT. Geschichte Mannheims 1907-1945. 2 Bde. Frankfurt/M. (o.J.).

6 J. Klotzbach, a.a.O., p. 10; vgl. auch Steinberg, a.a.O., pp. 13/14.

7 Klotzbach, a.a.O., p. 10.

8 "In der Geschichte mit ihren traditionellen Größenordnungen ist anscheinend kein Platz für das Heer engagierter und aktiver Gegner des NS-Regimes aus jenen Schichten der Bevölkerung, die allzuleicht als unbeteiligte Kulisse in den Hintergrund sogenannter Ereignisse von historischer Bedeutung geschoben werden." (Steinberg, a.a.O., p. 14).

9 Vgl. hierzu etwa die Berichte:
H. Schumann/H. Wehling: "Literatur zum Problem der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung"; in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT; Sonderheft VIII. Jg. 1960, pp. 381 ff.
G. Förster/B. Löwel/W. Schumann: „Forschungen zur deutschen Geschichte 1933-1945"; in: ZEITSCHRIFT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT. Historische Forschungen der DDR 1960-1970. Analysen und Berichte. Berlin 1970, pp. 552 ff.

10 Siehe Hallgartens methodische Vorbemerkungen in seiner Studie: IMPERIALISMUS VOR 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik der europäischen Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg. 2 Bde. München 1951.

11 Vgl. E. Kehr: "Neuere deutsche Geschichtsschreibung. Vortrag, gehalten in Chicago. Jan. 1933"; in: ders., DAS PRIMAT DER INNENPOLITIK. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Hrgg. und eingeleitet v. H.-U. Wehler. Mit einem Vorwort v. H. Herzfeld. Berlin 1965.

12 Steinberg, a.a.O., p. 13 und Anm. 3.

13 Klotzbach, a.a.O., p. 13. Dabei bedeutet es keinen qualitativen Unterschied, wenn Klotzbach "das Verdienst, das sich die DDR-Wissenschaft" erworben hat, betont, da er dieses lediglich auf eine Fleißarbeit "mit dem Zusammentragen und der Ausarbeitung eines riesigen Materials" verkürzt (a.a.O., p. 12). – Wie Klotzbachs leichtfertige Einschätzung im übrigen in der hier behandelten Forschungsrichtung kritiklos übernommen wird, s. Steinberg (p. 13) und fürs Mannheimer Projekt Horn (p. 62).

"individualisierende Methode mit all ihren Konsequenzen den Kampf gegen die marxistische Gesellschaft nicht fördert, sondern behindert" (14).

Zum anderen werden die Tendenzen weiterverfolgt, die mit der offensichtlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des sozialistischen Lagers und der zunehmenden Bedeutung der Rolle der Wissenschaft als gesellschaftlicher Produktivkraft auch im kapitalistischen Lager dazu führten, daß die bürgerliche Soziologie und Politologie einen zunehmenden Einfluß auf die Geschichtsschreibung gewann. Konsequenz war die *Forderung nach politischer Historiographie (15)* und die Einbeziehung der bisher als "Kulisse" (Steinberg) figurierenden "Bevölkerungsschichten" – hier namentlich der Arbeiterklasse – in den historischen Untersuchungsgegenstand.

Im Zuge dieses Prozesses ist von entscheidender Bedeutung, daß er mit der Hinwendung zur Geschichte der Arbeiterbewegung einhergeht. Freilich soll die Bewegung der Arbeiterklasse zu einer "liberalen Reformbewegung ..., deren Ziel seit jeher die 'Integration' in den bürgerlich-imperialistischen Staat, die Aussöhnung mit diesem Staat gewesen sein soll" (16), heruntergespielt werden.

Die dennoch behauptete *Originalität,* die Klotzbach und Steinberg beanspruchen und die sich sowohl im methodischen Ansatz als auch in der Qualität ihrer Darstellung niederschlagen soll, gilt es genau nachzuprüfen. Es gilt also, diese Autoren beim Wort zu nehmen. Freilich wird – um ein Ergebnis dieser Analyse vorwegzunehmen – sich zeigen, daß alle "Kritik" an den bisher vorliegenden Ergebnissen der westdeutschen Widerstandsforschung in Wirklichkeit typischerweise bloße Scheinkritik ist (17).

Ist diese Art von Scheinkritik an der bisherigen Hauptrichtung der Forschung der BRD zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und zur Analyse der Widerstandstätigkeit der Arbeiterorganisationen im besonderen in der Tat weder in methodischer Hinsicht noch im Hinblick auf ihre ideologische gesellschaftliche Funktion qualitativ etwas Neuartiges, dann vor allem insofern, als die hier behandelte "neue" Forschungsrichtung im wesentlichen die Aufgabe zu erfüllen hat, das in der BRD herrschende Geschichtsbild dieser Perioden der deutschen Geschichte bestenfalls zu ergänzen, keineswegs jedoch grundlegend zu korrigieren. Dieses Unternehmen geschieht nun aber – und das ist das wesentlichste Element dieser Forschungsrichtung – im Gegensatz zur bewußtlosen traditionellen bürgerlichen Historiographie durchaus auf der Grundlage der methodologischen wie methodischen Reflexion der Orientierung der modernen bürgerlichen Sozialwissenschaften – oder zumindest auf der Grundlage dessen, was diese Autoren darunter verstehen.

14 W. Berthold/G. Lozek/N. Meier: "Grundlinien und Entwicklungstendenzen der westdeutschen Geschichtsschreibung"; in: MARXISMUS DIGEST 2/1971, zit. p. 85.
15 Vgl. hierzu H.-U. Wehlers Einleitung zu: "Bismarck und der Imperialismus". Berlin/Köln 1969, hier p. 25 (Geschichte als "politische Wissenschaft").
16 Berthold/Lozek/Meier, a.a.O., pp. 92/93.
17 Zudem werden die Aussagen von Berthold u.a., daß es sich bei dieser neueren Forschungsrichtung der bürgerlichen Geschichtswissenschaft um eine Um-Interpretation der Arbeiterbewegung zum Zwecke der 'Integration' in den imperialistischen Staat handelt, bestätigt, wenn man sich die Veröffentlichungen nicht nur über den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse gegen den Nazi-Faschismus kritisch ansieht, sondern auch die zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vor und nach dem Ersten Weltkrieg – beispielsweise die einiger jener Autoren, die sich in der BRD heute mit der Erforschung des Widerstands beschäftigen (S.E. Matthias: SOZIALDEMOKRATIE UND NATION. Stuttgart 1952; ders.: "Kautsky und der Kautskyanismus"; in: MARXISMUSSTUDIEN. 2. Folge, Tübingen 1957, pp. 151-197; H.J. Steinberg: SOZIALISMUS UND DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE. Hannover 21969).

II. Der methodische Ansatz

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen die Fragen der "politischen Angemessenheit und Effektivität" (18) der empirischen Realität des "Kampfes der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus und der Kontinuität der Politik der Linksparteien und -gruppierungen" (19).

Bei Klotzbach erweitert sich diese Fragestellung noch. Er will des weiteren untersuchen, "wie der Untergang der Republik seit 1930 in Dortmund erlebt wurde, wie die Parteigruppen und Presse der Republik am Ort auf das Vordringen der antidemokratischen Kräfte im Reich und in Dortmund reagierten" und auf die "Frage nach den Argumenten und nach der Rhetorik, mit denen der aufkommende Nationalsozialismus jeweils bekämpft wurde" eingehen (20). Dabei werden diese Fragen hinsichtlich der *Effektivität,* der *Realität* und der *Kontinuität* der Widerstandstätigkeit kommunistischer und sozialistischer Gruppen in doppelter Weise eingeengt:

1. die Realität wird begrenzt auf die empirische Konstatierbarkeit *personaler* Widerstandtätigkeit wie sie von Gestapo und faschistischer Justiz registriert wurde. Das bedeutet schon durch die Quellenauswahl ein Vorstrukturieren, eine Vor-Auswahl des Untersuchungsgegenstandes; dies insofern, als nur der gescheiterte Widerstand als realer Widerstand erfaßt wird. Andere Widerstandsformen, deren Träger nicht individuell zur Rechenschaft gezogen werden konnten bzw. von Justiz, Geheimpolizei u.a. Organen des faschistischen Staates *prinzipiell* kaum oder nur schwer er- und gefaßt werden können, werden von Klotzbach nicht unter seinen Begriff „Widerstand" subsummiert. Es handelt sich also gerade um jene Formen des Widerstands, die im wesentlichen im sozialen und Klassenmilieu der modernen Arbeiterbewegung – etwa spezifisch im industriellen Großbetrieb und dessen Organisation der Produktion – angesiedelt sind und die typischerweise mit der Erhöhung der Ausbeutungsrate der Arbeit – in welcher Form auch immer – stehen und die durchaus den mehr oder weniger spontanen, mehr oder weniger organisierten Widerstand von Teilen der Arbeiterklasse gegen die sozialökonomischen Bedingungen der Reproduktionsbasis des faschistischen Systems ausdrücken: bestimmte Formen von kollektiver und/oder organisierter solidarischer Verweigerung im Arbeitsprozeß, die sich häufig genug – besonders ab Frühjahr 1935 – in den Massenorganisationen des faschistischen Systems selbst, besonders in der DAF, finden bzw. dort zum Ausdruck kamen.

   Eine weitere Schwierigkeit besteht in der *Materiallage* im Rahmen der vorher von den Autoren selbst vorgenommenen Eingrenzung bzw. Verengung: diese besteht – genauer – darin, daß Prozeß- und Strafakten ab 1936 im Zuge der Kriegsereignisse zerstört wurden und deshalb nicht zugänglich sind. D.h., auch die zeitliche Eingrenzung, die Begrenzung der Erfassung des Widerstands wird wohl von den Verfassern als formale Bedingung anerkannt, jedoch nicht als entscheidend angesehen:

   > „Der Verlust der meisten Strafakten aus den Jahren 1936 - 1945 ist im übrigen nicht so gravierend, da einmal, wie die Untersuchung zeigen wird, die Gestapo in Essen wie auch in anderen Gebieten des Reiches bis 1935/36 die illegalen Widerstandsgruppen fast restlos zerschlagen hatte ... (21)

   Letztlich impliziert diese Art der Orientierung an der "empirischen Realität" einen personalgeschichtlichen Ansatz, den Rückgriff auf die individualisierende Methode, die

18 Klotzbach, a.a.O., p. 13.
19 Steinberg, a.a.O., p. 15.
20 Klotzbach, a.a.O., pp. 13/14.
21 Steinberg, a.a.O., p. 19; vgl. auch Klotzbach, a.a.O., p. 14.

durchaus vereinbar ist mit der empirisch-sozialwissenschaftlichen Betrachtungsweise der Analogie- und Typenbildung Max Weberscher Provenienz der verstehenden Soziologie, die ebenfalls

> "das Einzelindividuum und sein Handeln als unterste Einheit, als ihr 'Atom' ... behandelt" (22).

2. Eine weitere Begrenzung erfährt der Untersuchungsgegenstand durch die Orientierung auf die „politische Angemessenheit und Effektivität", die von den Kriterien der funktionalistischen Systembedingungen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie oder deren Negation, dem „Totalitarismus", ausgeht. Dahinter verbirgt sich offensichtlich nichts anderes als die Rechtfertigung der Staatsvorstellungen des Liberalismus (23), insofern von dessen gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen abgesehen wird und lediglich die Funktionalität dessen Organisationen und Institutionen berücksichtigt wird. Die damit einhergehende Ahistorizität oder Geschichtslosigkeit ermöglicht und bedingt die Einführung einer Typologisierung: einerseits handelt es sich – was den historischen Verlauf betrifft – dabei jeweils um die *Leugnung geschichtlicher Entwicklung und Gesetzmäßigkeiten,* andererseits um die *Abstraktion vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang,* genauer: von der das individuelle Handeln vermittelt bestimmenden Stellung im Prozeß der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion.

Methodologische Konsequenz dieses Ansatzes, der erkenntnistheoretisch auf kantischen und neukantischen Positionen beruht und der somit bestenfalls eine bloß willensethische „Kritik" an der Realität als Differenz zwischen Sein und Sollen formulieren kann (und wirkliche Kritik stets eben auf diese Differenz herunterzubringen bemüht ist), ist das Eindringen des „modernen Relativismus" (Lukacs) in die Wissenschaft überhaupt und in die bürgerlichen Sozialwissenschaften insbesondere. Somit wird konsequent menschliches Verhalten – „soziales Handeln" im Max Weberschen Sinn – auf Einhaltung von Normen und Werten oder „Erwartungen" und „Chancen" in der Orientierung Max Webers verkürzt. Immer da, wo es darum geht, anstatt analogischer Konstruktionen zumindest Ursache–Wirkung–Beziehungen wie Rück- und Wechselwirkungen als Vorstufen dialektischer Vermittlungen des Primats des wirklichen Lebensprozesses zu erkennen und aufzudecken, dort also, wo es um systematische und Begründungszusammenhänge wie methodologische Konsequenzen geht, wo es darum geht, von der blossen Beschreibung dessen, was ist, zum „Verständnis" (der realen Dialektik der gesellschaftlich-geschichtlichen Bewegung) vorzudringen und diese geistig zu durchdringen, handelt es sich um zutiefst irrationale und metaphysische, aussergeschichtliche Setzungen (24).

Beide hier skizzierten Merkmale und deren Implikationen treffen für Klotzbachs und Steinbergs Untersuchungen zu; sie lassen sich im einzelnen nachweisen in der *Widerstandsdefinition,* in der *Analyse und Darstellung des Aufkommens des NS-Faschismus* und in dessen Kennzeichnung, in der *Beschreibung des Widerstands* sowie im Zusammenfassen der *Ergebnisse.*

22 M. Weber: "Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie" (1913); in: SOZIOLOGIE. WELTGESCHICHTLICHE ANALYSEN. POLITIK. Hrgg. v. J. Winckelmann, eing. v. E. Baumgarten. Stuttgart 41968, pp. 97-150, hier zit. p. 110.

23 Vgl. hierzu: R. Kühnl: "Das liberale Modell öffentlicher Herrschaft"; in: EINFÜHRUNG IN DIE POLITISCHE WISSENSCHAFT. Hrgg. v. W. Abendroth/K. Lenk. Bern/München 1968, pp. 64 ff.

24 Vgl. dazu Lukacs' differenzierte Kritik an der den Historizismus scheinbar aus seinem Dilemma befreiende soziologischen Methode Max Webers: G. Lukacs: DIE ZERSTÖRUNG DER VERNUNFT. Berlin/Neuwied (o.J.); Kap. VI, pp. 506-576, hier besonders pp. 521-547.

1. Die Widerstandsdefinitionen

Kennzeichnend für die Widerstandsdefinitionen, die von Klotzbach und Steinberg (und fürs laufende Mannheimer Projekt neuerdings von Horn) entwickelt werden ist ihre Ahistorizität und die damit verbundene Unbestimmtheit des Untersuchungsobjektes – des Widerstands – sowie die Klassifizierung der jeweiligen Formen des Widerstands.

Klotzbach kann noch keine verbindliche Definition des Widerstands anbieten und versucht stattdessen, das Verständnis der Gestapo zu formalisieren in „aktiven" und „passiven" Widerstand:

> „Die vorliegende Studie berücksichtigt ... Widerstands f o r m e n unterhalb der aktiven Konspiration und Sabotage nur dann, wenn sie als bewußter ‚Nonkonformismus' erkennbar sind, und zwar an Exempeln der sozialdemokratischen Opposition, ohne daß berücksichtigt wird, den passiven Widerstand in allen Arten und Erscheinungsformen zu erfassen. Mit der Einbeziehung der Jahre vor 1933 wird andererseits klar, daß unter ‚Widerstand' nicht nur der Untergrundkampf gegen eine etablierte Staatsmacht, sondern auch die ‚Auseinandersetzung' mit der NSDAP als politischen Konkurrenten fällt. Im übrigen sind dafür, daß sich der Verfasser insgesamt auf die politisch motivierte Opposition beschränkt und im dritten Teil den aus religiös-kirchlichen Bedenken erwachsenden Widerstand beiseite läßt, nicht etwa grundsätzliche definitorische Einschränkungen bestimmend gewesen" (25).

Damit ist Klotzbach die *Reduzierung von Widerstand auf Opposition in einem formal anderen politischen System* gelungen – womit er nun freilich objektiv einen inneren Zusammenhang von Weimarer Republik und NS-Faschismus konstatiert. –

Steinberg dagegen übernimmt die Widerstandsdefinition vom Hauptreferenten des Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Dortmund, 1965), Friedrich Zipfel (26) (Friedrich-Meinecke-Institut an der FU, Westberlin). Wie dieser will Steinberg unter Widerstand jede Handlung verstanden wissen,

> „die darauf gerichtet war, dem totalitären Staat in den Arm zu fallen, sei es um die eigene oder die Gruppenexistenz zu behaupten oder um Unrecht im kleinen wie im großen zu verhüten, (jede Handlung) die sich darum bemühte, eine Staatsordnung zu erhalten oder vorzubereiten, die den Prinzipien des nationalsozialistischen Staates widersprach oder die danach strebte, die bestehenden Machtverhältnisse durch Propaganda oder mit den Mitteln der Gewalt zu ändern" (27).

Zeigte Klotzbach durch seinen Definitionsversuch, daß er nicht mit der neueren sozialwissenschaftlichen Methode vertraut ist, ermöglicht doch diese ein Erfassen gerade auch derjenigen Formen des Widerstands, die Klotzbach unter „Nonkonformismus" faßt, unter einen entsprechenden Widerstand*sbegriff,* so scheint Steinberg mit der Methode der modernen bürgerlichen Soziologie besser vertraut. Die Zipfelsche Definition fußt auf Max Webers zentraler Kategorie der verstehenden Soziologie, der des „verständlichen Handelns" als

> „ein durch irgendeinen, sei es auch mehr oder minder unbemerkt, ‚gehandhabten' oder ‚gemeinten' (s u b j e k t i v e n) S i n n spezifiziertes Sichverhalten zu ‚Objekten' ". (28)

Mit der Übernahme dieser Kategorie ist es möglich, wirkliche und vermeintliche gegen das faschistische Régime gerichteten Handlungen mit dem Begriff „Widerstand" abzudecken und sie entsprechend zu systematisieren, und zwar in solche, denen

25 Klotzbach, a.a.O., p. 15.

26 Fr. Zipfel: "Die Bedeutung der Widerstandsforschung für die allgemeine zeitgeschichtliche Forschung". Man. o.O. o.J. (Bad Godesberg 1965), p. 3.

27 Steinberg, a.a.O., p. 16.

28 M. Weber: "Über einige Kategorien ...", a.a.O., hier zit. p. 99.

(a) ethisch-moralische Motive im Interesse der Existenzbehauptung und -sicherung zu Grunde lagen (d.h. den „Widerstand" der Bibelforscher und der „Volksopposition".) und solchen

(b) Widerstand, der auf politischen Motiven beruhte (d.h. der sozialistische und kommunistische Widerstand vor allem).

Da jedoch die „politische" Motivierung als Charakteristikum zu allgemein ist – denn sie umfaßt nur das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverhältnisse im Max Weberschen Sinn –, wird schon von Zipfel in der Definition implizit die entsprechend wertende Differenzierung in gesinnungs- und verantwortungsethisches politisches Handeln vorgenommen (29). Die Bestimmung nun, die kennzeichnend für den kommunistischen Widerstand ist, nämlich die der grundlegenden Veränderung der bestehenden Machtverhältnisse, reduziert sich erstmal auf eine Beurteilung des Zweck-Mittel-Verhältnisses und leitet somit in jedem Fall eine Disqualifizierung der kommunistischen Widerstandstätigkeit ein: denn entweder die Mittel entsprachen nicht dem Zweck – dann war der Widerstand ineffektiv und damit sinnlos. Oder aber die Mittel entsprachen dem Zweck – und das Mittel konnte in diesem Fall des Widerstands gegen ein „totalitäres Regime" nur „Gewalt" heißen (was auch bei Zipfel-Steinberg ausgedrückt wird) –, dann führt das unmittelbar zur ethischen Beurteilung hinsichtlich der Frage, ob die Gewalt gesinnungsethisch oder verantwortungsethisch angewandt wurde.

Orientierten sich die Widerstandsdefinitionen der Autoren des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung in erster Linie an *pragmatischen* Gegebenheiten, die dann mit dem imperialistischen Totalitarismusdogma abgedeckt werden können, so versucht die Mannheimer Forschungsgruppe, Widerstand mit den bisherigen Ansätzen der Systemtheorie zu fassen. Diese bietet scheinbar den Vorzug, die Schwächen des Totalitarismusdogmas – insbesondere die statische Fassung des Gesamtsystems und die Unvermitteltheit der Beziehung zwischen den Institutionen des faschistischen Systems und der Gesamtgesellschaft – unter Beibehaltung der Gleichsetzung grundverschiedener Gesellschaftssysteme (und Gesellschaftsformationen) auszugleichen. Dementsprechend formuliert Horn:

> „Die Untersuchung geht davon aus, daß es eine bestimmte Rangordnung dieser Systemnormen gab, die indessen nicht von Anfang an feststand, sondern im Laufe der Zeit Änderungen unterworfen war. Davon ausgehend wird eine Analyse des Widerstands sinnvollerweise fragen, ob und inwieweit die Entwicklung dieser Normen und die Intensität ihrer Durchsetzung auf das politische Verhalten der Bevölkerung eingewirkt und dementsprechend auch Ausmaß und Formen des Widerstandes beeinflußt haben." (30)

29 Vgl. M. Weber: POLITIK ALS BERUF (1919), Berlin 41964 (gekürzt in: SOZIOLOGIE ..., a.a.O., pp. 167-185). Hier die Scheinproblematisierung in der Form der Zweck-Mittel-Relation und die Disqualifizierung der revolutionären Bewegung in Deutschland 1918/19 als "Karneval" und "Rausch" und dagegen Webers Playdoyer für den "Verantwortungspolitiker". Wer nicht – so Weber – die Berufung zur Politik und zum politischen Führer habe, sondern sich dazu wie "ein bestimmter Typus vor allem russischer Intellektueller" bloß dünke, wer also im Sinne der ethischen Prinzipien der herrschenden Klasse nicht "verantwortlich" politisch handle, " ... hätte besser getan, die Brüderlichkeit schlicht und einfach von Mensch zu Mensch zu pflegen und im übrigen rein sachlich an ihres Tages Arbeit zu wirken." (a.a.O., p. 185).

30 Horn, a.a.O., p. 63.

Der deutsche Faschismus reduziert sich somit auf ein Normsystem, die faschistische Machtergreifung auf ein Innovationsproblem. Der Widerstandskampf der Arbeiterklasse findet so notwendig seine Erklärung in traditionellem, dysfunktionalem Handeln oder wird mit dem Anomiekonzept (Durckheim - Parsons - Merton u.a.) abgedeckt.

Scheinbar wird mit diesem methodischen Ansatz die bekannte Schwäche der strukturell-funktionalen Systemtheorie, die darin besteht, daß man keinen sozialen Träger für soziale Erneuerungsprozesse hat, behoben. Dennoch bleibt das fragwürdige Unternehmen, mittels verallgemeinernder Analogiebildungen und ungeschichtlicher Abstraktionen *gesellschaftliche Konkretheit* ermitteln zu wollen. Für die Widerstandstätigkeit und ihre besondere Qualität bedeutet dies, die Qualität des Widerstands gegen den NS-Faschismus herauszusäubern. Durch dieses Verfahren wird dann dem Relativismus Tür und Tor geöffnet:

> „Inhalt und Formen des Widerstands lassen sich dann mit Hilfe der Frage klassifizieren, ob die Ablehnung der politischen Normen des Systems partiell oder total, spontan oder geplant, sporadisch oder kontinuierlich, organisiert oder nicht organisiert erfolgt ist." (31)

Der *pragmatische Charakter* aller drei Definitionen des Widerstands ist offensichtlich: zum einen sollen die Widerstandsdefinitionen von Klotzbach, Steinberg und Horn das *voluntaristische* Herangehen an die Quellen und die Quellenauswahl und -bearbeitung verdecken. Des weiteren will Klotzbach ausdrücklich diejenigen Formen sozialdemokratischer Zusammenkünfte, die sich hauptsächlich in „marxistisch-sozialistischen Stammtischgesprächen" erschöpften, unter „Widerstand" fassen, während es Steinbergs Anliegen ist, eine Definition einzuführen, die *nicht* den Sturz Hitlers beinhaltet, sondern den *„begrenzten Möglichkeiten des gern zitierten ‚kleinen Mannes'* ... gerecht" werde. (32)

Hier wird der Eklektizismus deutlich: es liegt die Vermutung nahe, daß es den Autoren im wesentlichen darum geht, die Übernahme des Widerstandsbegriffs von der faschistischen Justiz und Gestapo – dabei wiederum hauptsächlich jenem Verständnis von „Widerstand", welches dem Selbstverständnis der ausführenden Organe auf regionaler Ebene entsprach – als solche nicht erscheinen zu lassen, um somit den *Widerstandsbegriff* nicht hinterfragen zu müssen.

2. Die Darstellung der faschistischen Machtergreifung in Deutschland und des Widerstands der Arbeiterklasse

Der Pragmatismus, der die Widerstandsdefinitionen kennzeichnet, findet seine konsequente Fortführung im weiteren Verlauf der Untersuchungen; einher geht damit die *Vulgarisierung der verwendeten Sekundärliteratur* und der *Rückfall in Irrationalismus* immer dann, wenn es darum geht, die deskriptive, bloß beschreibende Ebene zu verlassen, um zum Verständnis der realen Dialektik einer historischen Konkretheit vorzudringen.

Diese Kennzeichnung ist anhand einiger Beispiele zu verdeutlichen:
So verwendet Klotzbach fast die Hälfte seiner Untersuchung auf die Darstellung der Vorgeschichte, der Ereignisse der Jahre 1930 - 1933. Die Untersuchung dieses Zeitabschnitts deckt er im wesentlichen mit Ansätzen der strukturell-funktionalen Theorie ab, deren Wesen die Leugnung antagonistischer Klassengegensätze und historischer Entwicklung ist. Folglich kann die Entwicklung der Weimarer Republik als ein Drei-Phasen-Modell strukturiert werden:

31 Horn, a.a.O., p. 63.

32 Steinberg, a.a.O., p. 15.

"Die Jahre bis 1923 gelten als Periode des durch politische und ökonomische Wirren markierten Behauptungskampfes der Weimarer Demokratie, die Jahre 1924 bis 1928 als Periode der Beruhigung und relativen Stabilisierung und endlich die Zeit zwischen 1929 und 1933 als Periode der Staatskrise und des Verfalls." (33)

Zugrunde liegt dieser Strukturierung die Verflachung der Thesen Rosenbergs (34). Nahm Rosenberg diese Einteilung auf Grund seiner Einschätzung der klassenpolitischen Auseinandersetzungen um den Abbau der von der Arbeiterklasse erkämpften deutschen Republik durch die deutsche Bourgeoisie vor, so sieht Klotzbach von diesen gesellschaftlichen Ursachen ab und verkürzt sie auf den (sozial-) psychologisch gefaßten existentiellen "Behauptungskampf" eines politischen Systems.

Ähnlich verfährt der Verfasser mit der Lipsetschen Demokratietheorie, mit der im wesentlichen die ersten beiden Teile seiner Untersuchung abgedeckt werden sollen. Hängt die Stabilität einer Demokratie nach Lipset neben der wirtschaftlichen Prosperität von der Funktionsfähigkeit und der Legitimität ihres politischen Systems ab – wobei sich die Funktionsfähigkeit daran mißt, inwieweit der Mechanismus Konsens – Konflikt *institutionell* ausgetragen wird, und die Legitimität nach dem Grad der Anerkennung demokratischer Werte –, so zeichnet Klotzbach mit diesen Kriterien die geschichtliche Entwicklung im Raum Dortmund ab 1928 nach. Dabei jedoch werden diejenigen Elemente, die bei Lipset Institutionen wahrnehmen, um den Konsens herzustellen, von Klotzbach *personell* uminterpretiert und somit verkürzt. Der Verlust an Funktionsfähigkeit der Regierungsinstitutionen ab 1928/29 in Deutschland reduziert sich für Klotzbach mithin auf den Tod Stresemanns:

„Stresemann vor allem, dem Architekten der bisherigen Koalitionskabinette, war es zu danken, daß sich gewichtige Teile des nationalliberalen Bürgertums – zwar im Grunde widerstrebend, doch mit konstruktivem Effekt – der republikanischen Politik genähert hatten. Jetzt, in der aufziehenden nationalen Krise, vermißte man seine integrierende, zu maßvollem, staatsbewußtem Handeln aufrufende Persönlichkeit umso schmerzlicher." (35)

Schwergewicht legt Klotzbach auf die Darstellung des Legitimitätsverlustes durch konkurrierende politische Wertvorstellungen, wozu die Leitartikel verschiedener parteipolitischer Presseorgane herangezogen werden, um die These zu belegen, daß

"der erbitterte, nicht mehr zum Kompromiß geöffnete sozialpolitische Prinzipienkampf ... sich zu einer Krise des parlamentarischen Regierungssystems, zu einer Krise des demokratisch-parlamentarischen Bewußtseins ausweitet ..." (36).

Doch bei der reinen Deskription will es Klotzbach nicht bewenden lassen, sondern er beansprucht ja, eine Er-*Klärung* dafür zu geben, warum und wieso es gerade dem Nationalsozialismus gelang, die Macht in Deutschland zu erlangen. Die Ursache für diesen Tatbestand erblickt er nun darin, daß sich keiner Partei oder parteipolitischen Gruppe das *Wesen des Nationalsozialismus* erschloß – nämlich dessen "elementarer Antihumanismus" (37).

33 Klotzbach, a.a.O., p. 16.
34 A. Rosenberg: GESCHICHTE DER WEIMARER REPUBLIK. Frankfurt/M. 1961.
35 Klotzbach, a.a.O., pp. 19/20. – In Dortmund fiel die wichtigste demokratische Bastion, die Polizei, mit dem Tod ihres Präsidenten Lübbring (Ende 1931) – soweit Klotzbach.
36 Klotzbach, a.a.O., p. 30.
37 Klotzbach, a.a.O., p. 233: "Die gesamten Parteien bestritten den tagespolitischen Kampf gegen Hitler ab 1930 mit Argumenten und Parolen, die sich zumeist nur auf Teilaspekte der nationalsozialistischen Ideologie und Politik bezogen, selten jedoch Einsicht in den elementaren Antihumanismus der NS-Bewegung verrieten."

Stattdessen ging

„die Sozialdemokratie ... wesentlich von der pseudorationalen Schablone der Kapitalismus-Faschismus-Relation aus, die Kommunisten setzten alle Spielarten des Antikommunismus mit Faschismus gleich, im Zentrum dominierten religiös-weltanschauliche Motive." (38)

Lediglich der linksliberale Jakob Stöcker vermochte, folgt man Klotzbach, den NS-Faschismus richtig zu deuten – nämlich als

"Anzeichen für jene 'große geistige, politische, soziale Krise der Menschheit'". (39)

Faßt man die Faschismusdefinition Klotzbachs zusammen, so reduziert sie sich auf einen "elementaren Antihumanismus", der seine Ursache in jener "großen Menschheitskrise" hatte.

Philosophisch fußt Klotzbach mit seiner "Definition" des NS-Faschismus auf dem modernen bürgerlichen Irrationalismus, der die Krise der bürgerlichen Gesellschaft und deren historische Perspektivlosigkeit im imperialistischen Kapitalismus zu der der Menschheit schlechthin erklärt. Die Funktion der Geschichtsphilosophie und Geschichtswissenschaft nun erschöpft sich im Räsonieren über eben jene „große Krise":

"In unserem Zeitalter ist (das Geschichtsbewußtsein) bestimmt durch das Bewußtsein der Krise, das seit mehr als hundert Jahren langsam gewachsen, heute allgemein das Bewußtsein fast aller Menschen geworden ist ... In diesem Krisenbewußtsein uns und unsere Situation zu verstehen, dazu kann die geschichtliche Anschauung helfen" (40).

Diese sozialphilosophische Position ist ihren Grundlagen nach insofern zutiefst irrational, weil sie

"die Fortschrittlichkeit einer jeden Lage oder Entwicklungstendenz (als) etwas Objektives, unabhängig vom menschlichen Bewußtsein Wirksames" (41)

ablehnt und diese Auffassung erbittert bekämpft; dies auch dann, wenn sie in idealistisch-dialektischer Gestalt auftritt, kann sie doch nicht anders ihre Ausgangsbasis zur Rechtfertigung des Bestehenden, des status quo, erhalten.

Diese *Status-Quo-Ideologie,* als deren Anhänger sich Klotzbach ausweist, muß jede Art menschlicher Praxis, die auf Veränderung der Grundlage des bürgerlich-imperialistischen Systems zielt, für sinnlos und unfruchtbar erklären. Dies gilt insbesondere für die gesellschaftsverändernde Praxis des organisierten Proletariats, des objektiven sozialen Trägers gesellschaftlichen Fortschritts im imperialistischen Stadium der bürgerlichen Gesellschaft. So ist es natürlich nur konsequent, wenn Klotzbach von seiner eigenen *Position der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung* aus zusammenfassend erklärt:

"So ist die Geschichte des Widerstands der revolutionären Arbeiterbewegung im Dritten Reich eine Geschichte der Verzweiflung und des Scheiterns." (42)

38 Klotzbach, p. 233.
39 Ebenda: In dem Moment freilich, als Stöckers Zeitung die Einheitsfrontpolitik der KPD unterstützte und auch die Kommunisten als Republikaner kennzeichnete, distanziert sich Klotzbach von den Äußerungen des "General-Anzeiger" und kritisiert dessen "Fehleinschätzung und mangelnden Realitätssinn": "Tatsächlich ging es nicht an, in Bezug auf die Kommunisten von "Republikanern" zu sprechen." (p. 64)
40 K. Jaspers: VOM URSPRUNG UND ZIEL DER GESCHICHTE. Zürich 1949 (München 1950), pp. 294-364; hier zit. nach: K. Rossmann: DEUTSCHE GESCHICHTSPHILOSOPHIE. Ausgewählte Texte von Lessing bis Jaspers. München 1969, p. 384.
41 Lukacs, a.a.O., p. 11.
42 Klotzbach, a.a.O., p. 235.

Nicht genug damit, daß er von dieser geschichtsphilosophischen Position aus seine Arbeit und das von ihm ausgebreitete Material, insbesondere bemerkenswerte Fakten des Hauptteils, entwertet, vielmehr entwickelt er von dieser Position auch noch Kriterien, um den sozialistischen und kommunistischen Widerstand zu beurteilen.

Klotzbachs Ergebnisse lassen sich kurz zusammenfassen: Da von sozialistischer Seite aus der Nationalsozialismus

> "im wesentlichen nur in einer Konfrontation zwischen scheinwissenschaftlich fundierter marxistischer Fortschrittstheorie und kapitalistischer Sozialreaktion erfaßt wurde" (43),

wurde er unterschätzt, sowohl was die Dauer der Machtinhabe als auch die Methoden der Machtausübung betraf. Dies war ein Grund dafür, daß die SPD nicht auf die illegale Widerstandsarbeit vorbereitet war. Ein weiterer Grund lag im Fehlen „des ‚charismatischen' Führers und des ... auch zu illegalen Aktionen disponierten konspirativen Revolutionärs" (44).

Dies führt zusammen mit dem Legalismus und der Stillhaltetaktik der SPD-Führung auch in Dortmund zur Isolierung der SPD-Führung von der Parteimitgliedschaft, die nun eigenständig die Widerstandstätigkeit aufnahm. Dabei gab es zwei Organisationsvorstellungen: einmal die Bildung kleiner Diskussionszirkel ohne andere organisatorische Strukturen, zum anderen die der Gruppenbildung mit organisatorischer Verbindung zu Prag und Amsterdam, von wo aus sie mit illegalem Druckmaterial versorgt wurden, welches sie zeitweilig verbreiteten. Die letzte Form des sozialdemokratischen Widerstands wurde von der Gestapo 1935 zerschlagen, womit die sozialdemokratische illegale politische Arbeit praktisch erlosch. Doch vor allem "diejenigen Gruppen, die von *illegalen Handlungen* Abstand nahmen und sich auf *gelegentliche Diskussionen* beschränkten, blieben zumeist unentdeckt " (45).

Dieser Tatbestand freilich verwundert nicht, da diese Gruppierungen ja nur im Klotzbachschen Sinn "Widerstand" leisteten, jedoch keinen realen Widerstand im qualitativ bestimmten Sinn, den man nur auf der Ebene der *Praxis,* des gesellschaftlichen Handelns bzw. Verhaltens festmachen und operationalisieren kann. Diese Gruppierung im sozialdemokratischen Lager kamen also lediglich der von SOPADE empfohlenen Form der "inneren Emigration" nach. Und genau hierin sieht Klotzbach die *effektivste Form illegaler Widerstandstätigkeit* gegen den NS-Faschismus, basierte sie doch auf der Einsicht

> "daß der entscheidende Stoß nicht von der jetzt machtlosen Arbeiterschaft ausgehen könne. Die illegale publizistische Aufklärungsarbeit konnte keinen direkten machtpolitischen Effekt haben. Es galt, untereinander die persönlichen Kontakte zu pflegen und politische Fragen zu diskutieren, die Idee der sozialen Demokratie über die Zeit zu retten." (46)

Diese Aussage Klotzbachs heißt nun nichts anderes als: stellt sich eine politische Partei, insbesondere wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse wahrzunehmen und organisiert

43 Klotzbach, a.a.O., p. 126.

44 Klotzbach, a.a.O., p. 126. – Hier ist zu bemerken, daß Klotzbach mit dieser Charakteristik ausdrückt, daß er den Sozialismus für eine Heilslehre hält und die SPD für einen Herrschaftsverband mit einem befehlenden Führer, der aufgrund seiner "Außeralltäglichkeit" eine Jüngerschar – die SPD-Mitglieder – an sich binden kann. Auch hier orientiert er sich natürlich an Max Webers herrschaftssoziologischen Konstrukten und dessen Typologie der legitimen Herrschaft. Vgl. Weber: WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. Köln-Berlin 41964 und SOZIOLOGIE ..., a.a.O., pp. 151-166, hier besonders pp. 159-166.

45 Klotzbach, a.a.O., p. 145 (Hervorhebung – die Verfasser).

46 Klotzbach, a.a.O., p. 234.

zu vertreten vorhat, auf die *Position der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung,* kapituliert sie vor den jeweils schwierigen Bedingungen des Kampfes für die Klasseninteressen der Arbeiter und aller Werktätigen, dann handelt sie nach Klotzbach rational. Daß Klotzbach hier eindeutig die Konzeption der Mehrheit der SOPADE und des rechten Flügels der deutschen Sozialdemokratie vertritt, diese mithin ideologisch rechtfertigt, ist offensichtlich.

(Da es Klotzbach hauptsächlich auf die Dequalifizierung des kommunistischen Widerstands ankommt, ersparen wir uns an dieser Stelle die kritische Darstellung der SAP und und des Widerstands der „Gruppe Winzen", wird doch ihre Beurteilung mit der der Sozialdemokratie abgedeckt.)

Die Kritik Klotzbachs an der Politik der KPD richtet sich besonders gegen die marxistische Analyse des Faschismus:

> "Die KPD ließ ... kaum Ansätze zur Überprüfung der Grundlagen und Stoßrichtungen ihrer Antifaschismus ideologie erkennen, etwa in dem Sinne, daß das Hitlerregime nicht nur eine höhere Stufe und brutalere Form reaktionär-kapitalistischer Machtausübung, sondern etwas prinzipiell Neuartiges in der Geschichte der Herrschaftssysteme bedeutet." (47)

Zunächst einmal davon abgesehen, daß Klotzbach selbst die Faschismusdefinition der KPD falsch wiedergibt, da er sie entsprechend seinem Legitimationsbedürfnis erst uminterpretiert, kann er die Aktivität der KPD-Mitglieder nur mit *psychologischen Hilfskonstruktionen* erklären. Dazu bedient er sich eines einfachen Mittels, das durchwegs alle bürgerlichen Forscher über die Geschichte der Arbeiterbewegung anwenden – er setzt die strategisch-taktische Ebene und die theoretisch-analytische Ebene gleich. Indem Klotzbach die Widerstandstätigkeit der Kommunisten aus dem Tatbestand der zeitlichen Fehleinschätzung 1933/34 über das Bevorstehen der proletarischen Revolution ableitet und die begriffliche Fassung und Herleitung des Faschismus aus den Produktions- und Reproduktionsverhältnissen des Kapitalismus im imperialistischen Stadium – die am prägnantesten in dem bekannten Thälmann-Wort von 1930: "Faschismus bedeutet Krieg!" ausgedrückt ist – ausläßt, vermag er die reale Widerstandspraxis der Kommunisten nur voluntaristisch und vulgärpsychologisch mit "fanatisch-bedenkenloser Entschlossenheit" (48), mit Aufstandslust oder opportunistischer Postenhascherei anzugeben.

Da der Verfasser nicht voraussetzungslos seine Untersuchung anging, sondern als Voraussetzung das Resultat setzt – daß Widerstand, wenn er vom Volk getragen wird, unter "totalitären" Systemen sinnlos ist, weil zum Scheitern verurteilt –, muß er den wirklich positiven, erfolgreichen Widerstand kommunistischer Gruppen auf einen "Glauben" zurückführen:

> "Der Glaube, man könne das Hitlerregime von innen her stürzen, bestimmte die Aktivität der KPD-Mitglieder auch nach der Umorganisation und der teilweisen politischen Umstellung ... nach 1935." (49)

Freilich schildert Klotzbach schließlich doch, daß die politische Agitation der Kommunisten im Interesse der Arbeiterklasse dann erfolgreich sein kann (und es auch war), wenn sie konkret und verständlich geleistet wird. In Dortmund beispielsweise leistete die KPD im Sommer/Herbst 1933 als Bestandteil des antifaschistischen Kampfes eine umfang-

47 Klotzbach, a.a.O., p. 157 (Hervorhebung – die Verfasser).

48 Klotzbach, a.a.O., p. 158; dieses Konstrukt kann natürlich darüberhinaus jederzeit zur Rechtfertigung von Verfolgung gegen die Kommunisten und ihre Partei aktualisiert werden.

49 Klotzbach, a.a.O., p. 234 (Hervorhebung: die Verfasser).

reiche agitatorische Aufklärung über die soziale Funktion des Reichstagsbrandprozesses und des Nationalsozialismus, die auch erfolgreich war:

> "Die Einheitsfront gegen Hitler, die die Kommunistische Partei weder vorher noch nach 1934/35 je in politisch bedeutungsvollem Maßstab herbeizuführen vermochte: hier, in der vieltausendköpfigen Leserschaft des Braunbuchs ... wurde sie jenseits der parteipolitisch markierten Grenzen für eine kurze Zeitspanne Wirklichkeit." (50)

Des weiteren beschreibt der Verfasser, daß in Dortmund die von Dimitroff entwickelte Taktik des "trojanischen Pferdes" schon vor dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale praktiziert wurde. Daß Klotzbach hier nun nicht zu analysieren beginnt und nach dem Warum fragt – obgleich er doch in seinem IV. Kapitel "Wegweiser und Manifestation einer neuen Einheitsfrontpolitik" auf dies Problem stößt, wenn er bemerkt, daß die Forderung des ZK der KPD „nach einer elastischeren Einheitsfrontpolitik... in Dortmund schon recht früh praktische Auswirkungen ..." hatte (51) –, steht in direktem Zusammenhang mit seinem antikommunistischen Grunddogma wie auch mit der Begrenztheit der Quellenlage. Dennoch kommt im Grunde in der Darstellung Klotzbachs indirekt zum Ausdruck, daß *allein* die KPD einen zentral geleiteten und einheitlich organisierten Widerstand gegen den deutschen Faschismus leistete und gerade die Ergebnisse und Beschlüsse der "Brüsseler" und "Berner" Konferenz auf lokaler Ebene ihre Bestätigung erfuhren.

Freilich hindert das Klotzbach nicht daran, Wertungen und Be-Urteilungen einzuführen, die im Widerspruch stehen zu dem von ihm ausgebreiteten Faktenmaterial. Er ersetzt somit "wissenschaftliche Verallgemeinerungen durch Pauschalurteile und vom Antikommunismus geprägte Einschätzungen" (52). Nicht nur, daß Klotzbach mit diesen Verallgemeinerungen seine Arbeit insgesamt entwertet und sich seine in der Einleitung formulierte Kritik an der traditionellen, konservativen Historiographie der BRD in Wohlgefallen auflöst, er verallgemeinert seine zentrale Aussage, die er am historischen Gegensatz des Widerstands gewonnen zu haben glaubt, unzulässig und hypostasiert sie so zur ehernen Wesensheit, die somit auch heute gültig sei:

> "Vor allem der kommunistische Widerstand basierte auf der These, gegen die nationalsozialistische Herrschaft könne nur eine untergründige (!) revolutionäre Massenbewegung organisiert und zum Siege geführt werden. Zwölf Jahre Hitlerdiktatur haben demgegenüber eindeutig erwiesen, daß es u n m ö g l i c h ist, in einem totalitären Machtstaat eine breite, politisch effektive Volksopposition (!) als Grundlage für den Sturz des Regimes aufzubauen. Die Diktatur konnte nur durch eine v o n a u ß e n hereingetragene K a t a s t r o p h e oder durch einen S t a a t s s t r e i c h von oben zerstört werden." (53)

Es bleibt also festzuhalten: Klotzbach glaubt, "empirisch" und "wissenschaftlich" nachgewiesen zu haben, daß auch *in Zukunft* jeder reale Widerstand gegen die der bürgerlichen Gesellschaft im imperialistischen Stadium immanente faschistische Herrschaftsform (und somit auch gegen faschistische Tendenzen) von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

Zum prinzipiell gleichen Ergebnis kommt auch Steinberg:

> "Totalitäre Regime modernen Typus' brechen entweder nach totalen kriegerischen Niederlagen zusammen oder werden von Gruppen gestürzt, denen es gelingt, selbst

50 Klotzbach, p. 173.
51 Klotzbach, a.a.O., pp. 194/195.
52 H. Kühnrich, Rezension. In: BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, 12. Jg. 1970, H. 2, p. 334.
53 Klotzbach, a.a.O., p. 235 (Hervorhebung – die Verfasser).

> entscheidende Machtmittel, wie z.B. die Armee oder Teile derselben für sich gewinnen zu können. In diesem Sinne stellte in der Tat die Bewegung des 20. Juli eine moderne Form des Widerstandes dar ..." (54)

Da Steinberg jedoch die empirisch-sozialwissenschaftliche Methode, der Klotzbach nur ansatzweise folgte, stringenter durchhält, lohnt es sich hier, seinem Untersuchungsgang zu folgen.

Steinberg weist sich ebenfalls als Vertreter des imperialistischen Totalitarismusdogmas aus; dabei orientiert er sich wesentlich an Bracher. Freilich ist – wie schon gezeigt wurde – auch bei Steinberg die Rezeption der Sekundärliteratur durchgängig mit deren Vulgarisierung verbunden. Sah beispielsweise Bracher in den Strukturfehlern der Republik, das sind

> "Wirtschaftskrise, politische Radikalisierung und geschickte Demagogie, vor allem die Schwäche des freiheitlich-demokratischen Staatsbewußtseins in Deutschland ..." (55)

die Voraussetzungen dafür, daß es dem Nationalsozialismus gelang, Einfluß in Deutschland zu erringen, letztenendes aber Exponenten des Monopolkapitals und der reaktionären Reichswehr Hitler die Macht in die Hände spielten, so engt Steinberg – vom antikommunistischen Grunddogma getragen – diesen Ansatz parteipolitisch ein:

> "Im lokalen Bereich wie im Reich zeigt sich sehr deutlich, welche o b j e k t i v e F u n k t i o n unabhängig vom subjektiven Bewußtsein ihrer Wähler und Mitglieder d i e K P D in der Endphase der Weimarer Republik hatte, nämlich die, daß durch ihre konsequent ultralinke Politik ... es einer rechtstotalitären Minderheit leichter gemacht wurde, dies ungeliebte Weimarer System durch ein nun wirklich faschistisches Regime a b z u l ö s e n." (56)

Verbunden mit seinem Antikommunismus ist bei Steinberg ein Geschichts- und Politikverständnis anzutreffen, das die Massen als geschichts- und politikkonstituierende Kraft verneint und ihnen stattdessen lediglich die Rolle eines Resonanzbodens für institutionelle politische Entscheidungen zugesteht. Konsequenterweise war nach dem Reichtagsbrand kein Spielraum mehr zur Verhinderung des deutschen Faschismus gegeben und der "Augenblick für eine Massenaktion" vorbei (57).

Mit Steinbergs strukturell-funktionalem methodischen Ansatz reduziert sich die Geschichte des deutschen antifaschistischen Widerstands auf ein Hasardspiel zwischen den "Verfolgungsinstanzen" und den Widerstandsgruppen (wie es im IV. Kapitel ausgeführt ist). Wissenschaftliche Erkenntnis erschöpft sich so in der Strukturierung und Typologisierung gesellschaftlicher Oberflächenphänomene, und die damit einhergehende Eleminierung von Qualitäten wirft diese moderne bürgerliche Sozialwissenschaft hinter den Erkenntnisstand der frühbürgerlichen Aufklärung zurück (58).

Alles, was Steinberg dem Studium und der Darstellung des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen den deutschen NS-Faschismus entnehmen kann bzw. an neuer Erkenntnis beiträgt, ist eine W i d e r s t a n d s t y p o l o g i e :

> "Schematisch dargestellt, sieht das (der Widerstand – d.Verf.) so aus:
> Versuch, eine illegale Organisation zu bilden, oder Bildung einer solchen – illegale Arbeit über einen relativ kurzen, nur in den seltensten Fällen länger als ein Jahr dauernden Zeitraum – Aufdeckung der Organisation durch die GESTAPO, wobei oft genug Spitzel im Spiel waren – Verhaftung der Beteiligten und deren Mißhand-

54 Steinberg, a.a.O., p. 182.
55 K.D. Bracher: DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK. Villingen 41964, p. 730.
56 Steinberg, a.a.O., pp. 33/34.
57 Steinberg, a.a.O., p. 67.
58 In diesem Sinn auch von Adorno/Horkheimer analysiert in: DIALEKTIK DER AUFKLÄRUNG. Philosophische Fragmente. (1944). Amsterdam 1955, hier bes. p. 50.

lung – Verurteilung zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen oder gar zum Tode, gegebenenfalls Überführung in ein Konzentrationslager nach der Strafverbüßung. Der Versuchung, die Monotonie zu verdecken ... wurde nicht nachgegeben." (59)

Diese Schematisierung des realen gesellschaftlich-geschichtlichen Prozesses und die Vernachlässigung geschichtlicher Besonderheiten ist dem modernen Relativismus, insbesondere der strukturell-funktionalen Theorie, immanent. So basiert auch Steinberg auf Max Weber und dessen Soziologie der relativen Typen- und Analogiebildung. Allerdings gerinnt bei ihm die Analogiebeziehung zu einer Kausalkette und der – bei Weber selbst – hypothetische Charakter der Idealtypen zu Realitäten. Einher geht damit eine Verengung komplexer gesellschaftlicher Strukturen und Beziehungen auf institutionelle, organisatorische und manchmal gar personale Verflechtungen, so daß sich die Darstellung des antifaschistischen Kampfes der Arbeiterklasse in der Schilderung ihrer Organisationen erschöpft. Dabei legt er seiner Studie eine Organisationstypologie unter, die sich ausrichtet an den von Max Weber in seinen soziologischen Grundkategorien entwickelten Formen menschlichen Handelns, nämlich dem vorwiegend wertrationalen, dem zweckrationalen, dem traditionellen und dem affektuellen (59a). Als Ergebnis konstatiert er mit dem dieser Richtung bürgerlicher Wissenschaft eigenen Zynismus:

Die NS-Faschisten bedienten sich zur Erreichung ihres Zieles, der "totalen" Macht, zweckrationaler Organisationen und entsprechender legislativer Maßnahmen. Um gesellschaftliche, sich zwangsläufig ergebende Desintegrationserscheinungen zu kontrollieren und zu steuern; schufen sie sich in den „Verfolgungsinstanzen" Gestapo und Volksgerichtshof effektive Organe, die mit den Mitteln der Schutzhaft, eines ausgedehnten Spitzelsystems und -apparats und brutaler physischer Gewalt früher oder später fast alle Widerstands-gruppen, die sich öffentlich artikulierten, zerschlugen und liquidierten. Durch diese zweckrational organisierten Verfolgungsinstanzen waren die "Chancen" effektiver Widerstandsarbeit entscheidend eingeengt, genauer: reale Chancen für die Durchsetzung "zielorientierten" Handelns von Seiten der Arbeiterorganisationen im Widerstand bestanden im Grunde überhaupt nicht, wie Steinberg versichert:

> "Was gewagt und gelitten wurde, war vom Ziel her gesehen, vergebens. Die illegale Arbeit von Gruppen und das Aufbegehren einzelner konnten die Existenz des Regimes in keiner Phase gefährden, allenfalls die Verschärfung des Terrors bewirken." (60)

Mit dieser Aussage Steinbergs wird die soziale Funktion der strukturell-funktionalen (System-)Theorie, als Ideologie des Status-Quo zu fungieren, deutlich – was freilich auch schon von bürgerlichen Kritikern erkannt wurde (61).

Indem hier passives Verhalten und Abwarten als einzig mögliche, weil *erwartungsorientierte* Form gesellschaftlichen Verhaltens im faschistischen System gefordert und – vermeintlich-wissenschaftlich begründet wird, scheint es, als rechtfertige Steinberg auf der Basis dieser scheinwissenschaftlichen Sachzwangargumentation objektiv die Politik der NS-Faschisten und billige ex post deren Integrationsbemühungen. Die Erfolglosigkeit des Widerstands begründet Steinberg damit, daß die Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse traditionellen Wertvorstellungen – womit er hauptsächlich den Sozialismus meint – und ebensolchen Organisationstypen und -schemata anhingen. (Diese Argumentation läuft auf genau jene Politik der weiteren Anpassung der Sozialdemokratie hinaus, wie sie etwa die Berliner Löbe-Gruppe und die rechte ADGB-Führung sowie zu Zeiten des Prager SOPADE-Vorstands Friedrich Stampfer u.a., im Grunde die SOPADE-Mehrheit schon bald nach dem "Prager Manifest" vom Januar 1934 auch tatsächlich vertraten).

Lediglich die Gruppen, die sowohl die vermeintliche "Bürokratisierung" als auch die "Wertvorstellungen" der Kommunisten und Sozialisten in Frage stellten und bekämpften, hatten im Widerstand reelle "Chancen", nicht entdeckt zu werden – so beispielsweise der "Rote-Kämpfer-Kreis":

> "Demgegenüber (KPD-Widerstand – d.Verf.) erscheint die Konzeption des 'Roten-Kämpfer-Kreises' und mit Einschränkungen der SPD-Widerstandsgruppen, welche Aufklärung im engen Kreis und Erhaltung der sozialistischen Grundideen beinhalteten, als realistischer. Die Intention des RK-Kreises, einen geläuterten Sozialismus über die NS-Zeit hinwegzuretten, waren getragen von der Einsicht, daß das Regime in absehbarer Zukunft nicht von unten her gestürzt werden konnte." (62)

Auf Grundlage dieser Be-Wertung werden die bekannten Ressentiments gegen die klassenbewußte Arbeiterbewegung und ihre Parteien reproduziert. So soll die Ursache dafür, daß der NS-Faschismus nicht vom deutschen Volk gestürzt wurde, nicht im Scheitern der Aktionseinheit der Arbeiterbewegung als Grundlage für ein breites antifaschistisches Bündnis liegen, sondern nach Steinberg war die politische Strategie der KPD zutiefst unrealistisch:

> "Das Festhalten (der KPD – d.Verf.) an nicht zweckmäßigen Organisationsformen hing zusammen mit einer falschen Einschätzung der objektiven Situation in Deutschland und mit traditionellen ideologischen Bewertungen." (63)

Lediglich in der Arbeit der Roten Hilfe sieht der Verfasser noch positive Ansätze für kommunistischen Widerstand. Dies ist möglich, weil für ihn hier die humanitäre Hilfe im Vordergrund steht und der politische Charakter dieser kommunistischen Massenorganisation vernachlässigt wird. Doch was wissenschaftlich ausgewogen und objektiv erscheint, vermag das antikommunistische Grunddogma nur schlecht zu verdecken; denn immer da, wo die realen Geschehnisse mit der strukturell-funktionalen Theorie nicht analysiert werden können oder wo in der Argumentation offensichtliche Widersprüche zutage treten – also, wo es um die Deutung und Interpretation der Fakten geht –, kommt dieser Antikommunismus offen zum Vorschein:

> "Jene Art des illegalen Kampfes, die zum Ziel hatte, illegale Massenorganisationen zu schaffen und immer und überall zu demonstrieren, daß die KPD existiere und aktiv war, vermochte zwar im Ausland unrealistische Vorstellungen über die Möglichkeiten eines Sturzes der Hitlerdiktatur durch die Massen unter Führung der KPD wachhalten, führte aber nur zur Vernichtung der Inlandskader." (64)

Nicht nur, daß Steinberg seine zentrale Hypothese, daß die Volksmassen prinzipiell nicht imstande sind, Geschichte (bewußt) zu gestalten, als solche dergestalt kennzeichnet und

59 Steinberg, a.a.O., pp. 17/18.

59a Vgl. M. Weber: WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT. Grundriß der verstehenden Soziologie. 2 Bde. Köln/Berlin 41964; Kapitel I, pp. 1-30 und: "Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie" (1913). In: SOZIOLOGIE ..., a.a.O., pp. 97-151.

60 Steinberg, a.a.O., p. 182 (Hervorhebung – d.Verf.).
Auch hier liegen die aktuellen Schlußfolgerungen in Richtung "Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" auf der Hand. Im übrigen orientiert sich Steinberg auch hier an Max Weber (s. Anm. 29).

61 Dort dient diese Kritik jedoch dazu, die Aussagefähigkeit der Systemtheorie zu erhöhen – ist also keine grundlegende, sondern macht sich bloß an bestimmten – negativ bewerteten – Erscheinungen fest. In diesem Sinn: W.D. Narr: "Systemzwang als neue Kategorie in Wissenschaft und Politik"; in: ATOMZEITALTER 7/8/1967, p. 403.

62 Steinberg, a.a.O., p. 197.

63 Steinberg, a.a.O., p. 97.

64 Steinberg, p. 181 (Hervorhebung – d.Verf.).

untersucht, er verwechselt Ziel und Mittel. Damit wird einmal suggeriert, kommunistischer und Arbeiterwiderstand sei gleichzusetzen mit Voluntarismus, entbehre also jeder rationalen Grundlage, zum anderen ist die Forderung des Mittels zum Zweck Voraussetzung für eine ethische, im Grunde bloß moralisierende Verurteilung im Max Weberschen Sinn (65).

Exkurs I: Über wissenschaftliche Redlichkeit

Unsere bisherige Untersuchung zeigte, daß sich die Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung in entscheidenden analytischen Fragen recht großzügig verhielten. Es blieb offen, ob diese Großzügigkeit auch im Bereich der Quellenbearbeitung und -aufbereitung anzutreffen ist. Es ist nunmehr zu klären, ob und in welchem Maße die Forschungsprinzipien jeder Historiographie – vor allem quellenkritische Arbeit – eingehalten wurden.

Beide Autoren führen in ihrer Einleitung aus, daß sie die Quellen eingehend studierten, unter anderem die des Bundesarchivs in Koblenz. Dort befindet sich unter dem Aktenbestand des Reichssicherheitshauptamtes beispielsweise freilich auch ein Auszug aus dem Gestapo-Brief vom Juni 1936, in dem Heydrich ausführlich auf die Arbeit der illegalen Widerstandsgruppen der KPD nach der "Brüsseler Konferenz" eingeht und deren Bedeutung für den Bestand des nationalsozialistischen Systems betont.

In diesem Dokument heißt es unter anderem:

> „Wir sind gezwungen, den Mitgliedern der DAF zu sagen, daß die Dimitroffsche Taktik des trojanischen Pferdes, der Einheits- und Volksfront sich nicht nur auf die gewaltigen Erfolge in Frankreich und Spanien beschränkt. Die Erfolge dieser Taktik sind in Deutschland nicht weniger umfangreich und nicht weniger gefährlich, wenn sie auch für die Öffentlichkeit weniger sichtbar sind. Trotzdem die in Deutschland arbeitenden illegalen Organisationen, die wir bis jetzt nur hemmen, nicht aber zerschlagen konnten, nur teilweise auf die Dimitroffsche Taktik ausgerichtet waren, sind die Erfolge bereits so groß, daß wir z.B. in diesem Jahre gezwungen waren, die Vertrauensratswahlen auszusetzen und vielleicht noch dazu gezwungen werden können, das ganze Vertrauensratsystem zu zerschlagen, wenn nicht gar die Fortführung der DAF als Massenorganisation für uns eine Unmöglichkeit wird. Schon mußte die DAF darauf verzichten, die Parole des „Gerechten Lohnes" weiter herauszugeben ..." (66)

Selbst wenn man den Wahrheitsgehalt dieser Aussagen nicht uneingeschränkt akzeptiert und davon ausgeht, daß dieses Dokument und seine weitreichenden politischen Konsequenzen kritisch beleuchtet werden müssen und nicht ohne weiteres als richtig und "wahr" unterstellt werden können, müßte doch von den Autoren verlangt werden können, daß sie der Widerstandsarbeit in diesem Bereich nachgehen und sie aufarbeiten (zumindestens für ihren regionalen Bereich); dies besonders deshalb, weil dem Selbstverständnis von Heydrich entsprechend dem proletarischen Widerstand *in* der DAF eine für den Bestand des NS-faschistischen Systems wesentliche Bedeutung zukommt. Da die Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung aber diejenigen Formen des antifaschistischen Widerstands ignorieren, die im Bereich der industriellen Großproduktion und der Industriearbeit stattfanden und die typischerweise mit der von den NS-Faschisten in besonderer Form vorangetriebenen Erhöhung der Ausbeutungsrate der Arbeit zusammenhingen, (66 a) kann man sehen, daß diese Autoren die *Wahrheitsfrage* aus der Untersuchung

65 Die gleichen Methoden finden sich schon bei M. Weber; s. POLITIK ALS BERUF, a.a.O., hier p. 176 (s. Anm. 29).

66 REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT R 58/226, Bl. 21-25, hier zit. Bl. 21/22. – Gemeint sind die für Frühjahr 1936 geplanten Vertrauensrätewahlen und die Losung des "Reichsarbeitsführers" Dr. Robert Ley zum 1. Mai 1936, wo der "gerechte Lohn" verkündet werden sollte.

ausklammern und von vornherein die KPD-Politik als unrealistisch bezeichnen, also ihre eigenen – freilich gesellschaftlich vermittelten – Vor-Urteile in die "objektive", "unparteiische" und "wertfreie" wissenschaftliche Analyse einfließen (66 b).

Ähnlich verhält es sich mit der *Beurteilung der Politik des sozialdemokratischen Parteivorstands,* dessen vorbehaltlose und zudem kaum durchdachte Rechtfertigung von Klotzbach und Steinberg unternommen wird. Auch hier ist der Hinweis auf mangelhaftes Quellenstudium – wenn nicht gar bewußte Manipulation – angebracht.

So wird die Ablehnung des kommunistischen Einheitsfrontangebots durch den sozialdemokratischen Parteivorstand am 23. November 1935 in Prag damit begründet, daß von Seiten der Sozialdemokraten eine berechtigte Skepsis gegenüber den KPD-Einheitsfrontangeboten angebracht gewesen sei, dies insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen vor 1933.
Der Bericht der Deutschen Gesandschaft vom 12. Dezember 1935 gibt allerdings für das Scheitern der Einheitsfrontverhandlungen zwischen dem ZK der KPD und dem Prager PV der SPD eine andere Interpretation:

> "Der Prager Vorstand der SPD ... soll gegen die Bildung einer Einheitsfront sein, weil seine hauptsächlichen Geldgeber die Zusammenarbeit mit der KPD nicht wünschten ... Er habe daher, besonders mit Rücksicht auf die Stimmung seiner Anhänger in Deutschland, die fast durchweg für die Bildung einer Einheitsfront seien, Anweisungen an die illegalen Zentralstellen ergehen lassen, nach denen er aus bestimmten Gründen die Bildung einer Einheitsfront zwar habe ablehnen müssen, im Prinzip aber nicht dagegen sei." (67)

Darüberhinaus kann man wohl erwarten, daß den Autoren der tatsächliche Inhalt des Einheitsfrontangebots des ZK der KPD an den Prager SPD-PV bekannt sei. So ging es bei

66a Hauptsächlich Arbeitsverweigerungen und Streiks, die nur als Ausdruck des Kampfes der Arbeiter gegen die extreme Verschlechterung ihrer elementarsten materiellen Lebensbedingungen zu verstehen sind (s. dazu "Berichte der Delegierten zur Brüsseler Parteikonferenz" der KPD und anderes in den Akten des REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTES: R 58/408). S. auch das Material der hauptsächlich von der VVN besorgten Ausstellung "Antifaschistischer Widerstand 1933-1945". Dieses ist öffentlich zugänglich; hier bes. die GESTAPO-Berichte über Streiks in Großbetrieben sowie Flugblattkopien aus Konzernbetrieben.

66b Hier muß auch die Ansicht von Heinz Brütigam infragegestellt werden. Er bezeichnete, nachdem er dokumentierte, daß in der BRD der "Volkswiderstand" gegen den Nationalsozialismus noch kaum erforscht ist, die Hinwendung Klotzbachs zum "unten" als "treffende" Lösung des Forschungsproblems des Arbeiterwiderstands. Dabei wird verkannt, daß auch diese Arbeit hauptsächlich eine ideologische Funktion hat. Brütigam schätzt demgegenüber diese Untersuchung wie folgt ein:
"Diese durch umfangreiches Quellenmaterial gesicherte Arbeit, in deren Mittelpunkt ausführliche Darstellungen des sozialistischen und kommunistischen Widerstandes in der Industriestadt Dortmund stehen, zeichnet sich durch strenge wissenschaftliche Objektivität aus und kann beispielgebend für die Erforschung des Widerstandes von unten gegen den Nationalsozialismus sein." (H. Brütigam: "Widerstand gegen das Nazi-Regime – in der Forschung und Literatur heute"; in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, 15. Jg. 1970. Köln 1970, H. 1, pp. 88-95, hier zit. p. 94). Hier wird dem dinghaften Schein der Wertfreiheit und Objektivität aufgesessen, so daß Brütigam zu keiner prinzipiell anderen Einschätzung wie die Friedrich-Ebert-Stiftung selbst kommt, hatte sie doch ihre Arbeiten über den Widerstand der Arbeiterbewegung gegen den NS-Faschismus als einen "empirischen Beitrag zu der in Deutschland (gemeint: in der BRD – d.Verf.) immer noch jungen Disziplin der 'Sozialgeschichte' und darüberhinaus zur Auseinandersetzung der Sozialgeschichte mit der überkommenen 'politischen' Geschichtsschreibung" bezeichnet (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung 1970, a.a.O. (Anm. 1), zit. p. 21).

den Verhandlungen am 23. November in Prag hauptsächlich darum, gemeinsame Aufrufe und Richtlinien an die Widerstandsgruppen im Reich ergehen zu lassen, die nach dem Vorschlag des ZK der KPD zunächst u.a. beinhalten sollten:

- gemeinsamer Kampf gegen die faschistischen Massenprozesse gegen Sozialisten und Kommunisten
- Verhinderung der Vollstreckung von Todesurteilen und Kampf um die Abschaffung von Foltermethoden in Zuchthäusern und KZs
- Eintreten für die Beseitigung und Durchführung der Anti-Judengesetze
- Organisierung von Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Faschismus
- gemeinsame Abwehr von Spitzeln.

Da beide Autoren diese Tatbestände, die entscheidend für die Formulierung ihrer abschließenden Thesen sind, nicht anerkennen *wollen,* liegt auch hier die Vermutung nahe, daß sie entweder kein sorgfältiges und ausgewogenes Quellenstudium betrieben haben und/oder mehr oder weniger bewußt diese Probleme umgehen und somit verschleiern wollten. Beides spräche selbst im Sinne des wissenschaftlichen Ethos der bürgerlichen Historiographie nicht für ein ernsthaftes Bemühen um geschichtliche Wahrheit.

Aufgrund dieser fragwürdigen wissenschaftlichen Vorgehensweise freilich muß nun Klotzbach und Steinberg die *Legitimität der Kritik an der Politik der Kommunistischen Partei Deutschland abgesprochen* werden. Diese Form der Kritik (68) erfüllt in der Tat eine *bloße ideologische Funktion.*

Kennzeichen dieser Aufgabe ist vor allem die systematische Ausklammerung der Frage nach der geschichtlichen Wahrheit, nach historischer Wirklichkeit und Möglichkeit. Resultat dieses Vorgangs ist jene Gestalt der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, die allein noch die bestehenden Zustände des imperialistischen Systems rechtfertigen kann. Mit der ursprünglich auch die bürgerliche Wissenschaft von der Gesellschaft bewegende *Frage nach Wahrheit* hat dies freilich nichts zu tun.

Ein weiteres Kennzeichen dieser bürgerlichen Sozialwissenschaften ist ihr Relativismus. Wird er ausdrücklich mit antikommunistischen Setzungen verbunden, so führt das unweigerlich – wie Georg Lukacs überzeugend nachweisen konnte (69) – zur Zerstörung der Vernunft. Das bedeutet heute wiederum ein Zurückweichen vor dem Faschismus und den Faschisierungstendenzen, die dem imperialistischen System innewohnen.

Exkurs II: Über die Friedrich-Ebert-Stiftung

Freilich bleibt die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung nicht auf ihr Forschungsinstitut und den Bereich der Organisierung des wissenschaftlichen Forschungsprozesses der "Sozialgeschichte" beschränkt. Diese Arbeit ist im Rahmen dessen, was mit dem Terminus "wissenschaftliche Politikberatung" häufig bezeichnet wird, ebenso wichtig wie in der direkten Beeinflussung der ursprünglich Betroffenen, der Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Hier wird, da bekanntlich in der SPD heute die traditionelle Mitglieder- und Sympathisantenschulung wie die traditionelle politische Werbung zur Rekrutierung neuer Mitglieder kaum ins Gewicht fällt, massiv im Sinne der jeweiligen ideologischen und Rechtfertigungsbedürfnisse der rechtssozialdemokratischen Führung und ihres offenen, unverhohlenen arbeiterfeindlichen Antidemokratismus und Antikommunismus beeinflußt. Dies geschieht direkt in Form von Seminaren, Tagungen, Propagandabroschüren der Friedrich-Ebert-Stiftung, die 'ausgewählte Zielgruppen' ansprechen sollen – hauptsächlich zum einen (und in den letzten Jahren in stärkerem Maße) Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der SPD, zum anderen akademisch ausgebildete und auszubildende Intelligenz als 'Multiplikatoren'.

Form und Inhalt dieser Versuche sollen hier an zwei *typischen* Beispielen verdeutlicht werden:

> "Im Jahre 1970 wurde im Verlag Neue Gesellschaft (dem Parteiverlag der SPD – die Verfasser) die Reihe "Praktische Demokratie" begonnen. Dabei wurde für die Broschüre "Die DKP – Programm und Politik" ein Nachdruck in Höhe von 35 000 Exemplaren notwendig, obwohl die Erstauflage mit 25 000 herausgekommen war. Die Nachfrage nach dieser Veröffentlichung hält unvermindert an."(70)

Daß es sich bei dieser Veröffentlichung der Friedrich-Ebert-Stiftung – andere, ähnliche dürften sicherlich nicht lange auf sich warten lassen – nicht um eine offene Auseinandersetzung mit Kritik an der Programmatik und Politik der Deutschen Kommunistischen Partei handelt, die als Ringen um Positionen des und im antimonopolistischen Lager notwendig ist und von jeder Kommunistischen Partei begrüßt und gesucht wird, sondern um eine Anhäufung von Diffamierungen, Halbwahrheiten, offenen und verdeckten Geschichtsfälschungen, war und ist nicht anders zu erwarten. – Hier nimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung offen Partei gegen den sozialen Fortschritt.

In diesem Zusammenhang gehört auch jener Teil der Tätigkeit der Friedrich-Ebert-Stiftung *in* der BRD, der sich aus dem von ihr herausgegebenen "Seminarplan" für 1972 beispielhaft ersehen läßt. Diese Broschüre hat den Titel: "Hier erfahren Sie, was Sie schon immer über Politik wissen wollten." (71) In ihr sind besonders diejenigen Seminare interessant, bei denen teilweise die Teilnahme "nur auf Grund besonderer Einladung" möglich ist. Das sind jene Veranstaltungen, die im wesentlichen zur Beeinflussung der unteren und mittleren sozialdemokratischen Funktionäre und der in den SPD-Betriebsgruppen organisierten Kollegen dienen: daß heuer unter dem Rahmenthema: "BRD – DDR im Anfang der 70er Jahre" als Kernthemen aufgeführt sind: "Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus", "Der Kampf der SED mit dem 'Sozialdemokratismus' ", „Ideologie und Herrschaftsstruktur in der DDR", – die „Ideologie" wird hier schon im Titel der DDR und dem Sozialismus zugeordnet, die „Werte" der BRD –, „Grundwerte

67 REICHSSICHERHEITSHAUPTAMT, R 58/356, Bl. 236.

68 Denn unumstößliche Voraussetzung für Kritik ist nach wie vor die Kenntnis der kritisierten Sachverhalte und Tatbestände, hier: sorgfältiges Quellenstudium. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, handelt es sich typischerweise um bloße Scheinkritik, deren Aussagen mithin ideologischen Charakter tragen müssen.

69 G. Lukacs: DIE ZERSTÖRUNG DER VERNUNFT, a.a.O., hier bes. Kap. VI.

70 Friedrich-Ebert-Stiftung: JAHRESBERICHT 1970. Bonn - Bad Godesberg o.J. (1971), zit. p. 17. – Es ist hier ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß häufig genug diese "Informationsbroschüren" und "Informationsmaterialien", wenn sie sich nur gegen die Linke und besonders gegen die Deutsche Kommunistische Partei richten, von der "Bundeszentrale für politische Bildung" (Bonn) massenhaft vertrieben werden; so beispielsweise: H. Bärwald: "Die DKP – Ursprung, Weg, Ziel"; Beilage zum PARLAMENT B 8/69 v. 22. Febr. 1969, erschienen in zweiter, ergänzter Auflage Bonn 1969. – Bärwald, früherer Referent für gesamtdeutsche Fragen beim PV der SPD und Mitarbeiter des SPD-"Ostbüros", arbeitete nach seinem SPD-Austritt als Autor des NPD-Organs DEUTSCHE NACHRICHTEN und ist nunmehr CDU-Mitglied und -Propagandist. Freilich war die von ihm propagierte Form des Antidemokratismus und Antikommunismus – wie es Prof. Dr. Peter Christian Ludz in ähnlichem Zusammenhang im programmatischen Organ der SPD trefflich formulierte – "ebenso bemüht wie überholt" (DIE NEUE GESELLSCHAFT 6/1970, hier zit. p. 811), da Bärwald noch nicht auf der Höhe der sozialgeschichtlich abgesicherten Geschichtsinterpretation, die die rechte Sozialdemokratie derzeit instrumentalisiert, steht.

71 Erschienen: Bonn - Bad Godesberg o.J.

und Verfassungssystem in der BRD" – „Aktuelle politische Probleme in *Deutschland (I)*" (unsere Hervorhebung – die Verfasser), ist nach dem Dargelegten nicht mehr verwunderlich und drückt den Gesichtspunkt der Systemkonkurrenz als Moment des Klassenkampfes aus.
Es steht zu vermuten, daß die heutige rechtssozialdemokratische Politik dieser Art Beeinflussung ihrer eigenen Funktionäre, Mitglieder und Sympathiesanten bedarf, um diese Politik aufrechterhalten zu können.
Diese Beeinflussung richtet sich als "Schwerpunkt der Abteilung Politische Bildung" der Friedrich-Ebert-Stiftung neben den SPD-Betriebskadern besonders an sogenannte "Multiplikatoren", an "Gruppen aus Parteien, Gewerkschaften und anderen Verbänden" sowie an die "Zielgruppe" der Lehrer in Gemeinschaftskunde (72).
Und schließlich: um den heutigen ideologischen und Legitimationsbedürfnissen rechtssozialdemokratischer Politik im Interesse der herrschenden Monopol- und Konzernkreise entsprechen zu können, wurde und wird die Hinwendung der Friedrich-Ebert-Stiftung zur "Sozialgeschichte" in wissenschaftlicher und propagandistischer Hinsicht immer notwendiger zum Zwecke der sozialwissenschaftlich begründeten Absicherung dieser Politik.

III. Zur gesellschaftlichen Funktion der neueren Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD.

Bisher wurden schon einige wesentliche Kennzeichen angeführt, die die Funktion der von Klotzbach und Steinberg als typischen Vertretern der neueren Tendenzen der westdeutschen Historiographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung unterlegten Theoreme und geschichtsphilosophischen Konzeption verdeutlichen. Damit läßt sich jedoch die Komplexität der Funktion der neueren westdeutschen Widerstandsforschung noch nicht zureichend erfassen (73).
Belegt wurde, daß für die neuere BRD-Forschung über den antifaschistischen Widerstand konstitutiv ist – insbesondere beim Widerstand der deutschen Arbeiterklasse –, die gegenwärtig aktuellen Systemauseinandersetzungen zwischen Imperialismus und sozialistischem Lager, in ihrer konkreten Form der wissenschaftlichen Systemkonkurrenz zwischen Forschung der BRD und der DDR. In diesen Auseinandersetzungen bezieht das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, hier als wichtige Leitungsagentur herangezogen, eine vermittelnde, aber nichtsdestoweniger eindeutige Stellung für den westdeutschen Imperialismus aus. Dafür ist kennzeichnend:
1. Von den Autoren der Friedrich-Ebert-Stiftung, Klotzbach und Steinberg, wurde keine ernsthafte wissenschaftliche Diskussion um die Ergebnisse der Forschung der DDR angestrebt noch gesucht; stattdessen deren Ergebnisse und Schlußfolgerungen pauschal als "einseitig" disqualifiziert.
2. Ebenso ließ sich erkennen, daß mit allen Mitteln versucht wurde, die Ergebnisse der traditionellen bürgerlichen Historiographie – mit der anfangs ein klassisches methodisches Scheingefecht geführt wurde – zu stützen und auf analytisch höherer Stufenleiter zu rechtfertigen – wie sich insbesondere in der Einschätzung des gescheiterten Militärputsches vom 20. Juli 1944 zeigt. Dabei rückten die Verfasser deutlich von ihrem eigenen methodischen Anspruch immer dann ab, wenn es um die Interpretation des Widerstands der Arbeiterbewegung oder die Politik der KPD ging. Genau da wurde Zuflucht zu irrationalen Setzungen genommen.

72 Zit. nach: JAHRESBERICHT der Friedrich-Ebert-Stiftung 1969. Bonn - Bad Godesberg 1970, pp. 4, 6.
73 Das soll auch hier nur ganz kurz geschehen. Zur genaueren Einschätzung des Ineinandergreifens von Totalitarismus- und Konvergenzdogma mittels systemtheoretischer Versatzstücke auf dem aktuellen Stand der Systemauseinandersetzung wäre eine genaue Analyse konsistenterer neuer Versuche – namentlich von Ludz – vorzunehmen.

3. Wie selbstverständlich und ohne methodologische Begründung wurde wieder das imperialistische Totalitarismusdogma – obgleich bekanntlich selbst in der bürgerlichen Forschung nicht unumstritten (74) – herangezogen.

Festzuhalten ist, daß die Autoren Klotzbach und Steinberg ihren Anspruch auf wissenschaftliche Objektivität und Originalität nicht einzuhalten vermögen, stattdessen vom Antikommunismus getragene Verallgemeinerungen vortragen.

Somit läßt sich die Funktion dieser neueren westdeutschen Literatur zum Widerstand gegen das Dritte Reich dahingehend bestimmen, daß sie hauptsächlich als ideologische Stoßkraft in der psychologischen Kriegsführung gegen das proletarische Klassenbewußtsein und seine Herausbildung, gegen den realen Sozialismus und gesellschaftlichen Fortschritt überhaupt benutzt wird. Dabei gewinnt diese Methode insofern an Bedeutung, weil mit dem Erstarken des sozialistischen Lagers "die politische Aktionsfähigkeit des Imperialismus wesentlich eingeschränkt wurde." (75)

Diese Methodik, versehen mit empirischer Datenfülle, soll nicht nur die ideologische Desorientierung der anti-imperialistischen Kräfte unterstützen, sondern kann *in Zukunft* durchaus eine mittelbare Rolle hinsichtlich der Erarbeitung von Integrationsstrategien zur "Lösung" von dem Imperialistischen System innewohnenden Widersprüche erlangen. Wird nämlich die Erforschung des antifaschistischen Widerstandskampfes der Arbeiterbewegung direkt hinsichtlich der Fragestellung der Erfassung von Desintegrationserscheinungen des Systems im politischen Bereich vorangetrieben – etwa auf der Grundlage der derzeitigen systemtheoretischen Ansätze –, dann lassen sich Untersuchungshypothesen gewinnen, die als Vorarbeiten zur Erstellung von Integrationstheorien und -strategien anzusehen sind. Freilich erfüllen die hier herangezogenen Arbeiten Klotzbachs und Steinbergs die dazu notwendigen Voraussetzungen – ihre Ergebnisse auf eine logisch konsistente Theorie hin auszuweisen und zu diskutieren – nicht.

In diesem Sinn kann mithin zusammenfassend Biernat zugestimmt werden, wenn er im Hinblick auf die soziale Funktion der westdeutschen Widerstandsforschung feststellt:

> "Diese antikommunistischen Fälschungen dienen dem Versuch der reaktionärsten Kreise des westdeutschen Monopolkapitals, auch mit den Mitteln der Geschichtsschreibung im Rahmen der psychologischen Kriegsführung die konsequenteste antifaschistische und antiimperialistische Kraft, die marxistisch-leninistische Partei der deutschen Arbeiterklasse, zu verleumden und zu isolieren. Es soll zugleich verhindert werden, daß sich die antiimperialistischen Kräfte Westdeutschlands entsprechend den Lehren und Erfahrungen der antifaschistischen Widerstandsbewegung zusammenschließen, um gemeinsam den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem zu führen." (76)

74 Vgl. hierzu: O. Stammer: "Aspekte der Totalitarismusforschung"; in: Seidel/Jenkers (Hrg.): WEGE DER TOTALITARISMUSFORSCHUNG. Darmstadt 1968. – Dort auch weitere Aufsätze von Löwenthal, Ludz sowie Fetscher. – Vgl. auch den Literaturbericht von K. Hildebrandt : "Stufen der Totalitarismusforschung"; in: PVS, 9. Jg., 1968, H. 3, pp. 396-422.
75 Vgl. die Ausführungen von Hans Adamo, die bestätigt werden: "Antikommunismus – Dogma und Verbrechen des Systems"; in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 9. Jg. Frankfurt/M. 1971, H. 5, pp. 49-56.
76 K.H. Biernat: "Der antifaschistische Kampf der Schulze-Boysen-Harnack-Organisation"; in: DIE SCHULZE-BOYSEN-HARNACK-ORGANISATION IM ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF. Berlin 1970, hier zit. pp. 25/26.

UZ. Marx schreibt mit!

Anzeige

Auch Engels. Häufig Lenin. Um nur einige wenige Köpfe zu nennen, die für unsere Zeitung arbeiten. Der Kapitalismus steht in jeder Nummer vor dem Röntgenschirm. Die Befunde stehen in der UZ. Was in den Betrieben los ist, in den Schulen und Universitäten steht ebenfalls un der UZ. Übrigens auch, warum einiges los ist. Denn das ist noch wichtiger. Und schließlich: Arbeiter, Schüler und Studenten schreiben selbst in der UZ.

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Ich bestelle hiermit die UZ, Zeitung der DKP
für die Dauer von mindestens einem Jahr.

- ☐ Ich wünsche eine vierteljährliche Rechnung (vierteljährlicher Bezugspreis DM 6,50)
- ☐ Ich wünsche eine jährliche Rechnung (DM 22,– bei Vorauszahlung)
- ☐ Ich wünsche ein Lehrlings- Schüler- oder Studentenabonnement. Nachweis erforderlich. (DM 13,– bei Vorauszahlung)

Postleitzahl — Bitte in Blockschrift ausfüllen

Ort

Straße und Hausnummer

Name, Vorname

Unterschrift — Datum

Senden an:
Dr. Wenzel-Verlag GmbH, 41 Duisburg 12, Pothmannstr. 12

Kurzanalysen, Berichte

1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin

"Der 1. Mai verkündet die Losung des achtstündigen Arbeitstages. Aber auch nach der Erlangung dieses Zieles wird die Maifeier nicht aufgegeben. Solange der Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie und die Regierung währen wird, solange noch nicht alle Forderungen erfüllt sein werden, wird die Maifeier der alljährliche Ausdruck dieser Forderungen sein. Wenn aber bessere Zeiten dämmern werden und die Arbeiterklasse ihre Erlösung in der gesamten Welt erlangt haben wird, auch dann wird wahrscheinlich, zum Gedenken an die ausgefochtenen Kämpfe und an die erlittenen Leiden, die Menschheit den 1. Mai festlich begehen."

(Rosa Luxemburg)

Zur historischen Entwicklung des 1. Mai

Der Versuch, in möglichst knapper Form einen Abriß der Geschichte des 1. Mai zu schreiben, gerät nur zu leicht in Gefahr, entweder eine historische Faktensammlung oder ein pathetisches 'Revolutionsepos' zu werden, wenn man diesen internationalen "Feiertag des ganzen vereinten, nach seiner Befreiung strebenden Proletariats" (1) und seine Entwicklung nicht eingebettet sieht in den wechselvollen Verlauf der Arbeiterbewegung und des Klassenkampfes überhaupt:

> "Die Maifeier ist ein lebendiges, historisches Stück des internationalen Klassenkampfes, und deshalb spiegelt sie in sich ... getreu alle Phasen, alle Momente dieses Kampfes wider ..." (2)

Entstanden aus den Kämpfen der internationalen Arbeiterbewegung für den Achtstundentag, feiert die Arbeiterklasse am 1. Mai damals wie heute

> "ihr Erwachen zum Licht und zum Wissen, ihren Zusammenschluß zu einem einheitlichen brüderlichen Bund für den Kampf gegen jede Unterdrückung, gegen jede Willkür, gegen jede Ausbeutung, für den Kampf um den sozialistischen Aufbau der Gesellschaft ...
> Am 1. Mai hält dieser Bund der Arbeiter aller Länder ... Heerschau über seine Kräfte und schließt sich zusammen zum neuen, unermüdlichen, unbeugsamen Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit." (3)

1 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 2, S. 101.
2 Rosa Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. 2, Berlin 1972, S. 201.
3 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 8, S. 343.

Die Forderung nach einer Begrenzung des Arbeitstages, bereits 1817 von dem utopischen Sozialisten Robert Owen aufgestellt, wurde in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts zu einem der wichtigsten Programmpunkte der englischen Gewerkschaftsbewegung. Während der industriellen Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts spitzte sich der Widerspruch zwischen der Bourgeoisie und der sich allmählich formierenden Arbeiterklasse zu. Das Kapital war bestrebt, Arbeitskraft und Maschinen durch Ausdehnung des Arbeitstages maximal auszubeuten und dabei "auch die rein physischen Maximalschranken des Arbeitstags" (4) zu überrennen. Die Verkürzung des Arbeitstages war in jeder Hinsicht eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse, vor allem auch politisch im Interesse ihrer Konstituierung und ihrer Aktionsfähigkeit als Klasse (5). Notwendigerweise begann der Kampf des Proletariats gegen die schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages im Geburtsland der großen Industrie, in England. Die ersten Erfolge im Kampf um den Achtstundentag erzielten die australischen Arbeiter, die 1856 beschlossen, einen Tag völliger Arbeitsruhe zu veranstalten als Manifestation zugunsten des achtstündigen Arbeitstages (6).

Besonders heftige Kämpfe um die Begrenzung des Arbeitstages entfalteten sich in Nordamerika, wo die Arbeiterbewegung nach dem Ende des Bürgerkrieges (Abschaffung der Sklaverei, ungestüme Entwicklung der großen Industrie) einen unerhörten Aufschwung nahm (7). Am 1. Mai 1886 fanden in fast allen größeren nordamerikanischen Industriestädten Streikaktionen zugunsten des Achtstundentages statt. In Chicago kam es dabei zu blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Gefolge zahlreiche Verhaftungen stattfanden und vier Personen hingerichtet wurden (8).

Nicht zuletzt in Erinnerung an diese Ereignisse beschloß der Kongreß des Amerikanischen Arbeiterbundes im Dezember 1888 in St. Louis eine allgemeine Kundgebung für den 1. Mai 1890, der als erster Maifeiertag in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung einging.

Der Genfer Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation faßte 1886 im Anschluß an die Kampfmaßnahmen der nordamerikanischen Arbeiterklasse den Beschluß, "acht Arbeitsstunden als gesetzliche Schranken des Arbeitstages" zu fordern und erhob damit den Achtstundentag "zur allgemeinen Forderung der Arbeiterklasse der gesamten Welt" (9).

> "An die Stelle des prunkvollen Katalogs der 'unveräußerlichen Menschenrechte' tritt die bescheidene M a g n a C h a r t a eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags ..." (10)

In fast allen kapitalistischen Ländern entwickelte sich in den achtziger Jahren eine Massenbewegung für die Durchsetzung dieser wichtigsten sozialen Forderung der internationalen Arbeiterbewegung. Dies wurde durch die Entwicklung des Kapitalismus seit den siebziger Jahren noch verstärkt, da gerade im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts der Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital eine unerhörte Beschleunigung erfuhr und sich bereits die ersten Monopole bildeten. Nach Auflösung der I. Internationale (1876) wurde innerhalb der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder jetzt die Forderung nach einer neuen Internationale immer lauter.

---

4 K. Marx/F. Engels: WERKE, Bd. 23, S. 280.
5 SACHWÖRTERBUCH DER GESCHICHTE, Bd. 1, Berlin 1969, S. 15.
6 Ebenda, S. 551.
7 Vgl. MEW 23, S. 318-320.
8 Siehe hierzu vor allem den Beitrag von J. Seyppel in der Maibeilage 1972 der Westberliner Zeitung DIE WAHRHEIT vom 1. Mai 1972.
9 SACHWÖRTERBUCH ..., a.a.O., S. 16.
10 K. Marx/F. Engels: WERKE, a.a.O., S. 320.

In dieser Situation versammelten sich am 14. Juli 1889, dem 100. Jahrestag des Sturmes auf die Bastille, in Paris nahezu 400 Delegierte von Parteien und Gewerkschaften aus insgesamt 22 Ländern zum Gründungskongreß der II. Internationale. Einer der wichtigsten Programmpunkte war der gemeinsame Kampf für den Achtstundentag. Am 20. Juli faßte der Kongreß den folgenden Beschluß:

> "Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.
>
> In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem Amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt der internationalen Kundgebung angenommen.
>
> Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben sind, in's Werk zu setzen." (11)

Rosa Luxemburg wertete diese Ereignisse 25 Jahre später so:

> "Im Jahre 1890 läutete sie (die Maifeier; d. Verf.) die neue Internationale, den Zusammenschluß der Arbeiter aller Länder ein und stellte so im voraus der Phase des Imperialismus die gemeinsame Abwehrreaktion des Weltproletariats entgegen." (12)

Wurde der Grundgedanke der Pariser Resolution zunächst von allen beteiligten Parteien und Organisationen begrüßt, so zeigten sich bei der Ausgestaltung der Maifeier bald erhebliche Unterschiede, die nicht nur aus der jeweiligen Kampfsituation der nationalen Arbeiterklasse resultierten. Während sich Viktor Adler in Österreich (13) mit allem Nachdruck für eine völlige Arbeitsruhe aussprach (in Wien allein zogen mehr als 100 000 Arbeiter in den Prater), verlegten die englischen Arbeiter den Feiertag auf den 4. Mai, einen Sonntag, an dem dann allerdings allein in London mehr als 200 000 Arbeiter teilnahmen, was Engels veranlaßte, in der Wiener "Arbeiter-Zeitung" zu schreiben, "daß am 4. Mai 1890 das von vierzigjährigem Winterschlaf erwachte englische Proletariat in die Bewegung seiner Klasse wieder eingetreten ist." (14) Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie herrschte weitgehend ein gespaltenes Verhältnis zum 1. Mai vor, das auch in späteren Jahren Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb von Partei und Gewerkschaften wurde. Unter dem Druck des Bismarckschen Sozialistengesetzes – das erst am 30. September 1890 aufgehoben wurde – und im Widerspruch zu zahlreichen Beschlüssen auf lokaler Ebene beschloß die mit der Führung der Partei beauftragte Reichstagsfraktion gegen die Stimme von Wilhelm Liebknecht im Hinblick auf mögliche Reaktionen der Bourgeoisie, den Arbeitern von einem Tag allgemeiner Arbeitsruhe abzuraten. Dieser Beschluß führte zu Verwirrungen innerhalb der Arbeiterklasse, so daß in Hamburg die Unternehmer auf die dort durchgeführte allgemeine Arbeitsruhe mit einer langandauernden Aussperrung antworten konnten, die den Arbeitern schwere Opfer abverlangte.

---

11 Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED: GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Bd. I, Berlin 1966, S. 639.
12 R. Luxemburg: GEWERKSCHAFTSKAMPF UND MASSENSTREIK, Berlin 1931, S. 278.
13 In Österreich wurde die Kampagne für den Achtstundentag weitgehend mit dem Kampf für ein allgemeines Wahlrecht verbunden. Vgl. dazu vor allem: Ernst Winkler: DER 1. MAI. Seine Geschichte und Bedeutung, Wien 1961.
14 F. Engels, MEW 22, S. 60.

Im internationalen Rahmen gesehen stellte der 1. Mai 1890 jedoch einen unerhörten Erfolg der Arbeiterklasse dar und der Brüsseler Kongreß der II. Internationale vom August 1891 erklärte ihn zum dauernden Feiertag der Arbeiter. In Deutschland wuchs zwarvon Jahr zu Jahr die Beteiligung an der Arbeitsruhe, doch waren die Arbeiter der Großindustrie aufgrund der fehlenden Unterstützung in Partei und Gewerkschaften nur in den seltensten Fällen für den Massenstreik zu gewinnen. Zu einer der entschiedensten Verfechter der allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai wurde dann Rosa Luxemburg, die bereits 1894 schrieb:

> "In der Tat, was könnte der Arbeitermasse größeren Mut und Glauben an die eigenen Kräfte verleihen, als eine Massenniederlegung aus eigenem Willen. Was könnte den ewigen Sklaven der Fabrik und der Werkstätte besseren Mut verleihen, als die Musterung ihrer eigenen Truppen? " (15)

Auf der anderen Seite machte sich jedoch bereits Ende der 90er Jahre der Opportunismus in der deutschen Sozialdemokratie bemerkbar, für den Namen wie Vollmar, Bernstein und später auch Kautsky bezeichnend sind. Diese Entwicklung erfolgte allerdings nicht zufällig. In der Wirtschaftskrise von 1900, die bis etwa 1903 dauerte, zeigte sich Existenz und Wirken der Monopole deutlich, was vor allem in Teilen der deutschen Arbeiterbewegung zu einer falschen Einschätzung des Imperialismus führte. Als dann der internationale Kongreß von Amsterdam im August 1904 allen proletarischen Organisationen die Pflicht auferlegte, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, kam es zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die als Massenstreikdebatte in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einging. Vor allem die hervorragende Rolle, die die Maidemonstration während der Revolution von 1905 in Rußland spielte, beeinflußte in starkem Maße die Diskussion.

In der Geschichte der Arbeiterbewegung wurde 1905, wie Rosa Luxemburg ausführte, die

> "Maifeier zum erstenmal in einer revolutionären Situation gefeiert – während ein wichtiger Trupp des internationalen Proletariats in einem gewaltigen direkten Massenkampfe um seine politischen Rechte begriffen ist." (16)

In diesem Zusammenhang, "Im Feuerscheine der Revolution" – wie Rosa Luxemburg ihren Artikel überschrieb, – waren die "beiden Grundideen der Maifeier" hervorzuheben: *Achtstundentag und Sozialismus,* d.h. die Verbindung von ökonomischen, sozialen, politisch-demokratischen und sozialistischen Forderungen, die das Ziel des proletarischen Klassenkampfes zum Inhalt haben (17).

Um die Jahrhundertwende war das imperialistische Stadium des Kapitalismus immer klarer geworden. Die Gefahr eines Krieges zeichnete sich immer mehr ab und gab der Maifeier in Deutschland einen neuen Impuls als Element des Kampfes um den Frieden. Im Jahre 1908 mußten letztlich Parteivorstand und Gewerkschaften dem Druck von unten nachgeben und die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai akzeptieren. Gleichzeitig wurde bei Aussperrungen eine Unterstützung für die organisierten Arbeiter in Aussicht gestellt. Der Revisionismus innerhalb von Partei und Gewerkschaften hatte jedoch bereits so weit um sich gegriffen, daß Kautsky dem Parteitag der SPD in Leipzig 1909 vorschlagen konnte, anstelle der Feier am 1. Mai einen Tagelohn in einen Fond einzuzahlen als 'Maidemonstration höheren Charakters'. Selbst der spätere Reichskanzler Hermann Müller konnte dem entgegnen, daß damit "unsere Ideale auf dem politischen Markt zu herabgesetzten Preisen verschleißt werden." Und als im gleichen Jahr der Metallarbeiterverband beschloß, den 1. Mai nicht zur Pflicht werden zu lassen, begründete Severing dies damit, daß die Gewerkschaften nicht gut daran tun, Gemaßregelte und Ausgesperrte, die aus Idealismus den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, aus gewerkschaftlichen Mitteln zu unterstützen.

15 R. Luxemburg: GEWERKSCHAFTSKAMPF ..., a.a.O., S. 291.
16 R. Luxemburg: WERKE, Berlin 1970, Bd. 1/2, S. 537.
17 Ebenda, S. 537/538.

Wollte Kautsky den Idealismus billig verschachern, so machte sich Severing daran, ihn mehr oder weniger verbieten zu lassen. Dies alles ist Spiegelbild der deutschen Sozialdemokratie am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges. Die Katastrophe bereits ahnend, schrieb Rosa Luxemburg 1913:

> "Der geniale Hauptgedanke des Maifestes, das ist das eigene unmittelbare Auftreten der proletarischen Massen, das ist die politische Massenaktion der Millionen Arbeitenden, die sonst im parlamentarischen Alltag, getrennt durch staatliche Schranken, meist nur durch den Stimmzettel, durch Wahlen ihrer Vertreter dem eigenen Willen Ausdruck verleihen können ...
> Und je mehr der Maigedanke, der Gedanke der entschlossenen Massenaktionen als Kundgebung des internationalen Zusammenschlusses und als Kampfmittel für den Sozialismus auch in dem stärksten Trupp der Internationale, in der deutschen Arbeiterschaft, Wurzel schlagen wird, um so größere Gewähr haben wir, daß aus dem früher oder später unvermeidlichen Weltkrieg eine endgültige und siegreiche Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals sich ergeben wird." (18)

Die Kapitulation der sozialdemokratischen Führung vor dem Imperialismus war jedoch nicht mehr aufzuhalten. Nur die klassenbewußtesten Kämpfer aus ihren Reihen, an ihrer Spitze Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, gaben nicht auf. Sie setzten sich damit nicht nur den direkten Angriffen der Bourgeoisie aus, die Rechten innerhalb der Sozialdemokratie veranstalteten selbst ein wahres Kesseltreiben gegen sie.

Die deutschen Arbeiter sollten bald die Auswirkungen des Krieges kennenlernen. Bereits 1915 kam es zu erheblichen Verknappungen auf dem Lebensmittelmarkt. Innerhalb der Arbeiterklasse wurde die breite Strömung immer stärker, die einen sofortigen Frieden forderte. Die Linken innerhalb der Sozialdemokratie schlossen sich Anfang 1916 zur Gruppe "Spartakus" zusammen. Unermüdlich bereiteten sie den 1. Mai 1916 als "Kampftag gegen den Krieg, für Frieden, Brot und Demokratie" vor. An diesem Tage fanden in Berlin, Braunschweig, Bremen, Dresden, Duisburg, Jena, Kiel, Leipzig, Magdeburg, Pirna und Stuttgart z.T. machtvolle Antikriegsdemonstrationen statt. Allein in Berlin versammelten sich mehr als 10 000 Arbeiter, die mit eigenen Augen miterlebten, wie sich die Polizei auf Karl Liebknecht stürzte und ihn verhaftete. Der Berliner Mai wurde der Auftakt für eine ganze Reihe von Streiks und Massendemonstrationen im Laufe des Jahres 1916. Er signalisierte die endgültige Spaltung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie.

Das Ende des Krieges brachte mit dem revolutionären Aufschwung innerhalb der Arbeitermassen, beflügelt durch die Revolution in Rußland, auch ein neues Element in die Maifeier, das Rosa Luxemburg bereits 1907 voraussah:

> "Von Anfang an eine proletarische Demonstration für den Achtstundentag und für den W e l t f r i e d e n, gestaltet sie sich allmählich zu einer Demonstration für die p r o l e t a r i s c h e R e v o l u t i o n." (19)

Die revolutionäre Nachkriegskrise zeigte die opportunistische Führung der Sozialdemokratie eindeutig auf der Seite der imperialistischen Monopole. Sie wurde zum Steigbügelhalter für das Wiedererstarken der Monopol-Bourgeoisie, die u.a. durch die galoppierende Inflation bis 1923 im wesentlichen ihre Stellung innerhalb der kapitalistischen Welt wiedererlangte – auf Kosten einer ungeheuren, auch absoluten, Verelendung der deutschen Arbeiterklasse. Nach Kriegsende konnte zunächst eine der Hauptforderungen jahrzehnte-

18 R. Luxemburg: GEWERKSCHAFTSKAMPF ..., a.a.O., S. 291.
19 R. Luxemburg: GESAMMELTE WERKE, Bd. 2, a.a.O., S. 204.

langer Maidemonstration, der Achtstundentag, durchgesetzt werden, doch bereits im Dezember 1923 wurde dieser Erfolg durch die Arbeitszeitnotverordnung, die auf Betreiben der Monopole zustandekam, seines gesetzlichen Schutzes beraubt und im April 1927 durch das Arbeitszeitnotgesetz die Beseitigung des Achtstundentages sanktioniert. Seit 1923 verschärften sich die Klassenkampfbedingungen in erheblichem Maße. Im Oktober und November des Jahres besetzte die Reichswehr die Länder Sachsen und Thüringen und setzte die dort eben gebildeten revolutionären Landesregierungen ab. Gleichzeitig wurde im ganzen Reich die KPD verboten.

Doch war bereits der 1. Mai 1923 nicht mehr "die schläfrige Spießbürgeridylle ..., in die die Sozialdemokratie den revolutionären Kampftag des Proletariats verwandelt hatte ...". (20) Immer stärker rückte das revolutionäre Moment des 1. Mai in den Vordergrund, immer mehr wurde der Tag zur Solidaritätskundgebung für den Kampf der sowjetischen Völker gegen die Provokationen des Imperialismus. Zwar konnte sich der Kapitalismus in Deutschland bis 1929 relativ stabilisieren und die Tatsache, daß noch 1927 per Gesetz der Achtstundentag liquidiert werden konnte, kennzeichnet die relative Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung. Doch bereits am 1. Mai 1927 war in der INTERNATIONALE zu lesen:

> "Der Erste Mai 1927 ist für die deutsche Arbeiterklasse kein Tag des Sieges ... Drohender als je seit dem Abschluß des ersten großen Weltgemetzels erhebt sich die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges."

Und im Jahre darauf ist der Leitartikel der INTERNATIONALE am 1. Mai mit "Kampfmai 1928" überschrieben:

> "Die imperialistischen Mächte unter Führung Englands bereiten einen Schlag gegen Sowjetrußland vor. Eine Wirtschaftsblockade wird den Arbeiterstaat nicht in die Knie zwingen. Deshalb bleibt für den Imperialismus kein anderer Weg als der Krieg."

Noch glaubten große Teile der deutschen Arbeiterklasse, daß die aufziehenden Gefahren eines neuen Krieges nur durch den Kampf mit dem Stimmzettel abgewehrt werden könnten. Die Ereignisse um den 1. Mai 1929 in Berlin lassen die krisenhafte Zuspitzung der kapitalistischen Entwicklung erkennen.

> "Das, was der 4. August 1914 für die Vorkriegssozialdemokraten war, der Bankrott und Zusammenbruch der Zweiten Internationale, das ist der 1. Mai 1929 für die deutsche Nachkriegssozialdemokratie, für die reformistische Burgfriedens- und scheindemokratische Illusionspolitik.
>
> Seit 40 Jahren begeht die deutsche Arbeiterklasse den 1. Mai unter revolutionären Losungen zum Kampf für den Sozialismus. Der wilhelminische Klassenstaat wagte es nicht, den 1. Mai zu verbieten. Selbst eingefleischte monarchistische Reaktionäre wie Jagow, der bei jeder Gelegenheit mit dem Polizeisäbel zur Hand war, haben nicht gewagt, die Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft am 1. Mai zu verbieten. ... Erst mußte die Sozialdemokratie die Ministerposten im Reich und in Preußen beziehen, erst mußten an Stelle der kaiserlichen Jagows sozialdemokratische Polizeipräsidenten vom Schlage Zörgiebels treten, damit am 40. Jahrestag der Maidemonstrationen die Maikundgebungen der Berliner Arbeiterschaft unterdrückt werden konnten ...
>
> Mit dieser Wendung in der Entwicklung des Maitages geht die seit 40 Jahren in den Händen der Sozialdemokratie befindliche Führung der Maidemonstrationen endgültig über in die Hände der Kommunisten ...
>
> Damit wird der 1. Mai der Tag des revolutionären Proletariats, der Tag der proletarischen Diktatur, zur Demonstration für den Weltkommunismus." (21)

Trotz des Demonstrationsverbotes des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Berlin, Karl Zörgiebel, folgten am 1. Mai 1929 mehr als 200.000 Berliner Arbeiter dem Aufruf

20 DIE INTERNATIONALE, Jg. 6, Heft 9, 1. Mai 1923, S. 257.
21 "1. Mai 1929", in: DIE INTERNATIONALE, Jg. 12, Heft 8-9, 1. Mai 1929, S. 241 f.

der KPD unter Losungen für sozialen Fortschritt, gegen Kriegsvorbereitungen und für die Verteidigung der Sowjetunion. Nach Provokationen durch die Polizei bauten die Arbeiter im Wedding und Neukölln Barrikaden zur Abwehr. Ein dreitägiges Polizeimassaker forderte 31 Tote und mehrere hundert Verwundete.

Der Berliner Blutmai kündigte an, was ein halbes Jahr später anfing, gespenstische Wirklichkeit zu werden: Im Oktober 1929 wurde Deutschland von der seit 1924 in den USA schwelenden Weltwirtschaftskrise erfaßt.

Am 1. Mai 1932 hatte Ernst Thälmann auf der Maikundgebung der KPD, an der sich 250.000 Berliner, unter ihnen Tausende von Sozialdemokraten, beteiligt hatten, zur Einheit aufgerufen, "alles Trennende beiseitezuschieben und gemeinsam gegen den mit Macht anrückenden Faschismus zu kämpfen." (22) Doch die rechten Führer der SPD lehnten das Angebot der Kommunisten ab, wie auch ein Jahr später nach der 'Machtergreifung'. Sie bezichtigten die KPD der "Panikmache".

Wir wollen in dieser Darstellung der Geschichte des 1. Mai auf die faschistische Herrschaft in Deutschland nicht näher eingehen. Eine historische Analyse müßte notwendig den 1. Mai in Zusammenhang bringen mit dem antifaschistischen Widerstand der deutschen Arbeiterklasse und ihren Organisationen. Nur folgendes sei hier angemerkt. Gab es schon in der Weimarer Republik Bestrebungen der Bourgeoisie, den 1. Mai gemeinsam mit den opportunistischen Führern der SPD und der Gewerkschaften in ein bürgerliches Volksfest zu verwandeln, so fand dieser Mißbrauch des internationalen Kampftages der Arbeiterklasse seinen Höhepunkt in der von den deutschen Faschisten gesetzlich festgelegten Feier am 1. Mai als 'Tag der Nationalen Arbeit' (23).

Am 1. Mai 1933 funktionierten die Nationalsozialisten den Tag der Arbeiterklasse, demagogisch an die Tradition anknüpfend, in einen "Tag der nationalen Arbeit" um. Ganze Betriebe wurden zusammengetrommelt, um der Hitlerschau den Charakter der Echtheit und der Volksverbundenheit zu verleihen. Viele ließen sich durch das Blendwerk sozialer Phrasen und Versprechungen einfangen, während klassenbewußte Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, "illegale" Demonstrationen im Friedrichshain und im Grunewald durchführten. Am 2. Mai 1933 wurde bereits mit dem terroristischen Schlag gegen die Büros und das Vermögen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (ADGB) die Zerschlagung der allgemeinen Arbeiterorganisation eingeleitet.

Der 1. Mai in Westberlin

Im gemeinsamen Widerstandskampf wurde der Grundstein für die feste Aktionseinheit gelegt, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus ihren Höhepunkt am 21./22. April 1946 im Zusammengehen der KPD und der SPD zu einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), fand. (24) Im Maiaufruf der SED wurden die Forderungen der Werktätigen klar genannt: "Wir kämpfen für Frieden und Völkerversöhnung, gegen jegliche Rassenhetze und nationalistische Vergiftung. Für restlose Ausrottung des Militarismus! Wir wollen unser Volk für immer von den Schrecken der Kriege, der Wirtschaftskrisen, der Arbeitslosigkeit, der Ausbeutung, des Hungers und der Not befreien. Unser Ziel ist die Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung."

22 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: GESCHICHTE ..., a.a.O., Bd. IX, Berlin 1967, S. 134.
23 SACHWÖRTERBUCH ..., a.a.O., S. 551.
24 Vgl. dazu: Thomas Funke: "Westberlin. Entwicklung 1945-1972", in: SOZIALISTISCHE POLITIK 21, 1972, S. 52 ff.

(25) 500.000 Berliner folgten dem Aufruf und bekundeten damit ihren festen Willen zur Aktionseinheit und zum friedlichen Aufbau einer neuen Gesellschaft. 'Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein' – eine alte Arbeiterforderung, am 1. Mai 1946 wurde sie von Hunderttausenden erneut gestellt.

Doch die rechtssozialdemokratischen Führer um Kurt Schumacher setzten auch nach 1945 ihre Politik der Zusammenarbeit mit dem Großkapital fort. Sie trugen dadurch wesentlich dazu bei, daß die alten Besitz- und Machtverhältnisse in Westdeutschland und in Westberlin wiederhergestellt wurden. (26) Mit der Abspaltung Westberlins und der Einrichtung sogenannter "Freiheitskundgebungen" durch den Westberliner Senat und die Gewerkschaftsführung (beide mehrheitlich SPD) am 1. Mai war für viele Jahre der Westberliner Arbeiterklasse eine eigene Maifeier nicht mehr möglich. Die Funktion der "Freiheitskundgebungen" bestand darin, die Arbeiter von den Widersprüchen des kapitalistischen Systems abzulenken, sie daran zu hindern, ihre Klassenlage und die tatsächlichen gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen, und den real existierenden Sozialismus zu verketzern.

Doch die Widersprüche des kapitalistischen Systems verschärften sich zusehends. Der real existierende Sozialismus wurde immer attraktiver für die Millionen, den Imperialismus und sein historisch überlebtes System zwang er immer stärker in die Position der Anpassung. Indem der Imperialismus auf den Kriegsschauplätzen der Welt, in Indochina, dem Nahen Osten, in seinen Kolonien, im Übergang zu offener Diktatur in verschiedenen Staaten, sein wahres Gesicht deutlicher hervorkehrte, wuchs auch der Widerstand im nationalen und internationalen Maßstab. Die Folgen der Frontstadtpolitik und ihre Auswirkungen auf die Westberliner Arbeiterklasse, sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Sektor, traten bald in aller Klarheit hervor. (27) Als Reaktion bildete sich in Westberlin eine breite, demokratische Massenbewegung heraus, die gegen den Krieg in Vietnam, gegen Faschismus und Neofaschismus und gegen die zunehmende Militarisierung im Innern Stellung bezog. In den Lohn- und Tarifauseinandersetzungen zeigte sich eine größere Kampfbereitschaft. Diese Entwicklung wollen wir anhand der Geschichte des 1. Mai in Westberlin verdeutlichen.

Während an den ersten "Freiheitskundgebungen" noch Zehntausende Westberliner teilnahmen, wurde die Beteiligung von Mal zu Mal geringer. Die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus 1966/67 in der Bundesrepublik und in Westberlin machte einem immer größer werdenden Teil der Westberliner Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten deutlich, welcher gegen ihre Interessen gerichtete Sinn den sozialintegrationistischen Tendenzen in der SPD und den Gewerkschaften unterlag. In Bonn hatte die SPD-Führung gegen den Widerstand breiter Teile auch der eigenen Partei den Notstandsgesetzen zugestimmt. Auf der anderen Seite wurde die Forderung nach mehr Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft bei den Arbeitern immer lauter. Darüberhinaus hatte der imperialistische Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk ein breites, antiimperialistisches Bewußtsein geweckt.

In dieser Situation demonstrierten am 1. Mai 1968 40 000 Westberliner, Arbeiter und Angestellte, Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Studenten gemeinsam für ihre eigenen Interessen unter den Parolen: "Mitbestimmung ja – Notstand nein", "Für aktive Lohnpolitik", "Gegen Monopolmacht und Reaktion" und "Amis raus aus

25 Nach DIE WAHRHEIT vom 22./23. April 1972.
26 Vgl. dazu: Thomas Funke, a.a.O., S. 50, S. 53 ff.
27 Vgl. dazu: Kathrin Schran, Sonja Piron: "Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen", in: SOZIALISTISCHE POLITIK 20, 1972, S. 1 ff.

Vietnam". Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren wird der 1. Mai in Westberlin wieder als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse gefeiert.

Während 1968 und 1969 die fortschrittlichen Westberliner in den Arbeiterbezirken Neukölln und Kreuzberg demonstrierten, unternahm der Senat letzte Rettungsversuche seiner Eigenkundgebung vor dem Reichstag bei so geringer Beteiligung, daß die Polizei die Teilnehmerzahl verschwieg.

Auf Druck der Gewerkschafter in den Betrieben fand im darauffolgenden Jahr 1970 die erste gewerkschaftliche Maikundgebung nach langer Zeit statt. Vor dem Rathaus Schöneberg versammelten sich Zehntausende und forderten "Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft", "Schluß mit der Teuerung – für Sozialinvestitionen", "Stoppt den US-Krieg – jetzt Frieden in Vietnam", "Für Arbeiterrechte – gegen Kapitalmacht", "Für Anerkennung der DDR".

Daß Sickert diese Arbeiter als 'kommunistische Unterwanderer und Störenfriede' bezeichnet, zeigt nur um so deutlicher sein Unvermögen, zu vertuschen, daß die Gewerkschaftsspitze die Verbindung zu den Trägern der Organisation, den Arbeitern, verloren hat; es zeigt, daß rechte Führer und Mitglieder der Gewerkschaften einmal mehr in Widerspruch zueinander geraten sind. Beide Teile zogen aus dem 1. Mai 1970 ihre Konsequenzen. (28) Die rechte Gewerkschaftsführung befürwortet seitdem eine 'moderne mediengerechte Form' mit geladenen Gästen in geschlossenen Sälen.

Solange die DGB-Spitze in Westberlin an ihrer antikommunistisch orientierten Einheit mit der Bourgeoisie festhielt, war es die Aufgabe der fortschrittlichen und sozialistischen Kräfte, den Tag der Arbeiterklasse selbständig zu organisieren. Dies geschah in den Jahren 1968 und 1969 durch die Veranstaltung massenhafter, einheitlicher Demonstrationen und Kundgebungen. Die Maiveranstaltungen 1971 und 1972 zeigten dann sehr deutlich die Konsequenzen, die von seiten der Arbeiter auf das Verhalten der Gewerkschaftsführung und der Parteispitze der SPD gezogen wurden. Bereits an den vorbereitenden Arbeiten der jeweiligen Maikomitees beteiligten sich eine große Zahl von Mitgliedern und Vertretern ganzer Gewerkschafts- und Parteiorganisationen. Spätestens der Ablauf der Mai-Kampagne 1972 bewies, daß die Politik der SEW, die Aktionseinheit von demokratischen und sozialistischen Kräften, das Wiedererstarken der Arbeiterbewegung in Westberlin gewährleistete.

Im Jahre 1973 markiert die Vorbereitung zum 1. Mai in Westberlin in überaus deutlicher Weise die scharfe Grenze zwischen sozialintegrationistischer Irreleitung der Arbeiterklasse und tatsächlicher Arbeiterbewegung; zwischen antikommunistischen Einflußversuchen und einheitlichem Kampf gegen das Monopolkapital. Je deutlicher sich die Arbeiterbewegung in Westberlin aus den Fesseln des Antikommunismus befreit, je manifester der wachsende Einfluß ihres organisierten Vortrupps, der SEW, hervortritt, desto mehr verliert sich der Blockierungsversuch von rechtssozialdemokratischer Seite in der Lächerlichkeit.

Dies wird offenkundig, sobald man die Argumentationsversuche der Westberliner Gewerkschaftsspitze näher betrachtet. Trotz eines starken Gegendrucks aus vielen Gewerkschaftsorganisationen (darunter Landesbezirkstag der IG Druck und Papier, Bezirksleitung der ÖTV u.a.), bei denen für eine Mai-Demonstration unter freiem Himmel plädiert wurde, entschied sich der Landesvorstand des DGB erneut "in zwei Sitzungen nach stundenlangen eingehenden Beratungen, ... die Maiveranstaltung 1973 in einer Messehalle im Funkturm durchzuführen". (29) Walter Sickert, zugleich Präsident des Abgeordnetenhauses, beharrt auf dem Terminus der "mediengerechten Saalveranstaltung" als seiner eigenen, ihm per-

28 Vgl. ebenda, S. 32 ff.
29 ÖTV-DIALOG, Zeitung der Gewerkschaft ÖTV, Landesbezirk Berlin, 2/73.

sönlich liebsten Begriffsbildung, obwohl diese Bezeichnung in der gewerkschaftlichen Diskussion nur noch ironisch verwandt wird und obwohl das Programm dieser TV-Show vor geladenen Gästen nur noch sarkastisch zitiert werden kann:

1. Opening: Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester, Potpourri;
   a) Work Song,
   b) Der Mai ist gekommen,
   c) If I had a hammer;
2. Begrüßung durch Walter Sickert, Vorsitzender des DGB-Berlin;
3. 1. Diskussionsgruppe: "Paritätische Mitbestimmung";
4. Musik-Schau: Olivia Molina, Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester mit Solisten
   a) Glory, Glory, Hallelujah, SFB-Tanzorchester, Solist Eugen Cicero;
   b) Schön ist die Welt;
   c) So oder so, Olivia Molina;
   d) Godfather, SFB-Tanzorchester, Solist Milo Pavlovic;
   e) La Bamba, Olivia Molina;
5. 2. Diskussionsgruppe: "Gewerkschaften heute";
6. Paul Kuhn und das SFB-Tanzorchester: Manhattan spiritual;
7. Ansprache durch Walter Sickert;
8. Brüder zur Sonne, zur Freiheit (gemeinsames Lied, begleitet vom SFB-Tanzorchester).

Sickert befindet sich bei dem Versuch, den würdelosen Rückzug seiner Gewerkschaftsspitze zu rechtfertigen, zwischen mehreren Feuern: Er muß einerseits eine von ihm und der sozialdemokratischen Führung im Interesse der Unternehmer und der Monopolbourgeoisie mitverursachte Entpolitisierung der Westberliner Arbeiterklasse zu verlängern trachten und andererseits diese von ihm postulierte, ihm recht genehme Entpolitisierung scheinhaft bedauern:

> "Eine Demonstration für eine Sache ist heute nicht mehr auf die Füße zu stellen." (30)
>
> Eine öffentliche Maikundgebung bedeute, "mit untauglichen Methoden sich gegen eine Entwicklung zu stemmen, wie sie auch in Berlin in den letzten Jahren leider zu beobachten gewesen ist." (31)
>
> Der von Teilen der Westberliner Jungsozialisten (vgl. unten) unternommene Versuch, den innergewerkschaftlichen Druck für eine öffentliche Maikundgebung aufzugreifen, bedeutet für ihn "eine Rückbesinnung auf politische Notwendigkeiten und gewerkschaftliche Forderungen, die lange erreicht sind und heute nicht mehr in der Form zur Debatte stehen." (32)

Weiter muß Sickert die vollzogene Restitution des 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse in Westberlin zu negieren trachten, muß er sie für nicht existent erklären. Aufgrund dieser "Notwendigkeiten" können ihm die Teilnehmer an den bisher größten Kundgebungen der Arbeiterbewegung in Westberlin (1972 nannten realistische Schätzungen der Teilnehmermasse bei der Maidemonstration die Zahl von 70.000!) penetrant als "Störer" und "Schreier" (33) erscheinen. Der Begriff der Solidarität wird hier seiner wichtigsten Inhalte entkleidet; von Gewerkschaftern wird das Unmögliche verlangt, an einer Saalveranstaltung (max. 3 000 geladene Gäste) teilzunehmen bzw. ihr die "solidarische" Zustimmung zu verleihen (34).

---

30 SPANDAUER VOLKSBLATT vom 21.2.73.

31 BERLINER STIMME, Organ der Westberliner SPD, vom 20.1.73.

32 Ebenda.

33 Vgl. SPANDAUER VOLKSBLATT vom 21.2.73.

34 "Berlins Gewerkschaften erwarten von der Berliner SPD, daß sie sich mit dieser Entscheidung für eine Maifeier in den Hallen unter dem Funkturm solidarisiert und ihre Mitglieder zur Zustimmung hierzu aufruft." (Sickert in der BERLINER STIMME vom 20.1.73).

Demgegenüber mußte der Charakter des 1. Mai als internationalem Kampftag der Arbeiterklasse mit antimonopolistischem, antiimperialistischem Inhalt wieder zurückgewonnen werden. Dies ist möglich geworden, weil aufgrund der schärfer werdenden Ausbeutung die ökonomischen Forderungen immer besser verknüpft werden können mit dem politischen Kampf gegen das staatsmonopolistische System. Bezogen auf Westberlin sind dies vor allem Parolen gegen Betriebsverlagerungen, gegen Mietpreiswucher und Bodenspekulation, gegen Preistreiberei und Inflation (mehr als 8 Prozent Preissteigerung innerhalb eines Jahres), für die Verwirklichung der in der Berliner Verfassung garantierten demokratischen Grundordnung (35).

Die sozialintegrationistischen Kräfte befinden sich eindeutig in der Defensive. Der DGB-Jugend Westberlins mußte durch den Landesvorstand die Feier des 1. Mai unter freiem Himmel schon *verboten* werden. Nach einer Pressemitteilung mußte Sickert gewerkschaftliche Teilnehmer der diesjährigen Mai-Demonstration schon *warnen,* "als Mitglieder einer dem DGB angeschlossenen Gewerkschaft in Erscheinung zu treten" (36).

Die Auseinandersetzung der klassenbewußten Gewerkschafter mit solchen reaktionären Positionen hat etwas mit der *tatsächlichen* Frontstellung zu tun, in der um die Durchsetzung einer an den Forderungen der Arbeiterklasse orientierten Gewerkschaftspolitik gekämpft wird. Im Gegensatz dazu hatten verschiedene Momente in der studentischen Diskussion in Westberlin zum 1. Mai seit 1968 durchaus Scheincharakter. Parolen studentischer Herkunft, Marschblocks studentischer Sekten, borniert "antirevisionistische" Querelen, die in das Maikomitee getragen wurden, ließen, nun aber aus ultralinker Richtung, in den universitären Diskussionen eher das Verhältnis zur SEW als zentrales Problem erscheinen, als das die Stoßrichtung gegen das Monopolkapital und für die Arbeiterrechte klar ausgedrückt worden wäre. Quintessenz der Mai-Kampagne einer dieser kleinbürgerlichen Gruppierungen ('KPD'-Aufbauorganisation) war es beispielsweise 1971, "mit ... Entschiedenheit gegen die revisionistische SEW-Führung (zu) kämpfen und damit die Widersprüche von Parteiführung und Mitgliedern weiter (zu) verschärfen" (sic) (37). Das erneute Sondervorhaben einiger Splittergruppen, sich auch am 1. Mai 1973 mit einer ultralinken Variante des "dritten Weges" zu versuchen und auf einer eigenen Demonstration ihrem Antisowjetismus und Antikommunismus Ausdruck zu verleihen, kann hier unberücksichtigt bleiben. Dies hat nichts mehr gemein mit den antiimperialistischen und sozialistischen Tendenzen der Studentenbewegung, der diese Gruppen entstammen, deren kleinbürgerlich-illusionäre Züge sie aber kraftlos konservieren wollen.

"Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Senioren der SPD fordern alle Mitglieder der Partei auf, sich an den Veranstaltungen der Gewerkschaft am 1. Mai zu beteiligen." (sic!) (BERLINER STIMME vom 24.2.73).

"Jeder bewußte Gewerkschafter nimmt an der DGB-Maifeier teil!" (ÖTV-DIALOG 2/73).

35 Vgl. zu Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Westberlin Thomas Funke, a.a.O., S. 55 f.

36 Diese Meldung war ein Nachtrag zu einer vorherlaufenden dpa-Meldung, nach der "der Berliner DGB-Vorsitzende W. Sickert ... die Auffassung vertrat, daß keine Maßnahmen gegen Gewerkschaftsmitglieder ergriffen werden könnten, die sich am 1. Mai an der von der SEW und anderen linken Gruppierungen veranstalteten Mai-Demonstration beteiligen. Die Gewerkschaften seien keine parteipolitische Organisation und deren Mitglieder könnten den in West-Berlin zugelassenen Parteien, also auch der SEW, angehören". (dpa/lbn 042 pol vom 21.2.73) Die vorstehende Meldung wurde denn auch in der bürgerlichen Presse nicht wiedergegeben.

37 ROTE PRESSE KORRESPONDENZ Nr. 115 v. 14.5.71.

Die Konstituierung des Mai-Komitees '73 am 15. Januar 1973 (Gedenktag an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht) setzte den erneuten Anfangspunkt zu einer umfassenden Kampagne, die wie in den letzten Jahren alle antimonopolistischen Kräfte in Westberlin zu einer "einheitlichen und machtvollen Demonstration und Kundgebung gegen Monopolmacht und Reaktion" bewegen soll. Beschlüsse und Meldungen dieser Kampagne geben nur die Öffentlichkeitsform einer Auseinandersetzung wieder, die ihren Schwerpunkt in Betrieben und Gewerkschaften besitzt. Dort findet der tägliche Kampf um Aktionseinheit statt, dort erweist sich, daß der Hauptgegner der Arbeiterklasse und der verbündeten Schichten das Monopolkapital ist, – nicht etwa nur eine sich furchtsam in die Isolation zurückziehende reaktionäre Gewerkschaftsspitze. Die einheitliche Demonstration am 1. Mai ist Ausdruck dieses Kampfes. Dies ist hier zu betonen, angesichts der Tatsache, daß sich neben dieser Kampagne ein Gespinst von sozialdemokratischen, trotzkistischen und linksopportunistischen Seitenambitionen befindet, die ihre desorientierenden Zielrichtungen oft nur mühsam verbergen (vgl. weiter unten).

Im Mai-Komitee '73 befanden sich zum Zeitpunkt der Konstituierung Vertreter der SEW, Mitglieder des DGB, der DAG, Jugendvertreter und Betriebsräte, Mitglieder gewerkschaftlicher Jugendausschüsse, Vertreter der FDJW, Mitglieder der Aktionsgemeinschaften demokratischer und sozialistischer Hochschulangehöriger, Mitglieder der SPD und der Falken, Landesvorstandsmitglieder der Jungdemokraten und Vertreter des Sozialistischen Lehrerbundes – Westberlin. Das Mai-Komitee orientierte die Kampagne auf die Forderungen

für Frieden und Sicherheit in Europa;
für Klassenkampf – gegen Großkapital und konzertierte Aktion;
für höhere Löhne und Gehälter – gegen Miet- und Preiswucher;
für Arbeiterrecht in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft – gegen die Macht der Monopole;
für ein Berufsbildungs- und Jugendarbeitsschutzgesetz, die den wissenschaftlich-technischen Erfordernissen der Zeit und dem gesellschaftlichen Fortschritt entsprechen;
für eine demokratische Bildungs- und Hochschulreform – gegen jede Formierung der Lernenden und Lehrenden im Monopolinteresse.

Wie in den vorangegangenen Jahren erweisen sich auch in dieser Kampagne die SEW und die FDJW als die hauptsächlich organisierende Kraft. In der sozialdemokratischen BERLINER STIMME wurde von Seiten der Jungsozialisten formuliert:

> "Besonders in Westberlin können die Jusos nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß die SEW im Betrieb und in der Gewerkschaftsarbeit vertreten ist und eine gezielte Interessenpolitik zugunsten der Arbeiter und Angestellten betrieben hat." (38)

Die mit unzähligen Diskussionen verknüpfte Verteilung der Mai-Zeitungen (Auflage je über 150 000), der bisherige Verkauf von weit über 30 000 Mai-Plaketten (bis Ende März 1973) bezeugen die äußere Seite einer intensiven Mobilisierung in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen. Dennoch stellt es einen gezielten und bewußt unternommenen Verfälschungsversuch dar, wenn bei gegenseitigem Einverständnis in bürgerlicher Presse und ultralinker Pamphletproduktion von einem Mai-Komitee der ("Führer der") SEW gesprochen wird. Dieses Mai-Komitee stellt den konkreten Ort politischer Aktionseinheit dar; das Aktionsbündnis, orientiert auf den antikapitalistischen Kampf, bedeutet nicht, daß die mitarbeitenden Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale, Christen und andere, ihre unterschiedliche ideologische Basis aufgeben. So sehr es sich – gerade in den Mai-Kampagnen – erwiesen hat, daß die Partei der Arbeiterklasse die bestimmende Kraft im antiimperialistischen Kampf in Westberlin darstellt, so wenig sind die an der Aktionseinheit beteiligten Sozialdemokraten und antikapitalistischen Liberalen zur Aufgabe ihres unterschiedlichen Ausgangspunktes bemüßigt.

38 W. Krause in der BERLINER STIMME vom 24.2.73.

Diese jetzt stattfindende Massenbewegung förderte innerhalb der Westberliner SPD eine Gegenbewegung, deren Einzelmomente widersprüchlichen Charakter besitzen, deren ursprüngliche Motivation durchaus angstvolle Züge trägt (39).

Mehrere Kreisverbände der Westberliner SPD forderten eine eigene – von der SPD getragene – Maiveranstaltung; sie konnten sich dabei auf die frühzeitige Anmeldung der traditionellen Demonstrationsroute zum 1. Mai durch die Westberliner Jungsozialisten stützen. (40)

Der Sprecher dieser Gruppierung formulierte, es sei "endgültig an der Zeit, daß die demokratische Linke (in anderen Veröffentlichungen: soziale Demokraten versus demokratische Sozialisten; die Verf.) in West-Berlin zu einer *von ihr selbst bestimmten* Mai-Demonstration zusammenfindet". (41) In der bürgerlichen Presse hielt man es für notwendig, "daß an einem Tage wie dem 1. Mai die sozialen Demokraten praktische Abgrenzung betreiben und Flagge zeigen." (42)

Die objektive Funktion dieser Sonderinitiative kommt dadurch deutlich zum Ausdruck. Formal wurde dieser Inhalt darin bestätigt, daß die Jungsozialisten ein "überparteiliches", "neutrales" Gremium (43) suchten und dies im Berliner Landesjugendring (in dem die FDJW noch nicht vertreten sein kann) finden wollten. Überdies wurde ihnen schließlich durch den Landesvorstand der Westberliner SPD am 29. 1. 73 eine Mai-Demonstration nur unter diesen diskriminierenden Auflagen "zugestanden". Zeitliche und örtliche *Abgrenzung* von der DGB-Veranstaltung; Einschränkung des Inhalts der Parolen und Ansprachen auf *"sozialdemokratische* Ziele und Grundsätze"; Verbot jeglicher *Zusammenarbeit* "mit Linksextremen".

Es ist interessant, sich die durch Westberliner Jungsozialisten angegebene Zielrichtung der nunmehr *neben* der Kampagne des Mai-Komitee '73 initiierten Mai-Vorbereitung der Jungsozialisten näher zu betrachten:

39 "Die Berliner Sozialdemokraten können nicht verantworten, daß Teile der Betriebe und der Jugend zur Mai-Demonstration der Kommunisten gehen und diesen Straßen und Plätze überlassen." (H. Ristock in: DER ABEND vom 29.1.73)
Man kam "zur Auffassung, daß der 1. Mai 1973 von den Jusos schon deshalb durchgeführt werden müßte, um nicht endgültig die politische Glaubwürdigkeit bei der politischen Jugend unserer Stadt, besonders bei der politischen Gewerkschaftsjugend, zu verlieren." (INFO der Jungsozialisten Berlin-Neukölln Nr. 4/73).

40 In einer Rechtfertigungsschrift im LANDES-INFO der Westberliner Jungsozialisten Nr. 2/73 wird dazu gesagt: "... der damalige Juso-Vorstand wollte der Parteirechten nicht den formalen Vorwand liefern, daß die Maidemonstration, wie in den zwei Jahren zuvor, von Vorstandsmitgliedern der SEW angemeldet wurde. Für die Mobilisierung dürfte es wohl letztlich gleichgültig sein, wer eine Demonstration angemeldet hat." (W. Biermann: "Der 1. Mai 1973, die Jusos und der 'Spalter-Vorwurf' ") Im Nachhinein erwies sich dies aber als der erste einer Reihe von Versuchen, in Konkurrenz zur SEW diese als Partei nicht in Erscheinung treten zu lassen.

41 Am 28./29.1.73 in mehreren Zeitungen abgedruckt; Hervorhebung durch d.Verf.

42 DER ABEND vom 29.1.73.

43 Vgl. LANDES-INFO Nr. 2/73, S. 21.

"Die Mai-Kampagne ist für die Jusos erster Ansatz, für gewerkschaftliche Forderungen und aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften besonders innerhalb der Sozialdemokratie zu mobilisieren." (44)

"Der 1. Mai ist dabei nicht etwa Selbstzweck, sondern soll Anläß sein, organisatorische und personelle Grundlagen für die notwendige Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu schaffen." (45)

Man sieht als in einer Reihe:

- Die reaktionäre Gewerkschaftsspitze, deren politische Existenz durch die wiedererstarkte Arbeiterbewegung gefährdet ist, die diese also möglichst zu negieren trachtet und dabei zur Lächerlichkeit verkommt;
- die linksopportunistische Tendenz, die statt der wirklichen Arbeiterbewegung die Phrase (etwa der "revolutionären Gewerkschaftsopposition") vorträgt und unter den ihr erreichbaren Jugendlichen und Randgruppen ihrer Spalterfunktion nachkommt;
- und schließlich die oben angegebene Position der Jungsozialisten, des "linken" Flügels in der Sozialdemokratischen Partei, die sich die ganze Totalität möglicher Objekte (Betriebe, Gewerkschaften, SPD) zum Ziele setzt, da es ihr an der Präsenz in der Arbeiterbewegung insgesamt mangelt.

Nachdem durch die feste Verankerung der SEW als der organisierten und bewußt handelnden Partei in Betrieben und Gewerkschaften die erneute Mobilisierung *in* der Arbeiterklasse für die kämpferische Manifestation der Arbeiterforderungen zum 1. Mai ermöglicht wurde, wendet sich diese bisher nicht korrigierte Position der Jungsozialisten *vor* und *außerhalb* der Arbeiterbewegung gegen die SEW: Ihre Präsenz als offen auftretende Partei wird verstanden als notwendig demobilisierend gegenüber antikommunistisch orientierten Teilen der SPD: "Um eine breite Mobilisierung auch der Sozialdemokraten zu erreichen, muß ein *neutraler* Träger des 1. Mai gefunden werden." (46) Der politischen Notwendigkeit der Aktionseinheit als der Zusammenarbeit unterschiedlicher, sich je offen definierender Kräfte zum gemeinsamen Ziel des antikapitalistischen Kampfes wird der Abschied gegeben, gefordert wird der "Kompromiß beiderseitiger Interessen", konkret: der objektiv antikommunistische Wunsch nach Rückzug der SEW als *Partei* aus der Kampagne zum diesjährigen 1. Mai.

Auf diese Weise vermittelt die Vorbereitung des 1. Mai in Westberlin 1973 auch die politische Darlegung der Funktion des "linken" Flügels der Sozialdemokratischen Partei; erbringt sie das Bild eines schon *gescheiterten* Versuches, auf dem Felde der wiedererstarkten Westberliner Arbeiterbewegung zu manövrieren, der SPD einen Rest von verlorenem Einfluß in der Westberliner Arbeiterbewegung wiederzugewinnen.

Für viele inzwischen abgegebene Stellungnahmen aus gewerkschaftlichen Organisationen, für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den sozialdemokratischen Spaltungsversuch stehe das Votum der "Zentralen Jugendgruppe der IG-Druck und Papier", in der u.a. gesagt wird:

"Die Gewerkschaftsjugend ist nach wie vor am 1. Mai auf der Straße. Jedoch sind wir der Ansicht, daß die Gründung eines Maiausschusses der Jungsozialisten eine eindeutige Spaltertätigkeit darstellt. Die Jungsozialisten haben bereits im Mai vorigen Jahres die Demonstrationsroute in Neukölln und Kreuzberg angemeldet. Seit 1971 demonstrierten dort unter dem Aufruf des Maikomitees '71 und '72 viele Westberliner Arbeiter, Gewerkschaftler, Schüler und Studenten für ihre Interessen.

44 W. Biermann, ebenda, S. 21.
45 Ders., BERLINER STIMME, 10.2.73.
46 W. Biermann, LANDES-INFO Nr. 2/73, S. 21.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß immer größere Teile der Arbeiterklasse mit ihren Forderungen am 1. Mai auf die Straße gehen. Dieser Erfolg lag vor allen Dingen in der Aktionseinheit zwischen Gewerkschaftlern, Kommunisten, Sozialdemokraten u.a.

Der Versuch der Jungsozialisten unter Führung und mit Finanzierung ihres Parteivorstandes einen eigenen Maiausschuß zu gründen, heißt, diese Aktionseinheit zu zerstören. Diese Regierungspartei ließ es zu, daß im letzten Jahr diverse Betriebe aus unserem Bereich geschlossen wurden. Sie finanzierte gesunde Pleiten mancher Unternehmer und bescherte uns zu Beginn des Jahres weitere Preissteigerungen.

Diese Partei, die sich verstärkt gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften ausspricht, versucht den 1. Mai, den Kampftag der Arbeiterklasse, für ihre Zwecke zu mißbrauchen."

* * *

Alle Verbote, alle Disziplinierungsversuche zur Durchsetzung der Spaltungsmanöver von seiten der Westberliner SPD- und DGB-Spitze ändern nichts daran – bedingen in gewisser Weise sogar –, daß sich gegen den Einfluß des Opportunismus und Revisionismus das Klassenbewußtsein und damit die Kampfbereitschaft der Westberliner Arbeiterklasse zunehmend entwickelt. Ausdruck dieser Entwicklung ist ohne Zweifel auch die diesjährige Aktionseinheit in der Kampagne zum 1. Mai.

Die Mobilisierung für eine Massenbeteiligung an den Veranstaltungen zum 1. Mai erfährt dabei nicht zuletzt auch eine Unterstützung in den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen. Gerade im Bereich der IG Druck und Papier zeigte sich beispielhaft die Bereitschaft, den Preissteigerungen eine kämpferische Aktivität für den notwendigen Ersatz der Arbeitskraftkosten entgegenzusetzen. Die hier gewonnenen Erfahrungen in einer Gewerkschaft mit relativ hohem Organisationsgrad bleiben nicht ohne Auswirkung auf die Kampfbereitschaft in den gewerkschaftlichen Bereichen, in denen die Tarifauseinandersetzungen noch ausstehen (wie etwa in der IG Chemie).

An dieser Stelle wird nun auch deutlich, daß die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung und damit des 1. Mai in Westberlin nicht spekulativ, sondern als ein in seinen inneren Momenten dialektischer Prozeß zu bestimmen ist. Die bewußt organisierte und organisierende Arbeit der Partei der Arbeiterklasse ist unabdingbar für die Stärkung der Arbeiterbewegung, diese aber selbst wieder Voraussetzung für eine Stärkung der Partei. Stand am Beginn der Maikampagne das Verbot der sozialintegrationistischen Gewerkschaftsspitze, über den engen Rahmen der denkwürdigen Saalveranstaltung hinauszugehen, so zwingen diese spezifischen historischen Bedingungen in Westberlin dazu, eine Mobilisierung für Arbeiterinteressen zum 1. Mai auf keinen Fall außerhalb der Gewerkschaften, aber doch zu einem gewissen Grad gegen die opportunistisch befriedeten Gewerkschaftsspitzen zu betreiben. Dennoch hatte die Aufklärungs-und agitatorische Arbeit sich nicht auf diese bereits überlebte Position zu richten, sondern das Interesse der Arbeiterklasse und ihrer Bündnispartner im Kampf gegen ihren Hauptgegner, den staatsmonopolistischen Kapitalismus, zu formulieren. Und nur in diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß sich im Rahmen der Maikampagne immer mehr offizielle Gewerkschaftsorganisationen (so etwa aus den Bereichen der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Nahrung, Genußmittel und Gaststätten u.a.) der politischen Entmündigung entzogen und ihre Unterstützung für das Maikomitee darlegten.

Dies zeigt auch, daß das Verhältnis von Mitgliedermassen und Gewerkschaftsführung nicht in sektiererischer Weise statisch gefaßt werden kann (als seien Gewerkschaftsspitzen bereits qua Funktion zu den sichtbar gewordenen politischen Verhaltensweisen gezwungen). Eine effektive Durchsetzung der objektiven Interessen der Arbeiterklasse wird in dem Maße zunehmen, wie es gelingt, den Widerspruch zwischen den Mitgliedern und der Spitze im Wege der Durchsetzung der Arbeiterforderungen auf allen Ebenen der Gewerkschaften aufzuheben. Wesentliches Ziel und Resultat der Kampagne zum 1. Mai ist daher auch die Stärkung der Gewerkschaften als zahlenmäßig größter Klassenorganisation der Arbeiter.

Die Tätigkeit eines Komitees zur Vorbereitung des 1. Mai ist aus diesen Gründen nicht als die eines selbständig handelnden politischen Organs, als *Ersatz* für eine konsequente Partei- und Gewerkschaftsarbeit, zu sehen. Der Versuch einer Bestimmung des Verhältnisses von vereinheitlichender, aber auf den bestimmten Termin des 1. Mai fixierten Kampagne und der allgemeinen Klassenbewegung wird daher davon auszugehen haben, daß hier zunächst der Ort der Manifestation der *vorhandenen* Aktionseinheit in Betrieben und Gewerkschaften gegeben ist. Eine Kampagne dieser Art kann nur soweit erfolgreich sein, als sie auf der vorhandenen organisierenden und mobilisierenden Arbeit fußen kann, wobei gleichzeitig diese Arbeit wesentlich vorangetrieben wird durch eine erfolgreiche Manifestation von Arbeiterinteressen am 1. Mai.

Autorenkollektiv
Redaktion SOPO

KONSEQUENT

"Es versteht sich, daß keine abstrakte akademische Theorie betrieben werden soll, sondern diese Zeitschrift vielmehr als politisches Kampfblatt fungieren will ..."
(Aus dem Vorwort von KONSEQUENT Nr. 1).

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

SONDERHEFT I
Erich Hahn
Materialistische Dialektik und Klassenanalyse
DM 3,– im Buchhandel oder vom Verlag

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

Sozialistische Demokratie in der DDR

Zur Begründung und Realisierung sozialistischer Demokratie als Problem der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Im Folgenden soll versucht werden, einen Beitrag zur Diskussion einzelner wesentlicher, bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft auftretender Probleme zu liefern.
Unmittelbarer und konkreter Anlaß dazu ist ein kürzlich veröffentlichter Aufsatz (1), dessen Verfasser ihn zwar nicht als „Dispositionen für eine DDR-Analyse" (2) verstanden wissen will, gleichzeitig aber hinsichtlich der von ihm gemachten Aussagen den Anspruch stellt: „Sie geben Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR wieder." (3)
Der Umfang der folgenden Bemerkungen ist dadurch eingeschränkt, daß es uns unmöglich erscheint, an dieser Stelle alle anstehenden Fragen zum Komplex ‚Entwickelte sozialistische Gesellschaft' zu behandeln. Im Mittelpunkt stehen vielmehr Fragen der Begründung und Realisierung sozialistischer Demokratie, wie sie sich im Zusammenhang mit den Problemen der sozialistischen Rationalisierung, der Neuerer- und Rationalisatorenbewegung sowie dem sozialistischen Wettbewerb stellen. Dieser Problemkreis wurde u.a. deshalb gewählt, weil er einerseits Gegenstand breit angelegter und intensiver Diskussionen im Rahmen der Vorbereitung und Auswertung des VIII. Parteitages der SED sowie der Diskussionen auf dem Parteitag selbst war. Andererseits kommt diesem Thema – dies soll auch an einigen Ausführungen des Rabehlschen ‚Reiseberichts' deutlich gemacht werden – immer größere Bedeutung in der Auseinandersetzung innerhalb der westdeutschen und westberliner Linken um Fragen der sozialistischen Gesellschaft in der DDR zu.

In Artikel 21 der zweiten, sozialistischen Verfassung der DDR heißt es: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der sozialistischen Gemeinschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten. Es gilt der Grundsatz „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!" (4); in einem Kommentar wird dazu erläuternd ausgeführt: „Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung als das entscheidende Grundrecht der Bürger

1 Vgl. B. Rabehl: „Eine Reise in die DDR", in: KURSBUCH 30, Dezember 1972, S. 37-49.
2 Ebenda, S. 38.
3 Ebenda.
4 K. Sorgenicht u.a. (Hrsg.): VERFASSUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (Dokumente und Kommentare), Berlin 1969, Bd. 2, S. 45.

bringt am sichtbarsten die neue Stellung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft zum Ausdruck, seine Rolle als bewußter und schöpferischer Gestalter des Lebens der Gesellschaft und damit seines eigenen Lebens." (5)

Wird die Losung ‚Arbeite mit, plane mit, regiere mit!' aber nicht nur als in der Verfassung fixierter Grundsatz verstanden, sondern vielmehr als Ausdruck der in allen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft vorhandenen *Möglichkeit* und *Notwendigkeit* der Realisierung der sozialistischen Demokratie, so sind vorweg einige wesentliche Bestimmungen zu treffen (6).

Bürgerliche und sozialistische Demokratie

Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß die Realität der Demokratie vor allem von der ökonomischen und sozialen Ordnung der Gesellschaft bestimmt wird; oder um mit Lenin zu sprechen: „In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen ..." (7) Diese Aussage besagt nichts anderes, als daß eine gesellschaftsindifferente, klassenneutrale Demokratie unmöglich ist. Bedeutet bürgerliche Demokratie Herrschaft der Bourgeoisie über die Werktätigen, so bedeutet sozialistische Demokratie politische Herrschaft der Arbeiterklasse, Demokratie für die Werktätigen, Unterdrückung aller antisozialistischen Kräfte. Neben dieser Bestimmung des Klassencharakters der Demokratie als Form der Ausübung politischer Herrschaft ist in diesem Zusammenhang eine weitere wesentliche Bestimmung sozialistischer Demokratie vorzunehmen: „Die bürgerliche Demokratie war, ist und bleibt, solange sie existiert *eine* der möglichen Formen, in denen die Bourgeoisie ihre Macht verwirklicht; sie war, ist und bleibt somit eine Form der Diktatur der Bourgeoisie ... Die sozialistische Demokratie hingegen ist die notwendige und *einzig mögliche* Form, in der die die Produktionsmittel und die Macht besitzende Arbeiterklasse ihre Herrschaft ständig realisieren kann und muß. Gerade deshalb sind Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie identisch." (8)

Ist die Demokratie – als gesellschaftliche Erscheinung, als Moment der politischen Verhältnisse – letztlich durch die Produktions- und Klassenverhältnisse und die ihnen zu

5 Ebenda, S. 47.

6 Dies ist u.a. erstens deshalb notwendig, weil die ökonomische, somit klassenmäßige Begründung des Charakters von ‚Demokratie im allgemeinen' unerläßlich für die Diskussion der Realität sozialistischer Demokratie im besonderen ist. Zweitens ist dies im konkreten Fall der Kritik des Rabehlschen Reiseberichts deshalb von Nöten, um diesen auf sein teilweise abstraktes und diffuses Demokratieverständnis hinzuweisen. Sieht er doch in der DDR „Methoden der kapitalistischen Mehrwertproduktion", „Formen der relativen Mehrwertproduktion", „Entfremdung" – „Kurz: verstärkte (!) Ausbeutung" (Rabehl, a.a.O., S. 39f); andererseits stellt er aber wohlwollend fest, daß trotz der so – anhand für die Analyse kapitalistischer Produktion konstitutiver Kategorien – skizzierten Produktion in den sozialistischen Betrieben der DDR in bestimmten „Formen der Mobilisierung der Arbeiter (wie sozialistischen Wettbewerb, Plandiskussion etc., A.E.) Elemente einer sozialistischen Gesellschaft enthalten sind." (ebenda) – Das Dilemma ist da. Es zu überwinden, dazu sollen folgende Bemerkungen dienen .

7 W.I. Lenin: „Staat und Revolution"; in: AUSGEWÄHLTE WERKE, Bd. II, Berlin 1966, S. 392.

8 H. Harmel/W. Loose: „Arbeiterklasse und sozialistische Demokratie"; in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE (DZfPH), Heft 4/1971, S. 501.

Grunde liegenden objektiven Gesetzmäßigkeiten der jeweiligen Gesellschaft bestimmt, so ist zu fragen, welche objektiven Faktoren als Begründung dienen können, ...von der sozialistischen Demokratie als Wesensmerkmal und Lebenselement der sozialistischen Gesellschaft und ihrer politischen Organisation" (9) zu sprechen.

Die sozialistische Gesellschaft ist bekanntlich keine klassenlose Gesellschaft, sie ist eine Klassengesellschaft neuen Typs. D.h.: „Unmittelbar mit dem Sieg der sozialistischen Revolution verschwindet der Klassenantagonismus (der bürgerlichen Gesellschaft; A.E.) noch nicht, doch seine Seiten tauschen die Plätze: Die zuvor unterdrückten Klassen werden zu herrschenden. Dies ist aber nicht bloß der Übergang des einen Gegensatzes in einen anderen, wie sich seinerzeit Hegel die Dialektik von Sklave und Herr vorstellte. Die Verwandlung des Proletariats in die herrschende Klasse bedeutet eine prinzipielle Veränderung im Charakter des Staates, denn das Proletariat nutzt die Macht nicht, um die eigene Klassenherrschaft zu verewigen, sondern, um zur klassenlosen Gesellschaft überzugehen." (10)

Wir gehen davon aus, daß auch in der sozialistischen Gesellschaft ein untrennbarer Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Macht besteht, daß die politische Macht der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse ihr Fundament in ihrer ökonomischen Macht, im gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln, in den sozialistischen Produktionsverhältnissen hat. Die so zu begründende Einheit von ökonomischer und politischer Machtausübung der Arbeiterklasse ist hier im Zusammenhang mit der weiter oben gemachten Feststellung zu sehen, die sozialistische Gesellschaft sei als eine Klassengesellschaft zu charakterisieren. Wird die sozialistische Demokratie weiter als einzig mögliche Form der Realisierung der Herrschaft der Arbeiterklasse bestimmt, so schließt sich daran unmittelbar die Frage nach der Rolle der sozialistischen Demokratie bei der Gestaltung des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Klasse der Genossenschaftsbauern und zu den anderen Schichten an. Das Verhältnis der Klassen zu einander und zur Staatsmacht hat seine Grundlage in den ökonomischen Verhältnissen, der Klassenstruktur und in der Rolle der Klassen bei der Gestaltung der entwickleten sozialistischen Gesellschaft. Im Sozialismus sind die Werktätigen in ihrer Gesamtheit kollektive Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel, sie sind im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters Produzent und Eigentümer zugleich. Sie verwirklichen diese ihre Eigentümerfunktion kollektiv im sozialistischen Staat als der politischen Organisation aller Werktätigen (11).

Unter dem Aspekt der Einheit von Diktatur des Proletariats und sozialistischer Demokratie folgt daraus der Zusammenhang von Erhöhung der führenden Rolle der Arbeiterklasse beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Bezüglich des Verhältnisses der Arbeiterklasse zu den anderen Werktätigen heißt dies: „Die Durchsetzung der gesetzmäßig gewachsenen Führungsrolle der Arbeiterklasse, ... (die) Höherentwicklung des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen werktätigen Schichten sowie die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie sind ... sich wechselseitig bedingende und fördernde Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung." (12)

9 Ebenda, S. 500.

10 G. Glesermann: „Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus"; in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Heft 3/1972, S.382.

11 Vgl. Artikel 1 u. Artikel 2 der Verfassung der DDR; in: Sorgenicht u.a. (Hrsg.), a.a.O., Bd. 1, S. 215 bzw. S. 237.

12 J. Becher u.a.: „Das Wesen der sozialistischen Demokratie und ihre Rolle in der Wirtschaft"; in: DZfPH, Heft 8/1972, S. 960.

Die sozialistische Demokratie verkörpert damit das Gesamtsystem der Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern und den anderen werktätigen Schichten; die *sozialistische Bündnispolitik* der Arbeiterklasse ist daher *Realisierungsbedingung der sozialistischen Demokratie.*

Exkurs: Zur Bündnispolitik der Arbeiterklasse und ihrer Partei seit 1945

Wie die Klassiker des Marxismus-Leninismus entwickelt haben (13) – und die Geschichte der Arbeiterbewegung hat dies deutlich bewiesen – ist die Bündnispolitik eines der wichtigsten Elemente der Strategie und Taktik jeder marxistisch-leninistischen Partei. „Zwei große Vorteile waren es vor allem, die eine erfolgreiche Bündnispolitik der SED vom Beginn des Kampfes um antiimperialistische Demokratie und Sozialismus ermöglichten: Erstens trat unmittelbar nach der Zerschlagung des Faschismus mit der KPD eine marxistisch-leninistische Partei vor die Arbeiterklasse, die sich auf die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus und die reichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, vor allem der KPdSU stützte. (...) Der zweite große Vorteil ... bestand in der Anwesenheit der ersten sozialistischen Armee und ihrer marxistisch-leninistischen Kader ..." (14) Aufgrund der exakten Analyse der damaligen Lage in Deutschland war die wesentlichste strategische und taktische Schlußfolgerung die, daß die sozialistische Revolution nicht unmittelbar auf der Tagesordnung stand. Die vorrangige Aufgabe war vielmehr die Herstellung, Festigung und organisatorische Höherentwicklung der Einheitsfront der Arbeiterklasse, die mit der Vereinigung von KPD und SED im April 1946 eine neue Qualität erhielt. Darauf aufbauend wurde die Herstellung eines breiten Bündnisses aller antifaschistischen, antimonopolistischen Klassen und Schichten zum Sturz des Monopolkapitals als der Hauptstütze von Faschismus und Militarismus, zum Aufbau antifaschistisch-demokratischer Machtorgane in Angriff genommen. Aufgrund ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Bedeutung wurde die Bauernschaft im Kampf um die politische Macht zum wichtigsten Bündnispartner der Arbeiterklasse. „Das Klassenbündnis der geeinten Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern war die Kernfrage der Bündnispolitik." (15) Die im Oktober 1949 vorgenommene Gründung der DDR, die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs, die erfolgreiche Fortführung der Blockpolitik aller antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie der Aufbau des volkseigenen Sektors in der Wirtschaft und der sozialistischen Planwirtschaft trugen wesentlich zum Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED bei,"..... daß in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird." (16) Wichtige Etappen der folgenden Periode waren z.B. die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Produktionsgenossenschaften des Handwerks, wobei sich diese sozialistischen Umgestaltungen in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft nicht selten in harten Klassenkämpfen vollzog. Erfolgreich konnten diese Umgestaltungen nur unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, durch eine konsequente Bündnispolitik mit den in der Nationalen Front vereinten Parteien und Massenorganisationen durchgeführt werden. Auch die seit 1971 durchgeführte Sozialisierung ehemaliger Komplementär- und Privatbetriebe, die zu

13 Vgl. hierzu: R. Steigerwald: „Fragen der Bündnispolitik im Werke von Marx, Engels und Lenin"; in: MARXISTISCHE BLÄTTER, Heft 5/1972, S. 11-19.
14 H. Hümmler: „Die Bündnispolitik der SED beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus"; in: ebenda, S. 56f.
15 Ebenda, S. 58.
16 Vgl. W. Ulbricht: „Referat auf der 2. Parteikonferenz der SED vom 9. bis 12. Juni 1952 in Berlin"; in: ders.: ZUR SOZIALISTISCHEN ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT SEIT 1945, Berlin 1960, S. 359.

verstärkten Diffamierungen in der bürgerlichen Presse der BRD Anlaß gab (17), ist Ausdruck dieser Politik. Als Ergebnis dieses Prozesses sind „... mehr als 11 000 neue volkseigene Betriebe ... entstanden. In ihnen erzeugen 585 000 Werktätige eine jährliche Warenproduktion von gegenwärtig rund 27 Mrd. Mark." (18) Sieht sich Rabehl diesen Prozeß, der in intensiven Diskussionen gerade auf Tagungen der demokratischen Parteien mitvorbereitet wurde, an, „... so bietet sich (ihm) das seltsame Bild, daß Exponenten der bürgerlichen Klasse sich für die Abschaffung ihrer Klasse einsetzen" (19). Nur übersieht er dabei, daß die Frage: Wer - Wen? in der DDR schon lange entschieden ist. Die vorgenommene Ausweitung des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft (er erzeugt z.B. knapp 99 % des gesellschaftlichen Gesamtprodukts), als Ausdruck der Kontinuität in der ökonomischen Entwicklung, in der Stabilisierung der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist eben deshalb möglich, weil die Arbeiterklasse Träger des Wirtschaftsprozesses ist, weil ihre Partei auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die gesellschaftliche Entwicklung zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft leitet. Die Stabilität der politischen Macht der Arbeiterklasse erlaubt es z.B. des weiteren, die ehemaligen Komplementäre, soweit die fachlichen und politischen Voraussetzungen gegeben sind, in verantwortlichen Funktionen der sozialistischen Wirtschaft arbeiten zu lassen.

Alle diese Erfolge sowie die Führung der zu ihrer Erringung notwendigen harten Auseinandersetzungen zeugen von der Richtigkeit der von der Arbeiterklasse und ihrer Partei angewendeten Prinzipien der Bündnispolitik im Sozialismus. Diese Politik heißt eben nicht, „daß auch diese Form der Volksdemokratie dazu beiträgt, die Arbeiterklasse von den politischen Entscheidungen fernzuhalten" (20). Die Herausbildung eines wichtigen Kriteriums der entwickleten sozialistischen Gesellschaft – die Überwindung der vorhandenen Unterschiede zwischen den befreundeten Klassen und Schichten – fußt gerade auf der ökonomischen und politischen Führungsrolle der Arbeiterklasse, der ihr entsprechenden Bündnispolitik, die den objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung voll entspricht. „In der vor uns liegenden Periode wird sich das bewährte Bündnis der sozialen und politischen Kräfte unserer Gesellschaft unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei weiter festigen. Das entspricht den gemeinsamen Lebensinteressen der Arbeiterklasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, der sozialistischen Intelligenz und der anderen werktätigen Schichten." (21)

Realisierung der sozialistischen Demokratie in der DDR

Aus der weiter oben entwickelten Einheit von Diktatur des Proletariats, sozialistischer Demokratie und politischer Führung der Werktätigen durch die Arbeiterklasse resultiert die Bestimmung der Entwicklung der sozialistischen Demokratie als bewußt zu gestaltenden Prozeß des Wechselverhältnisses von marxistisch-leninistischer Partei, Arbeiterklasse und Werktätigen. „Die sozialistische Demokratie ist nicht nur eine sich mit der Diktatur des Proletariats gesetzmäßig herausbildende Verkörperung eines bestimmten Entwicklungsstandes, sondern sie ist gleichzeitig – und in einem wesentlich höherem Maße –

17 Als Beispiel soll folgendes Zitat dienen: „(Damit) sind alle Überbleibsel der einstmals florierenden Wirtschaft Mitteldeutschlands getilgt." (P. Hort: „Die Genossen sind ratlos"; in: FAZ vom 2. 12. 72, S. 19.)
18 G. Mittag: „Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED"; in: NEUES DEUTSCHLAND vom 7. 12. 72, S. 3.
19 Rabehl, a.a.O., S. 46.
20 Ebenda.
21 E. Honecker: „Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED"; in: PROTOKOLL DER VERHANDLUNGEN DES VIII. PARTEITAGES DER SED vom 15. bis 19. Juni 1971 in Berlin, Berlin 1971, Bd. 1, S. 81.

Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen und entscheidende politisch-soziale Form zur Durchsetzung des Gesamtsystems der objektiven Gesetze des Sozialismus im besonderen." (22) So begriffen verkörpert die sozialistische Demokratie gleichzeitig eine notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und Festigung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen, der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Es wäre nun im Folgenden zu betrachten, inwieweit man in der DDR diesen Anforderungen der Realisierung sozialistischer Demokratie gerecht wird, wobei sich die Überlegungen auf die Darstellung verschiedener Formen der Realisierung sozialistischer Demokratie in der materiellen Produktion beschränkt werden.

„Darin, daß sie gerade in der Hauptsphäre der menschlichen Tätigkeit, in der Arbeit, bei der Schaffung des materiellen Reichtums der Gesellschaft lebendig wird, besteht ein wichtiges Kriterium sozialistischer Demokratie ..." (23) Gesetzlich fixiert wurden die Normen und die Rechte und Pflichten der Institutionen der innerbetrieblichen Demokratie in der schon zitierten Verfassung sowie im Gesetzbuch der Arbeit von 1961 (24). Zu diesem Hinweis wird Rabehl sicher sagen: „Die Antwort fällt offiziell aus: Da gibt es eine Vielfalt von Verfügungen und Gesetzen ... (...) Aber es geht um mehr." (25) Letzterem ist zuzustimmen, aber nur insofern, als begriffen wird, daß, ‚Verfügungen und Gesetze' nicht nur auf dem Papier stehen, keine bloße Deklamation, sondern Ausdruck praktizierter bzw. möglicher und notwendiger Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft sind.

„Mit den neuen Eigentums- und Machtverhältnissen entstand zugleich fortschreitend *die neue Demokratie, als Wirkungserfordernis der neuen Produktionsverhältnisse,* als deren Ausdruck und gleichzeitige Bedingung ihres sozialistischen Wesens." (26) In diesem Zitat kommt zum Ausdruck: *Erstens* wird wirkliche Demokratie für die Werktätigen erst dann möglich, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht errungen hat, die Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes übernommen sind, wenn die Diktatur des Proletariats errichtet ist. *Zweitens* ist die sozialistische Demokratie notwendiges Erfordernis für die weitere Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und die Entfaltung der Produktivkräfte durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, zur Schaffung der Grundlagen für den erfolgreichen Übergang zur höheren Stufe des Kommunismus.

Die Realisierung sozialistischer Demokratie wurde in der DDR seit deren Gründung als eine solch vordringliche Aufgabe angesehen und angegangen. (27) Es wurden verschiedene Formen demokratischer Aktivität, des schöpferischen Handelns und der bewußten Teilnahme der Arbeiterklasse an der Planung und Leitung der Produktion entwickelt.

22 Becher, a.a.O., S. 962.
23 H. Luft/J. Rittershaus: „Demokratie und Ökonomie"; in: EINHEIT, Heft 12/1972, S. 1593.
24 Vgl. „Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik (Auszüge)"; in: DAS SYSTEM DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFTS- UND STAATSORDNUNG IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK – DOKUMENTE, Berlin 1970, S. 618-653.
25 Rabehl, a.a.O., S. 38f..
26 G. Haney: DEMOKRATIE – WAHRHEIT, ILLUSIONEN UND VERFÄLSCHUNGEN, Frankfurt/Main 1971, S. 170.
27 Ein kurzer Überblick über die Entwicklungsetappen sozialistischer Demokratie in der DDR findet sich bei: G. Fülbert: „Zum Verhältnis von institutionalisierter Norm und Realisierung sozialistischer Demokratie in der DDR unter besonderer Berücksichtigung der VEB und des kommunalen Bereichs"; in: DAS ARGUMENT 76, Dezember 1972, S. 751-769 (besonders: S. 751-756).

Daß es dabei zeitweise zu Widersprüchen und Hemmnissen kam, lag größtenteils in objektiv bedingten ökonomischen und politischen Erfordernissen begründet, denen sich die DDR in den fünfziger Jahren gegenübergestellt sah. Die Geschichte der DDR hat aber, trotz verschiedener Rückschläge im genannten Zeitraum, bewiesen, daß Demokratie für die Werktätigen erst im Sozialismus möglich wird; die erfolgreich in Angriff genommene weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft basiert wesentlich auf dem erreichten Wirkungsgrad sozialistischer Demokratie. Aber: „So groß und überzeugend der Fortschritt aus historischer Sicht ist, den die Entfaltung der sozialistischen Demokratie unter Führung unserer Partei erreicht hat, so wichtig ist es zu begreifen, daß deren Entwicklung kein einmaliger Akt ist, daß die Gewinnung der Werktätigen für die aktive Teilnahme an Planungs- und Leitungsprozessen sowie ihrer Durchsetzung und das Bewußtmachen dieser Aktivität als wichtige Seite ihrer politischen Machtausübung eine ständige Aufgabe ist." (28)

Diesen grundsätzlichen Erfordernissen entsprachen auch die Diskussionen, die in der Vorbereitung und Auswertung des VIII. Parteitages der SED sowie auf dem Parteitag selbst geführt wurden. Im Folgenden sollen einige – im oben erwähnten Rahmen gemachte – grundsätzliche Ausführungen und Hinweise auf vorhandene Mängel in der Realisierung sozialistischer Demokratie wiedergegeben werden.

Die Rolle der sozialistischen Demokratie – in ihrer Einheit von demokratischen Institutionen, gesellschaftlichen Beziehungen und bewußtem Handeln – wurde bei der Ausarbeitung der zentralen Aufgaben des gegenwärtigen Fünfjahrplanes sowie in der Diskussion der mittlerweile schon erzielten Erfolge immer wieder betont.

Besondere Bedeutung bei der Erfüllung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes erlangen solche Formen sozialistischer Demokratie wie die Neuerer- und Rationalisierungsbewegung sowie der sozialistische Wettbewerb zunehmend an Bedeutung. Die Erhöhung der Arbeiterproduktivität, die Intensivierung der Produktion sowie die damit verbundene Durchführung der sozialistischen Rationalisierung sind ohne die Förderung der Masseninitiativen und der vielfältigen demokratischen Aktivitäten, ohne das bewußt schöpferische Mitwirken der Werktätigen nicht möglich. Dabei ist vorrangig zu beachten, daß diese Fragen nicht rein ökonomischer und produktionstechnischer Natur sind; vielmehr gilt es ihren politischen und ideologischen Charakter verstärkt in den Vordergrund zu heben. Entsprechend dieser Orientierung ist auch der Platz der sozialistischen Rationalisierung in der Wirtschaftspolitik zu bestimmen; ihre Kennzeichnung als erstrangige politische Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung wurde mehrfach auf dem letzten Parteitag der SED hervorgehoben (29). Denn: „Je besser jeder einzelne den ökonomischen Inhalt der Rationalisierung politisch verstanden hat, desto wirksamer wird er im Kollektiv seine konkrete arbeitsteilige Aufgabe lösen und so die Wirkungsweise des Gesamtsystems der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus beeinflußen." (30) Das Programm der sozialistischen Rationalisierung wird in umfassender Art und Weise angegangen. Es geht dabei um die bessere Auslastung der Technik, um die wissenschaftliche Organisation der Arbeit; des weiteren betrifft das notwendige Aufdecken aller vorhandenen betrieblichen Reserven auch die Aufgabe der Einsparung von Material und Energie zur Senkung der Kosten bei gleichzeitiger Hebung der Qualität der Produkte. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach Einsparung von Arbeitsplätzen, was gerade in der DDR, die ja bekanntlich unter chronischem Arbeitskräftemangel leidet, eine erhebliche Anforderung an die politische und ideologische Ar-

28 Luft/Rittershaus, a.a.O., S. 1592.
29 Vgl. Honecker, a.a.O., S. 69.
30 Becher u.a., a.a.O., S. 962.

beit von Partei und Staat gegenüber den Werktätigen bedeutet. „Oft ist der Schrei nach zusätzlichen Arbeitskräften lauter als der viel berechtigtere Ruf nach rascher Rationalisierung." (31) Daher ist es notwendig, „die Rationalisierung konsequenter bis zur Einsparung von Arbeitskräften und bis zur planmäßigen Gewinnung dieser Werktätigen für die bessere Auslastung schon vorhandener moderner Technik in eigenen oder in anderen Betrieben zu führen." (32) Umgekehrt heißt das: neue Arbeitsplätze dürfen nur geschaffen werden, wenn durch Rationalisierung, Mechanisierung und Automatisierung der Produktion, durch Einsparung von Verwaltungskräften die Zahl der Arbeitsplätze entsprechend verringert würde.

Eine wichtige Form demokratischer Aktivität der Werktätigen, die in die Durchführung der sozialistischen Rationalisierung zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität einbezogen werden muß, ist der sozialistische Wettbewerb. Dazu dient z.B. auch das Aufstellen ‚persönlicher Pläne' (33) als konkrete Zielstellung des einzelnen Arbeiters zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben. Notwendige Voraussetzung dazu ist aber z.B. die genauere Aufschlüsselung der zentralen Pläne, damit jeder Arbeiter für seinen jeweiligen Arbeitsbereich die genaue Anzahl der zu erzeugenden Produkte in einem bestimmten Zeitabschnitt, den geplanten Zeitaufwand bzw. die vorgegebenen Normstunden, die geplante Qualität der Erzeugnisse sowie die möglicherweise auftretenden Kosten für Nacharbeit und Ausschuß kennt. Die Aufstellung persönlicher Pläne, in denen die wachsende politische Verantwortung des einzelnen Arbeiters und der Kollektive für die Planung und Leitung des Betriebes und für ihre Arbeitsergebnisse zum Ausdruck kommt, ist in ihrem Wesen eine auf den konkreten Arbeitsplatz bezogene differenzierte Wettbewerbsführung. Um diese Initiative fördern zu können, ist eine bessere Information der Werktätigen durch die Betriebsleitung sowie eine häufigere Rechenschaftslegung der Leiter gegenüber den Belegschaften notwendig. "Von allen Leitern und Wirtschaftsfunktionären erwartet unsere Partei, sich stets der Tatsache bewußt zu sein, daß sie ihren gesellschaftlichen Auftrag aus den Händen der Arbeiterklasse erhalten haben und ihr rechenschaftspflichtig sind." (34)

Die Erfüllung dieser grundsätzlichen Pflicht der Leiter ist notwendige Voraussetzung für die dauernde Realisierung sozialistischer Demokratie, für die Quantität und Qualität demokratischer Mitgestaltung durch die Werktätigen. Dies bedeutet keinesfalls den Abbau des Prinzips der Einzelleitung und der persönlichen Verantwortung, sind diese beiden Momente doch gerade Ausdruck und Repräsentanz sozialistischer Demokratie, Ausdruck sozialistischer Herrschaftsverhältnisse. Die Verbindung der Qualifizierung der zentralen Leitung und Planung mit der schöpferischen Aktivität der Werktätigen bedeutet nichts anderes als die konsequente Verwirklichung des Leninischen Prinzips des demokratischen Zentralismus (35). Die demokratische Masseninitiative, die bewußte Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung kommt aber nur dann zum Zuge, sobald die Arbeiter

31 O. Schmidt (Brigadier in der Warnow-Werft Warnemünde); in: NEUES DEUTSCHLAND vom 12. 12. 72, S. 3.

32 E. Honecker: „Schlußwort auf der 8. Tagung des ZK der SED"; in: NEUES DEUTSCHLAND vom 8. 12. 72, S. 3.

33 Vgl. „Was zählt der persönliche Plan in unserem Wettbewerb?"; in: NEUES DEUTSCHLAND vom 12. 12. 72, S. 3.

34 Honecker: „Bericht des Zentralkomitees...," a.a.O., S. 78.

35 „Heute fordert die gleiche Revolution, eben im Interesse ihrer Entwicklung und Festigung, eben im Interesse des Sozialismus, die unbedingte Unterordnung der Massen unten den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses. (...) Je

um ihre demokratischen Rechte wissen. Deshalb ist es auch eine ständige Aufgabe der Partei, der Gewerkschaften und gerade der Betriebsleiter, den Werktätigen ihre Rechte darzulegen, das Bewußtsein von der Verantwortung, die diese als Produzenten und Eigentümer haben, zu heben. Mit anderen Worten: die Werktätigen müssen an ihren eigenen Erfahrungen erleben und lernen, daß ihre Meinung, ihre Vorschläge, ihre Initiative geradezu herausgefordert werden. Der Wettbewerb ist so zu organisieren, daß jeder ihn versteht und seine konkreten Aufgaben kennt; die Aufgaben und Ergebnisse müssen überschaubar und abrechenbar sein. "Die besten Ideen werden dort geboren, wo die Kollektive über die Belange und Ziele der Produktion umfassend informiert sind ..." (36)

An dieser Stelle seien noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum sozialistischen Wettbewerb erlaubt. Häufig trifft man in Diskussionen auf ein solches Verständnis von sozialistischem Wettbewerb, das diesen folgendermaßen charakterisiert: Er sei vorrangig als ökonomische Frage zu verstehen, er hätte den Charakter vereinzelter, vorübergehender Kampagnen zur Überwindung von wirtschaftlichen Engpässen usw. usf. Dem ist entgegenzuhalten, daß sozialistischer Wettbewerb wie jede andere Form demokratischer Aktivität eine völlig neue gesellschaftliche Erscheinung ist, die es in keiner vorsozialistischen Gesellschaft gibt, da sie zutiefst dem Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse entspricht. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse als Produktionsbeziehungen von der Ausbeutung befreiter Produzenten sind allgemein Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe, was sich am unmittelbarsten im Zusammenwirken der Werktätigen im Arbeitsprozeß ausdrückt. Wird der Charakter der Kooperation der Arbeit einerseits durch den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, andererseits durch den Charakter der Produktionsverhältnisse bestimmt, so ist der sozialistische Wettbewerb als der deutlichste Ausdruck des Inhalts der neuen, sozialistischen Kooperation der Arbeit zu begreifen. Hierbei ist zu betonen, was weiter oben auch schon bezüglich der Realisierung sozialistischer Demokratie im allgemeinen gesagt wurde: die sozialistischen Produktionsverhältnisse bieten nicht nur erstmals die Möglichkeit für die Entwicklung derartiger Kooperationsbeziehungen, sondern diese sind ihrerseits für die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft objektiv notwendig, weil nur sie den gegebenen Klassenverhältnissen entsprechen. Schöpferische Masseninitiative in der Produktion in Form von Wetteifer und gegenseitiger Hilfe sind infolgedessen allgemeingültige und wesentliche Erscheinungen der gesellschaftlichen Beziehungen im Sozialismus. Da sich die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung des Sozialismus nicht spontan, sondern im Ergebnis der planmäßigen und bewußten Handlungen der gesellschaftlich vereinten Produzenten durchsetzen (37), wird die demokratische Masseninitiative der Werktätigen, z.B. in Form des sozialistischen Wettbewerbs, zu einer entscheidenden Voraussetzung und Triebkraft des gesellschaftlichen Fortschritts in den sozialistischen Ländern. Da der sozialistische Wettbewerb aber eben von Menschen organisiert und geführt werden muß, können in konkreten Einzelfällen bestimmte Erscheinungen den objektiven Erfordernissen der Produktionsverhältnisse und ihrer ökonomischen Gesetze widersprechen. Nur so ist auch die notwendige Vervollkommnung der Methoden des Wettbewerbs zur besseren Aus-

entschlossener wir jetzt für die rücksichtslose starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen für bestimmte Arbeitsprozesse, in bestimmten Momenten rein exekutiver Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein...." (W.I. Lenin: „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht"; in: a.a.O., S. 763 und S. 768f).

36 „Planmäßig produzieren, klug rationalisieren — uns allen zum Nutzen"; in: NEUES DEUTSCHLAND vom 12. 1. 73, S. 2.

37 Rabehl meint dazu: „Der Einzelne ackert für sich und baut dabei gleichsam ohne es zu merken (!) — den Sozialismus auf." (Rabehl, a.a.O., S. 43.)

nutzung der durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gegebenen Möglichkeiten zu verstehen. Zugleich aber gibt es im sozialistischen Wettbewerb objektive, nicht-antagonistische Widersprüche, die seine Entwicklung vorantreiben. Dies betrifft das Prinzip des Wetteiferns zwischen den Arbeitern bei gleichzeitiger gegenseitiger kameradschaftlicher Hilfe sowie das Verhältnis von gesellschaftlichen und individuellen Interessen als jeweilige Seiten einer dialektischen Einheit. Sie sind bedingende Faktoren des folgendermaßen zu beschreibenden Prozesses: "Als eine der wichtigsten Formen der schöpferischen Massenaktivität in der sozialistischen Produktion macht der sozialistische Wettbewerb selbst im Verlauf des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung eine Entwicklung vom Niederen zum Höheren durch." (38)

Die Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs, die darin zum Ausdruck kommende gesellschaftliche Initiative der Werktätigen wird auch in der DDR noch oft durch mangelnde Qualität der staatlichen und wirtschaftsleitenden Tätigkeit gehemmt. Davon ausgehend wurden die Gewerkschaften dazu aufgefordert, ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf diesen Bereich zu richten, denn nicht selten werden die Werktätigen auch hier mit mangelnder Information über die tatsächlichen notwendigen gesellschaftlichen Erfordernisse konfrontiert. "Nicht selten gehen Informationen über die Köpfe der Menschen hinweg, nicht selten will man die Arbeiter von etwas überzeugen, von dem sie längst überzeugt sind, anstatt sie mit konkreten Aufgaben und den damit verbundenen Problemen vertraut zu machen. (...) Je komplizierter und vielgestaltiger der Reproduktionsprozeß und die volkswirtschaftlichen Verflechtungen der Betriebe und Kombinate sind, desto umfassender, aber auch klarer müssen die Informationen sein ..." (39) Daraus ergibt sich auch, daß die Verbesserung der Informierung der Arbeitskollektive nicht nur als rein technisch-organisatorische Aufgabe angesehen werden darf, genauso wie die zu fördernde Entfaltung sozialistischer Demokratie nicht nur unter dem Aspekt der Erhöhung der ökonomischen Effektivität des jeweiligen Betriebes betrachtet werden darf. Die Notwendigkeit und der Erfolg bei der Vorgabe klarer, abrechenbarer, präziser Aufgaben und Zielsetzungen werden in den Ergebnissen einer soziologischen Studie zum Problem des Verhältnisses von Information/Qualifikation/Demokratie sichtbar (40).

In diesem Zusammenhang sei noch kurz auf die, sich auf jeder gesellschaftlichen Entwicklungsstufe neu darstellende, notwendige Einheit von ideellen, materiellen und organisatorischen Faktoren und Triebkräften der Masseninitiative verwiesen. Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben darauf hingewiesen und die Erfahrungen der sozialistischen Länder haben belegt, daß die Arbeit auf der niederen Stufe des Kommunismus (Sozialismus) noch nicht zum ersten Bedürfnis der Menschen geworden ist, daß die Entwicklung der Produktivkräfte eine volle Befriedigung aller Lebensbedürfnisse eines jeden Mitgliedes der Gesellschaft noch nicht gestatten. Deshalb und um die grundlegende Übereinstimmung von individuellen und gesellschaftlichen Interessen für jeden spürbar zu machen, ist die Nutzung der materiellen Interessiertheit und des Leistungsprinzips im Sozialismus notwendig. In diese Richtung zielt auch eine Frage Rabehls: "(Er) formuliert eine Anfrage, die sich mit dem materiellen Anreiz beschäftigt. (...) Wird nicht durch den materiellen Anreiz der private Bereich, ... die Konsumorientierung und damit (!) die Entpolitisierung gefördert? " (41) Als Antwort hierzu nur Folgendes: Der Sozialismus gewährleistet – und das ist die

38 A. Schüler: „Zu einigen Problemen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der sozialistischen Industrie der Deutschen Demokratischen Republik"; in: JAHRBUCH DES INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN – PROBLEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Bd. 2, Berlin 1959, S. 200.
39 Luft/Rittershaus, a.a.O., S. 1597.
40 Vgl. Becher u.a., a.a.O., S. 969.
41 Rabehl, a.a.O., S. 42.

Schlüsselfrage der politischen Ökonomie des Sozialismus – eine ökonomische Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft in bezug auf die Produktionsmittel, wobei es sich um eine faktische nicht um eine formale Gleichheit handelt. Die Gleichheit bei der Verteilung der Konsumtionsmittel im Sozialismus ist jedoch eine formale, keine faktische, da, wie Marx und Lenin feststellten, die Menschen hinsichtlich ihrer Begabung, Qualifikation, Lebensverhältnisse etc. noch nicht gleich sind und noch nicht gleich sein können. Dem entspricht das Prinzip 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung'. Berücksichtigt man also den Entwicklungsgrad der Produktivkräfte wie der Produktionsverhältnisse, so ist der voreilige Versuch der Verteilung der Konsumtionsmittel nach den Bedürfnissen als kleinbürgerliche 'Gleichmacherei' zu bezeichnen, wobei gerade diese schädliche, der im Aneignungsprozeß des Sozialismus objektiv begründeten Dialektik von Fähigkeit und Leistung widersprechende, Nivellierung die Entwicklung der Produktivkräfte und damit den Aufbau des Kommunismus hemmen würde. "Die Unterschätzung und Vernachlässigung materieller Anreize im sozialistischen Wettbewerb bedeutet eine Form des Sektierertums ..." (42), zumal sich die alternativ erhobenen, zumeist bloß formalen Appelle an das Bewußtsein sich aus Bequemlichkeit an den fortschrittlichsten und bewußtesten Arbeitern orientieren und damit die Massenwirksamkeit des Wettbewerbs einschränken. Um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier betont, daß sich auch das andere Extrem, Wettbewerbe quasi nur mit handfesten Prämienversprechungen ins Leben zu rufen, ebenso schädlich auswirken muß. Dadurch würde die Wettbewerbsbewegung ihres sozialistischen Inhalts beraubt, auf schlichte Prämienkontrakte reduziert; die einseitige Überbetonung des materiellen Anreizes würde dazu führen, Einzel- oder Gruppeninteressen über die gesellschaftlichen zu stellen. Daraus ergeben sich bestimmte Anforderungen an die Herstellung und stete Betonung der Wechselbeziehung zwischen der Anwendung des Prinzips der materiellen Interessiertheit und der Entwicklung sozialistischen Bewußtseins. So ist es von entscheidender Bedeutung, den Werktätigen das Wissen um wesentliche gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu vermitteln, damit ihnen die gesellschaftliche Bedeutung ihrer eigenen Arbeitsergebnisse konkret am eigenen Arbeitsplatz praktisch erfahrbar wird. "Dabei nutzt es relativ wenig, wenn z.B. in Kurzversammlungen zu bestimmten politischen Tagesfragen Stellung genommen wird, ohne hierbei direkte Verbindungen mit den Problemen des sozialistischen Wettbewerbs im jeweiligen Betrieb herzustellen, weil dadurch die konkrete Aufgabenstellung, die persönliche Schlußfolgerung für die tägliche Arbeit nicht deutlich gemacht wird. Es gilt vielmehr, den sozialistischen Wettbewerb mit politischer Zielsetzung zu führen, d.h. die ideologische Auseinandersetzung und Erziehung an Hand und im Interesse der ökonomischen Aufgaben zu führen ..." (43) Die Förderung der Weiterentwicklung solcher Persönlichkeitsmerkmale wie hohes gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein und zunehmende politisch-ideologische und fachliche Qualifikation sind wesentliche Voraussetzungen für die erfolgreiche Weiterführung bestehender Masseninitiativen. Das konsequente Verbinden all dieser Momente führt z.B. dazu, daß in der Zielsetzung schöpferischer Aktivitäten immer mehr solche Beweggründe den Vorrang gewinnen, die über rein persönliche oder gar egoistische Interessen des einzelnen Arbeiters hinausgehen und vornehmlich auf kollektive Belange gerichtet sind. Dies belegen auch verschiedene Untersuchungen, die als ein wesentliches Ergebnis festhalten: „Heute kann man bereits davon sprechen, daß das Bewußtsein von der gesellschaftlichen Tragweite des persönlichen und individuellen Handelns mehr und mehr – wenn auch in unterschiedlichem Maße – vorherrschend in der ganzen Arbeiterklasse wird." (44)

42 Schüler, a.a.O., S. 205.
43 Ebenda, S. 206.
44 I. Kurtz/D. Schmidt: „Triebkräfte schöpferischer Initiative in der sozialistischen Rationalisierung (Ergebnisse industriesoziologischer Untersuchungen)"; in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 10/1972, S. 1476.

Eine konkrete Aufgabenstellung für die Wettbewerbs- und Rationalisatorenbewegung ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben. "Jegliche Geringschätzung der Bedeutung der Arbeitsbedingungen bei der Gestaltung der entwickelten Gesellschaft ist mit den Idealen der Arbeiterklasse unvereinbar, hemmt die Entfaltung der schöpferischen Potenzen und schadet sowohl der Gesellschaft wie dem einzelnen." (45) Oft wird auf Grund mangelnder Leitungstätigkeit vorhandene Passivität der Belegschaften in dieser Frage gefördert. Begründet liegt dies meist in der Reduzierung der dialektischen Wechselbeziehung zwischen Effektivität der Produktion und Niveau der Arbeitsbedingungen auf eine einfache Ursache-Folge-Erscheinung in der Art: erst kommt die Effektivitätssteigerung der Produktion, in ihrem Gefolge dann die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Aber gerade am Faktor Arbeitsbedingungen wird der enge Zusammenhang zwischen der Befriedigung materieller Bedürfnisse und den daraus erwachsenden ideellen Triebkräften für die Entwicklung von Masseninitiativen besonders deutlich. Dementsprechend forderte auch der VIII. Parteitag der SED, "daß die Entwicklung der materiellen Produktion und die Gestaltung sozialistischer Arbeits- und Lebensbedingungen als einheitlicher Prozeß geplant und bilanziert sowie in den sozialistischen Wettbewerb einbezogen wird." (46) Zu einem anderen Problem soll hier, soweit in der Kürze möglich, noch kurz Stellung genommen werden. Rabehl fordert, "daß die Belegschaften der einzelnen Betriebe in Kooperation ... die grundlegenden Entscheidungen treffen. Der Zentralismus in der Wirtschaft muß aus den Betrieben selbst kommen." (47) Kurz: er fordert "die Rücknahme der staatlichen Funktionen und der Leitung der Betriebe ..." (48) Es dürfte aus dem bisher Gesagten klar geworden sein, daß die Unterschätzung und Vernachlässigung der Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung der Produktion dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft, den in ihm zum Ausdruck kommenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten demokratischer Aktivität der Werktätigen widerspricht. Genauso wenig ist aber eine Gegenüberstellung von Arbeiterselbstverwaltung und staatlicher Leitung mit den Interessen des Sozialismus vereinbar. Die durch das gesellschaftliche Eigentum zu einem einheitlichen Ganzen vereinigten sozialistischen Betriebe und die breite Entfaltung der Masseninitiative der ganzen Arbeiterklasse erfordern entsprechend dem Prinzip des demokratischen Zentralismus eine einheitliche staatliche Leitung. Andererseits beruhen ja die zentralen staatlichen Pläne und Beschlüsse auf der breiten demokratischen Aktivität, sie können ohne diese nicht verwirklicht werden. Aus der zu Anfang vorgenommenen Charakterisierung des sozialistischen Staates als Diktatur des Proletariats ergibt sich, daß die sozialistische Demokratie im sozialistischen Staat selbst verkörpert ist. Desweiteren sind die sozialistischen Werktätigen nicht nur in ihrer Rolle als Eigentümer, Produzenten und Konsumenten, sondern zugleich als Träger der Staatsmacht zu begreifen. "Infolgedessen bedeutet die zentrale Leitung nicht etwa eine Einengung der sozialistischen Demokratie. Im Gegenteil: Sie ist entsprechend dem Charakter des sozialistischen Staates und der Zielsetzung seiner Politik zutiefst demokratisch." (49)

Wie in der Einleitung schon bemerkt, sollten in diesem Rahmen einige grundlegende Probleme angesprochen werden, die im Zusammenhang mit Fragen der Begründung und Realisierung sozialistischer Demokratie zunehmend an Bedeutung gewinnen. Dabei konnte es nicht um eine Darstellung sämtlicher Aspekte der sicherlich umfassender zu führenden

45 Luft/Rittershaus, a.a.O., S. 1596.
46 „Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 bis 1975"; in: PROTOKOLLE ..., a.a.O., Bd. 2, S. 381.
47 Rabehl, a.a.O., S. 39.
48 Ebenda, S. 43.
49 Luft/Rittershaus, a.a.O., S. 1594.

Diskussion gehen; auch eine mehr oder weniger konkretistische Zusammenfassung von bisher – gerade in den Diskussionen vor, auf und nach dem VIII. Parteitag der SED – artikulierter Kritik an vorhandenen Mängeln der Realisierung sozialistischer Demokratie in der DDR (50) sollte nicht Gegenstand dieses Aufsatzes sein.

Die vorgenommene Kritik an einigen Ausführungen von Rabehl konnte aus den gleichen Gründen nur eine punktuelle bleiben. Die sich in seinem Reisebericht konkretisierende Beschäftigung mit dem realen Sozialismus am Beispiel der DDR zeugt zumindest davon, daß auch die 'antirevisionistische Linke' in der BRD und Westberlin angesichts der Stärke und des Einflusses der sozialistischen Länder nicht mehr an der inhaltlichen politischen Diskussion einzelner Fragen der sozialistischen Gesellschaft vorbeikommt.

Rabehl ist zuzustimmen, wenn er fordert: "Die Kritik an der DDR muß eine solidarische, die Solidarität mit ihr eine kritische sein." (51) Nur scheint uns dieser Anspruch grundsätzlich dann nicht einlösbar zu sein, sobald man die Behandlung einzelner Probleme des realen Sozialismus in einen solchen 'theoretischen Rahmen' stellt wie er in folgendem Zitat komprimiert zum Ausdruck kommt: "Wir erwarten von den sozialistischen Ländern ..., daß sie vom kapitalistischen Modell das übernehmen, woran wir selber hängen ..." (52). Daß dieses Konzept eben unfähig ist, Wesen und Erscheinungen existierender sozialistischer Gesellschaften zu begreifen und zu diskutieren, das macht Rabehls Reisebericht deutlich.

Albert Engelhardt

50 Diesem Trend verfällt zeitweise auch Fülberth in seinem ansonsten informativen Aufsatz. Vgl. Fülbert, a.a.O., S. 756-767.
51 Rabehl, a.a.O., S. 49.
52 R. Rossanda: „Die sozialistischen Länder: Ein Dilemma der westeuropäischen Linken"; in: KURSBUCH 30, Dezember 1972, S. 31. Die Redaktion des Kursbuchs bemerkt dazu wörtlich: „Wir zitieren Rossanda, weil ihr Beitrag zum Verständnis dieses Heftes unentbehrlich ist, er gibt einen theoretischen Rahmen für die folgenden fünf Berichte ab...." (ebenda, S. 36.)

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG steht links.

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG ist kritisch und konstruktiv.

Die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG kämpft auf der Seite des demokratischen Fortschritts.

Sie müssen die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG kennenlernen!

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch:
Monitor-Verlag GmbH
4 Düsseldorf,
Oststr. 154, Postfach 5707

► Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei ◄

horizont

horizont gibt Informationen, die Sie brauchen

die sozialistische Wochenzeitung für internationale Politik und Wirtschaft aus der DDR

Mit "horizont" bietet sich Ihnen eine wichtige Informationsquelle, die es ermöglicht, internationale Zusammenhänge besser zu erkennen und einzuschätzen.

horizont bringt für Sie jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt,
Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten,
Analysen des Weltgeschehens und der Weltwirtschaft, Interessantes und Sensationelles aus allen Kontinenten.

horizont erscheint im Berliner Verlag, Berlin, Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik

Bitte Probeexemplar anfordern. Senden Sie den Kupon an Berliner Verlag, 102 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

horizont ist erhältlich in: das europäische buch, 1 Berlin 12, Knesebeckstr. 3

Wünschen Sie ein Abonnement (Jahresabonnement 52,– DM zuzügl. Versandspesen), senden Sie den Kupon bitte an
Gebr. Petermann, Buch- und Zeitung International
1 Berlin 30, Kurfürstenstr. 11

Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplares

Ich möchte "horizont" im Abonnement beziehen
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Name, Vorname .....

Postleitzahl, Wohnort .....

Straße, Hausnummer .....

Diskussion, Besprechung

Widersprüche im „Kapital" oder kapitalistische Widersprüche ? *

Worin liegt die "Raffiniertheit dialektischer Theoriebildung generell begründet"? "Darin nämlich, daß solche Theorien, die lediglich falsche Theorien sind und diese ihre eigene Falschheit in ihrem begrifflichen Instrumentarium sogar selber zum Ausdruck bringen, plötzlich mit der Behauptung hervortreten, die Zeichen für ihre Falschheit als *Theorien* seien die Zeichen der Negativität und Widersprüchlichkeit dieser Sachverhalte" /102/. Dies Zitat Beckers sagt das Seine. Die in der Überschrift formulierte Frage bereits das Ihrige. Ist mehr noch zu sagen? Dies dann wohl doch. Nicht weil die von Becker dargelegte Begründung für "die methodische Irrationalität der ökonomischen Basistheorien des 'Kapital'" den Anspruch erheben könnte, irgend einen neuen und originalen Gedanken zu enthalten. Unzählige Male ist der Vorwurf, die dialektische Methode verlege Unstimmigkeiten und Widersprüche der Theorie in das von ihr untersuchte Objekt, von den positivistischen Vertretern der politischen Ökonomie, der Philosophie, der Soziologie und der Rechtstheorie erhoben worden.

Dennoch stellt die Schrift Beckers in mancher Hinsicht eine neue Etappe in der bundesrepublikanischen Beschäftigung (1) mit der Marxschen Theorie dar. Sie kennzeichnet die neue und verschärfte Form, welche die ideologische Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und marxistischer Theorie angenommen hat.

Altbekanntes aus dem Droh- und Imponiergehabe der Marxtöter findet sich jedoch ebenfalls reichlich. Dies soll zunächst vorgeführt werden.

Bevor der Marx-Bekämpfer die öffentliche Tribüne zum Zweikampf mit Marx betritt, weist er zunächst einmal lautstark auf die Einmaligkeit seiner Darbietungen hin.

Becker versichert, daß seine Kritik an der Marxschen Wertlehre einen Punkt behandeln werde, der in der "bisherigen Interpretationsgeschichte entschieden zu kurz" gekommen sei. /7/ Gemeint ist der Gegensatz von Wert und Gebrauchswert und die Bedeutung des Methodenaspekts für die politische Ökonomie von Marx sowie das Verhältnis der von Marx im Kapital angewandten Methode zu Hegels Dialektik.

Die Stilisierung zum strahlenden Helden, der mit funkelndem Geist und der ganzen Kraft des zwiefach geschliffenen Wortes die Masse der niederen Marxinterpreten dahinmäht,

* Besprechung von Werner Becker: KRITIK DER MARXSCHEN WERTLEHRE. Die methodische Irrationalität der ökonomischen Basistheorien des „Kapital"; Hamburg 1972 (Seitenangaben in Schrägstrichen beziehen sich auf dieses Buch).

1 Vgl. dazu: W.R. Beyer: TENDENZEN BUNDESDEUTSCHER MARX-BESCHÄFTIGUNG, Köln 1968.

läßt sich allerdings nur durch die Erklärung der Nichtexistenz von in Wirklichkeit sehr wohl vorhandenen Gegnern oder Mitstreitern erreichen. Die von Becker behandelte Problematik ist gerade in jüngster Zeit in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Marx gerückt. Insbesondere die Monographien von Zeleny (2) und Kosik (3), die Becker mit keinem Wort erwähnt, befassen sich eingehend mit der Wissenschaftslogik des "Kapital". Im Gegensatz zur Behauptung von Becker wird in diesen beiden Schriften, ebenso wie in der von Reichelt (4), auf die zu verweisen sich Becker immerhin noch herabläßt, die Analyse der von Marx angewandten Methode akribisch vorgenommen. Im Gegenteil ist eher die Gefahr zu erkennen, die inhaltliche Behandlung des "Kapital" werde zugunsten der seiner logischen Struktur vernachlässigt. Ferner sei, um nur aus der in letzter Zeit erschienenen Literatur einiges herauszugreifen, auf Backhaus (5), Iljenko (6) und Wygodski (7) hingewiesen, die von Becker selbst – wenn auch nur ganz beiläufig und ohne wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihnen – zitiert werden, sowie auf die Schriften von Tuchscheerer (8), Rosdolsky (9), Kumpf (10), die Becker der Erwähnung nicht für wert hält.

Die Diskussion über die Marxsche Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten, über das Verhältnis von logischer und historischer Methode, über die Beziehung zwischen realen, gesellschaftlichen Widersprüchen und dem aus ihnen erwachsendem falschen, verdinglichten Bewußtsein, dem sich die gesellschaftlichen Verhältnisse als sachliche darstellen, ist nicht nur eine literarische. An den Hochschulen wird dieser Problemkomplex intensiv diskutiert; der theoretische Standort, der in dieser Auseinandersetzung eingenommen wird, ist zugleich mitbestimmend für die politische und hochschulpolitische Gruppenbildung. Die von Becker nicht verwandte Literatur ist also weder wissenschaftlich noch praktisch unbedeutend oder irrelevant. Am Vorgehen von Becker zeigt sich, daß in der Auseinandersetzung mit Marx und seinen Interpreten sich ein Professor noch immer glaubt leisten zu können, was ihn, wenn er in gleicher Weise bürgerliche Wissenschaftler behandelte, wissenschaftlich disqualifizierte: der skandalöse Umgang mit der Literatur.

Was ein rechter Marx-Vernichter ist, der begnügt sich selbstverständlich nicht damit, vor dem Kampf erst einmal sorgfältig Konkurrenten oder Gegner, die den eigenen Ruhm verdunkeln könnten, in die Nicht-Existenz hinabzustoßen. Auch das eigentliche Kampfobjekt muß zuvor schon entsprechend präpariert werden; den Stieren gleich, die sich der umjubelte Matador nur mit abgeschliffenen Hörnern und mit Beruhigungsspritzen versehen vorführen läßt.

Becker hält es für möglich, über die Marxsche Methode ein Buch zu schreiben, und sich dabei ausschließlich auf den ersten Band des "Kapital" zu beziehen; genauer, auf die ersten Kapitel des ersten Bandes. Er möchte vermeiden, seine Darstellung mit dem "hinsichtlich der Wertlehre systematisch unklaren 3. Band des "Kapital" zu belasten"! /8/ Auch den "Rohentwurf" und die "Theorien über den Mehrwert" meint Becker unberücksichtigt lassen zu können. Dies, obwohl gerade die Bedeutung der Grundrisse für das Verständnis der Marxschen Methode in letzter Zeit verstärkt herausgestellt worden ist.

Aber diese ganze Literatur wischt Becker souverän mit der Bemerkung beiseite, es handele sich dabei um den Hang zur "philologisch-kasuistischen Behandlung der Marxschen Methode, die sich vor allem im deutschen Marx-Schrifttum eingebürgert" habe. /8/

Damit nun der Zuschauer nicht etwa auf die Idee kommt, das Schauspiel der Marx-Zerschmetterung sei lediglich eine Nachmittag-Kindervorführung, bei der gerade die schwierigen interpretatorischen Balanceakte und die tollkühnen logischen Salti mortali fehlten und durch dümmlich-drollige Auftritte des Clowns ersetzt werden, wird dem Publikum nachdrücklich versichert, ihm werde wirklich das volle, ganze Programm geboten und es werde auch bei der Konkurrenz nichts Anderes oder Besseres zu sehen bekommen.

Obwohl Becker nur die ersten Kapitel des "Kapital" abhandelt, behauptet er, seine Schrift könne "als eine Einführung in die grundlegenden Theorien der politischen Ökonomie von Marx gelesen werden". /7/ So alles wohl arrangiert habend, kann der Marx-Bezwinger in Aktion treten.

Wie sieht das aus? Man zeigt seine glänzende intellektuelle Rüstung, macht einige vorbereitende Ausfälle. Da man deutscher Professor ist, bietet man Historisches. Das will heißen: Aus zwei, drei Büchern über die Geschichte der Ökonomie und ihrer Theorie wird einiges exzerpiert. Und nicht zu vergessen: Aristoteles ziert immer ganz ungemein. Niedergestreckt wird der Feind dann mit einem Bombardement von Verbalinjurien, das in jeder anderen wissenschaftlichen Polemik gerade von bürgerlicher Seite aus als indiskutabel und unwissenschaftlich bezeichnet werden würde, welches aber gegenüber Marx in der BRD offensichtlich immer noch als die adäquate Form der Auseinandersetzung gelten darf. Das liest sich dann so: Marx geht es nicht um die Aufdeckung der inneren Gesetze der bürgerlichen Produktionsweise, vielmehr verfolgt er eine "Argumentationsstrategie", die Becker "kennzeichnet" /39/ und "charakterisiert" /41/; die Werttheorie hat "verheerende logische Folgen" und ist von einem "offenkundigen "methodischen Irrationalismus", bei der Ausarbeitung der Werttheorie zeigt sich die "methodische Unvernunft" des Verhaltens von Marx und sein Festhalten an einer "unsinnigen Prämisse" /63/; dies setzt sich dann fort in der für die marxistische Tradition "seit je üblichen Gedankenlosigkeit und dogmatischen Kritikunfähigkeit gegenüber der eigenen theoretischen Basis" /64/, weil "der im Terminus 'Gegensatz' eingestandene logische Unsinn in den Rang der positiven Bestimmtheit des Warencharakters erhoben wird" /65/; die Marxsche Mehrwerttheorie ist demgemäß "der Ausdruck eines theoretischen Zynismus" /130/, denn sie setzt "diesen Verhältnissen (den Arbeitsbedingungen in England im 19. Jahrhundert; P.R.) zynisch die Krone auf" /130/; außerdem kann sie "nicht anders denn als eine Rechtfertigungsideologie des kapitalistischen Profits und der kapitalistischen Mehrwertproduktion überhaupt betrachtet werden" /131/; "eklatant und nachweisbar falsch" ist deshalb "die gesamte bisherige Marxinterpretation, die es so darstellt, als impliziere die von Marx gelehrte Differenz von Tauschwert und Gebrauchswert der Arbeit bereits die Kritik an einem ökonomischen System, welches von der Ausnutzung dieser Differenz lebt" /132/; gleichviel besitzt die Marxsche Theorie eine "Faszination", der "hauptsächlich Intellektuelle zu erliegen pfle-

---

2 J. Zeleny: DIE WISSENSCHAFTSLOGIK BEI MARX UND DAS "KAPITAL", Frankfurt/M., Wien o.J. (Copy 1972); vgl. insbes. S. 125 ff.

3 K. Kosik: DIE DIALEKTIK DES KONKRETEN. Eine Studie zur Problematik des Menschen und der Welt, Frankfurt/M. 1967.

4 H. Reichelt: ZUR LOGISCHEN STRUKTUR DES KAPITALBEGRIFFS BEI KARL MARX, Frankfurt/M., 3. Aufl. 1972.

5 H.-G. Backhaus: "Zur Dialektik der Wertform", in: A. Schmidt, Hrsg.: BEITRÄGE ZUR MARXISTISCHEN ERKENNTNISTHEORIE, Frankfurt/M. 1969, S. 128 ff.

6 E.W. Iljenkow: "Die Dialektik des Abstrakten und Konkreten im 'Kapital' von Marx", ebenda S. 87 ff.

7 W.S. Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDECKUNG. Über die Entstehung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx, Berlin 1967.

8 W. Tuchscheerer: BEVOR "DAS KAPITAL" ENTSTAND, Berlin 1968, vgl. insbes. S. 358 ff.

9 R. Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN "KAPITAL". Der Rohentwurf des Kapital 1857-1858, 2 Bde., Frankfurt/M. 1968, vgl. insbes. Bd. 1, S. 146 ff.

10 F. Kumpf: PROBLEME DER DIALEKTIK IN LENINS IMPERIALISMUS-ANALYSE. Eine Studie zur dialektischen Logik, Berlin 1968, vgl. insbes. S. 146 ff.

gen. Sie verschafft einem das Gefühl der theoretischen Überlegenheit gegenüber der gesellschaftlichen Situation, in der man lebt" /149/; daraus folgt: „Was uns in der Situation der westlichen Demokratien jedoch nichts nützt, sind Konzepte wie das Marxsche, welche nicht bloß Utopisches verheißen, sondern sowohl in Hinsicht auf ihre plänbare Durchsetzung Utopiecharakter haben, als auch auf einer logisch-inkonsistenten=falschen Theorie basieren". /151/ So weit so gut oder auch so schlecht. So gerieren sich bekanntermaßen Marx-Töter.
Worin zeigt sich denn nun die neue und verschärfte Form der ideologischen Auseinandersetzung, die überhaupt erst die, selbst ironische, Zurkenntnisnahme des Pamphlets von Becker rechtfertigt?

Becker arbeitet mit Genauigkeit und Klarheit die "Basistheorie" des "Kapital" heraus als der "Lehre von der Arbeit als dem objektiven Tauschwert der Güter". Becker sieht richtig, daß die Methode, Marxkritik in der Form der Marxverfälschung zu betreiben oder in der des Ausspielens der Frühschriften von Marx gegen sein Hauptwerk, angesichts der breit wiederbelebten Marxbeschäftigung in der BRD keine sehr erfolgversprechende Strategie mehr sein kann. Um Marx radikal zu widerlegen, ist es erforderlich, seine Theorie – oder zumindest wichtige Teile derselben – zutreffend darzustellen. Dies erkennt Becker. Er geht aus von der Marxschen Analyse der einfachen Wertform: 20 Ellen Leinwand=1 Rock oder: 20 Ellen Leinwand sind ein Rock wert. Dieser Ausgangspunkt ist der richtige, denn: "Das Geheimnis aller Wertform steckt in dieser einfachen Wertform. Ihre Analyse bietet daher die eigentliche Schwierigkeit". (11) In der angegebenen Gleichung befindet sich der Rock in der Äquivalentform, denn "die Leinwand drückt ihren Wert aus im Rock, der Rock dient zum Material dieses Wertausdrucks" (12). Als Gebrauchswerte können Rock und Leinwand nur einander gleichgesetzt werden, wenn sie einem gemeinsamen Dritten gleichgesetzt werden. Dies ist die "zur Herstellung eines Gebrauchswerts gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit". (13) Daraus ergibt sich: "Der Körper der Ware, die zum Äquivalent dient, gilt stets als Verkörperung abstrakt menschlicher Arbeit und ist stets das Produkt einer bestimmten, nützlichen konkreten Arbeit" (14). Becker schließt daraus, was Marx mit seiner Wertgleichung eigentlich wolle: "Er faßt den Begriff der Äquivalentform, um den es hauptsächlich geht, als die *identische* Einheit zweier Maßstabsgrößen, als die *Identität* von '1 Rock', der als Gebrauchswert *Wertausdruck* des anderen Gebrauchswertes '20 Ellen Leinwand' sein soll, mit der in beiden Gebrauchswerten verkörperten 'Wertgröße', der in ihnen 'materialisierten' 'abstrakten' Arbeit." /54/55/ (Alle Sperrungen von W.B.)

Der Kritik an der Entfaltung der Kategorie der einfachen Wertform ist der Hauptteil der Schrift Beckers gewidmet. Dabei stellt er immer wieder – und im Prinzip durchaus richtig – heraus, daß "ein Gebrauchswert im Rahmen der Wertgleichung in *einer und derselben* Hinsicht als bewerteter Faktor *und* als Maßstab der Bewertung der Faktoren diene" /56/ (gesperrt W.B.), daß also im "Begriff der Äquivalentform die "Identifizierung von *Bewertungsfaktor und Bewertungsmaßstab*" vollzogen werde. /59/ Beckers Kritik an der Marxschen Wertformanalyse läßt sich mit ihm in den Satz zusammenfassen: "Was aber Teil des Bewerteten ist, kann nicht zugleich Maßstab der Bewertung sein". /55/

Aus der Tatsache, daß Becker meint, mit dieser Aussage die logische Unhaltbarkeit der Marxschen Basistheorie dargetan zu haben, erklärt sich auch, daß es ihm gut gelingt, die Bedeutung der einfachen Wertformanalyse und der in ihr enthaltenen Unterscheidung von

11 K. Marx: DAS KAPITAL. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Bd., MEW 23, S. 63.
12 K. Marx, a.a.O.
13 K. Marx: MEW 23, S. 54.
14 K. Marx: MEW 23, S. 72.

konkreter und abstrakter Arbeit für die Geldtheorie von Marx und für seine Erläuterungen über den Fetischcharakter der Waren aufzuzeigen. Durch den – zutreffenden – Nachweis nämlich, daß die Ausführungen von Marx über das Geld und über den Fetischcharakter der Waren sich notwendig aus der einfachen Wertformanalyse ergeben, muß sich die angebliche "Irrationalität" der Wertformanalyse auch auf die Analyse des Geldes und des Fetischcharakters der Ware erstrecken.

Becker ist deshalb auch in der Lage, berechtigte Kritik an marxistischen Marxinterpreten, z.B. an Mandel (15) und an dem Autorenkollektiv Marx-Arbeitsgruppe Historiker (16) zu üben, weil diese die Ware zwar als Einheit von Gebrauchswert und Wert darstellen, den gegensätzlichen Charakter dieser Einheit aber nicht oder nicht deutlich genug herausarbeiten. Auf ihn aber kommt es, darin hat Becker Recht, zum Verständnis der Marxschen Theorie ganz entscheidend an.

Die ganze Kritik Beckers besteht darin, unermüdlich zu wiederholen, daß Marx mit seiner Behauptung, in der Ware, die als Äquivalent diene, sei der Gebrauchswert die Erscheinungsform seines direkten Gegensatzes, des Werts, sei die konkrete Arbeit die Erscheinungsform ihres Gegensatzes, der abstrakten Arbeit, und sei die private Arbeit die Erscheinungsform ihres Gegensatzes der unmittelbar gesellschaftlichen Arbeit, dasjenige zu einer objektiven Gegensätzlichkeit der Warenform erkläre, was lediglich die Widersprüchlichkeit und deshalb Unrichtigkeit der Theorie sei. „Damit erscheint der *theoretische Widerspruch* als eine ökonomische *Eigenschaft der Ware.*" /71/ (Hervorhebung W.B.) Das ganze sei aber ersichtlich nichts weiter als ein übler logischer Kniff, denn Widersprüche in Theorien könnten ausschließlich als Zeichen für die Falschheit dieser Theorien dienen. Welche konkreten politischen Folgen die Behauptung von der Irrationalität der Basistheorie hat, das sagt Becker selbst mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit: „Wenn es auch schon den der Marxschen Lehre adäquaten Sozialismus nie geben wird, weil er auf einer durch und durch und nachweisbar irrationalen Theorie beruht, so kann man gleichwohl für die Einführung sozialistischer Elemente in einer bürgerlich-kapitalistischen Tauschwirtschaft plädieren, um den Auswüchsen des kapitalistischen Profitprinzips zu steuern. Ich behaupte, daß eine sinnvolle Diskussion über das Verhältnis von bürgerlich-kapitalistischem und sozialistischem Wirtschaftsprinzip überhaupt erst geführt werden kann, wenn die Marxsche Theorie aus dem Spiel bleibt." /105/

Die von Becker aufgeworfene Frage, ob eine Theorie die gesellschaftliche Wirklichkeit richtig widerspiegelt oder nicht, bleibt eine rein scholastische, wenn sie in der Beckerschen Manier unter Abstraktion von der wirklichen gesellschaftlichen Praxis behandelt wird. (17) Erfahrung, Beobachtung, Experiment, gesellschaftlich-historische Praxis entscheiden über die Richtigkeit einer Theorie. Wenn ein Naturwissenschaftler erklärt, ein Elementarteilchen sei sowohl Materie als auch das Gegenteil derselben, Bewegung, so kann dieser theoretische Widerspruch nicht als falsch bezeichnet werden, wenn sich diese Behauptung notwendig aus den experimentell festgestellten Tatsachen ergibt. Ob und in welcher Weise das Produkt einer komplizierten Arbeit wertmäßig dem Produkt einfacher Arbeit gleichgesetzt werden kann, ist eine praktische Frage. "Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung". (18) Bereits in der "Deutschen Ideologie" sagen Marx und Engels: "Die Voraussetzungen, mit denen wir beginnen, sind keine willkürlichen, keine Dogmen,

15 E. Mandel: MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE, 2 Bde., Frankfurt/M. 1972.
16 Autorenkollektiv Marx-Arbeitsgruppe Historiker: SCHULUNGSTEXT ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, 3. Aufl., Westberlin 1971.
17 Vgl. J. Zeleny, a.a.O., S. 92 ff.
18 K. Marx: MEW 23, S. 59.

es sind wirkliche Voraussetzungen, von denen man nur in der Einbildung abstrahieren kann. Es sind die wirklichen Individuen, ihre Aktion und ihre materiellen Lebensbedingungen, sowohl die vorgefundenen wie die durch eigne Aktion erzeugten. Diese Voraussetzungen sind also auf rein empirischem Wege konstatierbar." (19) Gerade im "Kapital" ist es der besondere Charakter der wissenschaftlich durchforschten gesellschaftlichen Wirklichkeit, der die logische Struktur und die "dialektische Gliederung" des Werkes bestimmt (20).

Die Richtigkeit der Theorie des „Kapital" zeigt sich darin, ob sie in der Lage ist, Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu erklären und zutreffende Voraussagen zu machen. Im Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten muß sich die Basistheorie bewähren. Deshalb weist Marx auf die innere Verbundenheit der drei Bücher des Kapitals hin (21), weil erst in den späteren Ausführungen bestimmte Erscheinungsformen, z.B. die Grundrente, behandelt werden. Die Richtigkeit dieser Theorie zeigt sich ferner darin, daß sie in der Lage ist, die Vergangenheit tiefer und richtiger zu erfassen. Vor allem erweist sich diese Theorie als richtig oder falsch, wenn sie Anleitung für das praktische Handeln der Menschen geworden ist.

Am methodischen Vorgehen von Becker, dem Aussparen der "Grundrisse", des dritten Bandes des "Kapital", der Voreingenommenheit gegen die sozialistischen Staaten zeigt sich, daß er von vornherein ausklammert, was zur Erkenntnis beitrüge, daß nicht die Marxsche Theorie, sondern die Wirklichkeit falsch ist, die diese Theorie begreift.

Die Schrift Beckers zeigt zugleich, und dies ist einer ihrer Vorzüge, daß es keineswegs ausreicht, sich, wie es in Arbeitsgruppen an den Universitäten häufig geschieht, lediglich mit den ersten Kapiteln des "Kapital" zu beschäftigen; von den didaktischen Problemen, die bei einem solchen Vorgehen sich stellen, einmal ganz abgesehen.

Beckers Abhandlung ist Reaktion auf die intensivere Beschäftigung mit den Grundkategorien der Marxschen Theorie in der BRD. Durch sie wird deutlich, daß die Verschärfung der ideologischen Auseinandersetzung für den Marxismus sowohl Anlaß zu Genugtuung als auch zu verstärkter Anstrengung ist. Es ist ein Zeichen für die Stärke und Durchsetzungskraft marxistischer Theorie, wenn bürgerliche Theoretiker gezwungen werden, sich mit den wirklichen Kerngedanken von Marx auseinanderzusetzen und mit der Taktik der Verfälschung oder des Verschweigens nicht mehr erfolgreich sein können. Andererseits erfordert die Konzentration der Kritik auf den wesentlichen Gehalt der marxistischen Theorie in verstärktem Maße die „Anstrengung des Begriffs".

Peter Römer

19 K. Marx/F. Engels: DIE DEUTSCHE IDEOLOGIE, MEW 3, S. 20.
20 Vgl. K. Kosik, a.a.O., S. 177.
21 K. Marx: Brief an F. Engels v. 30.4.1968, MEW 32, S. 70 ff., S. 74.

JÜRGENS BUCHLADEN

Politische Oekonomie
Politik

Theorie & Geschichte
der Arbeiterbewegung

1 Berlin 33 Königin-Luise-Str. 40 U-Bahnhof Dahlem Dorf

Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß *

Im Staatsverlag der DDR erschien gegen Ende 1972 ein bemerkenswertes Buch über die friedliche Koexistenz und ihre Verflechtung mit dem revolutionären Prozeß. Die Ausgabe entspricht nicht der Moskauer Ausgabe von 1971, sondern ist vom Autor unter Einbeziehung der Ergebnisse des XXIV. Parteitages der KPdSU gründlich überarbeitet worden.

Charakteristisch für die Betrachtungsweise des Verfassers ist, daß er sich mit wichtigen Fragen des revolutionären Prozesses und der Begründung und Wirkung der Politik der friedlichen Koexistenz grundsätzlich auseinandersetzt. Er beschränkt sich nicht auf einige aktuelle Probleme. Dementsprechend beruft er sich nicht auf bloße Prinzipien, sondern stellt deren Zustandekommen unter den jeweils konkreten historischen Bedingungen dar. Der Autor schreibt nicht einfach über friedliche Koexistenz, sondern er vermittelt eine Lektion in Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes.

Dabei setzt er sich folgerichtig in jedem Kapitel immer wieder mit den bürgerlichen Ideologen und den professionellen Marxismus-Leninismus-Fälschern auseinander, die sich in dieser Frage offensichtlich besonders berufen fühlen, dem wissenschaftlichen Kommunismus nachzuweisen, daß er sich selbst „widerspricht".

Beliebteste Variante bleibt dabei der Versuch, Marxismus und Leninismus gegeneinander auszuspielen. Jegorow weist diese Angriffe zurück, indem er ausführlich auf Unterschiede und Einheitlichkeit zwischen Marx und Lenin eingeht und aufzeigt, wie Lenin konkret zur Weiterentwicklung des Marxismus beigetragen hat.

Die verschiedenen Spielarten der Marxologie treffen sich in der Behauptung, die Politik der friedlichen Koexistenz und das Eintreten für die revolutionäre Umgestaltung bzw. die Theorie und Praxis der sozialistischen Außenpolitik widersprächen sich – entweder verrieten die Kommunisten die Revolution oder aber ihre Friedenspolitik sei bloße Demagogie bis zu dem Zeitpunkt, da sie den „gewaltsamen Export der Revolution" einleiten würden. Jegorow zeigt immer wieder auf, welcher Klassenstandpunkt sich dahinter verbirgt.

Darüberhinaus setzt er sich auch mit einigen Vertretern der kommunistischen Weltbewegung auseinander, die die friedliche Koexistenz einseitig betrachten oder bestimmte Seiten des revolutionären Prozesses verabsolutieren.

Im ersten Kapitel zeigt der Autor die Entwicklung des Prinzips der friedlichen Koexistenz von Staaten mit entgegengesetzter Gesellschaftsordnung aus der Leninschen Theorie der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus. Zugleich beweist er, daß die Idee der friedlichen Koexistenz nur im Zusammenhang mit der Leninschen Imperialismustheorie begriffen werden kann.

* Besprechung von W.N. Jegorow: FRIEDLICHE KOEXISTENZ UND REVOLUTIONÄRER PROZESS, Berlin 1972.

Im zweiten Kapitel legt der Verfasser Lenins These von der Unvermeidlichkeit der Kriege mit dem Imperialismus nach der Oktoberrevolution dar. Er weist nach, daß sie gerade in der Phase des Aufbaus des Sozialismus in einem Land dem Prinzip der friedlichen Koexistenz nicht widerspricht, sondern daß die friedliche Koexistenz zeitweiligen Charakter annahm und erheblich dazu beitrug, den unausweichlichen Krieg auf einen „günstigeren" Zeitpunkt hinauszuschieben.

Das dritte Kapitel behandelt die Frage der Wahl der Wege der Revolution und der friedlichen Koexistenz. Zunächst hält Jegorow fest, daß es zwei Wege der Revolution gibt – den relativ friedlichen und den bewaffneten. Zwischen diesen beiden Wegen des revolutionären Kampfes gibt es keinen prinzipiellen Unterschied, wie z.B. den zwischen Evolution und Revolution. Wesentlich bestimmt wird die Wahl der Wege und Formen des revolutionären Kampfes von den objektiven Bedingungen, von der Politik der Ausbeuterklassen, vom Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution und davon, ob die revolutionären Kräfte ihrer Stärke nach der Bourgeoisie den friedlichen Weg aufzwingen können. „Für die gegenwärtige Epoche ist die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems zum bestimmenden Faktor der Gesellschaft charakteristisch. Die Macht des Weltsozialismus erschwert den „Export" der Konterrevolution, wodurch sich die inneren revolutionären Prozesse in den einzelnen Ländern in relativ friedlichen Formen entwickeln können." /105/ Im übrigen können in jeder Situation rasche Umorientierungen notwendig sein. Eine starre Trennung zwischen den zwei Wegen – so betont Jegorow – gibt es nicht.

> „Die friedliche und die nichtfriedliche Form des revolutionären Kampfes ist keine strategische, sondern eine taktische Frage, die vom Kräfteverhältnis und der Einschätzung der Lage zu einem bestimmten Zeitpunkt der Entwicklung der Revolution abhängt. Die Erfahrungen zeigen, daß die kommunistischen Parteien bei jedem revolutionären Weg – dem friedlichen oder dem bewaffneten – alle Formen des revolutionären Kampfes geschickt nutzen." /79/

Die friedliche Koexistenz fördert nicht nur den friedlichen Weg der Revolution, sondern alle Formen und Wege des revolutionären Kampfes für den Übergang zum Sozialismus.

Damit wendet sich der Autor zugleich gegen einige Tendenzen der Verabsolutierung des friedlichen Weges, die davon ausgehen, daß früher nur der bewaffnete, heute aber allein der friedliche Weg zu beschreiten sei.

Scharf kritisiert werden von Jegorow auch die Versuche zur „Beschleunigung" der Revolution durch den bewaffneten Kampf. Der revolutionäre Prozeß läßt sich nicht willkürlich beschleunigen, wie es von pseudorevolutionären Kräften unter Mißachtung der objektiven Bedingungen und der Entwicklung des subjektiven Faktors propagiert wird.

Das vierte Kapitel greift in die Diskussion über das Hinüberwachsen der demokratischen Revolution in die sozialistische ein und weist darauf hin, daß Tendenzen des Hinüberwachsens in der einen oder anderen Form unvermeidlich sind.

Im fünften Kapitel beschäftigt sich Jegorow mit der bürgerlichen These der Unvereinbarkeit der Weltrevolution mit dem Prinzip der friedlichen Koexistenz und mit der These vom „Export der Revolution". Er beweist die dialektische Einheit zwischen der Einhaltung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus und dem Kampf um die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz. Die friedliche Koexistenz ist kein Verzicht auf den Kampf gegen den Imperialismus, sondern setzt ihn voraus. Also besteht zwischen beiden ein direkter Zusammenhang.

Erst nachdem der Autor die Entstehung und Auswirkung des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz im revolutionären Prozeß dargestellt hat, gibt er im sechsten Kapitel eine Definition:

> „Die friedliche Koexistenz der Staaten mit entgegengesetzen Gesellschaftssystemen ist eine der Haupttendenzen der Entwicklung in der Welt, die durch das Entstehen der kommunistischen sozialökonomischen Formation, durch die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses bedingt ist.
>
> Die friedliche Koexistenz ist ein Beispiel für die dialektische Einheit und den Kampf der Gegensätze. Einerseits stellt sie eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der historischen Offensive des Sozialismus gegen den Kapitalismus, des Kampfes um die Untergrabung seiner Position im Weltmaßstab dar. Andererseits setzt die friedliche Koexistenz in den internationalen Beziehungen Gleichberechtigung, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen den Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftssystemen, die Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die die Anerkennung der Unabhängigkeit und die strikte Achtung der Souveränität und territorilaen Integrität aller Länder voraus. Die friedliche Koexistenz enthält den den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und ihre Beilegung durch Verhandlungen. Die friedliche Koexistenz schließt den Kampf der beiden Systeme ein, einen Krieg zwischen ihnen jedoch aus.
>
> Die friedliche Koexistenz ist die einzig mögliche Form des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab, der die Entwicklung ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der beiden Systeme auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils umfaßt." /216/

Da der Kampf um die friedliche Koexistenz gegen den Imperialismus gerichtet ist, bedeutet er zum einen eine Verschärfung des ideologischen Kampfes und zum anderen das Streben nach der Veränderung des sozialen und politischen status quo.

Das Kapitel sieben beinhaltet die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Konzeptionen der Koexistenz vom „Kalten Krieg" und dem „Gleichgewicht des Schreckens" bis zur „ideologischen Koexistenz" und Konvergenztheorie.

Einige Probleme bleiben allerdings trotz der umfassenden und sorgfältigen Darstellung offen oder bedürfen der weiteren Klärung.

Zum einen: Jegorow stellt die friedliche Koexistenz als politisches Prinzip, also als Form des internationalen Klassenkampfes dar. Er geht aber nicht darauf ein, ob es sich dabei um eine objektive Gesetzmäßigkeit des revolutionären Weltprozesses handelt.

Ein anderes Problem ist Jegorows Ablehnung des völkerrechtlichen Prinzips der „friedlichen Koexistenz unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung."

Das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz ist eine Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus und darf nicht mit der demokratischen Völkerrechtsnorm verwechselt werden.

Ebenso warnt Jegorow vor der Gleichsetzung des Kampfes um die friedliche Koexistenz und der Friedensbewegung, deren Klassencharakter meist nicht eindeutig ist. Die Frage nach der Existenz einer demokratischen Völkerrechtsnorm der friedlichen Koexistenz wird damit aber noch nicht beantwortet.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß Jegorows Arbeit gerade zum jetzigen Zeitpunkt, da das Prinzip der friedlichen Koexistenz erfolgreich durchgesetzt und ständig diskutiert wird, eine wichtige Hilfe im Kampf gegen die rechten und linken Opportunisten und in der ideologischen Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie liefert.

Heinrich Heims

Ästhetik und Kommunikation Beiträge zur politischen Erziehung

Heft 12 erscheint im Juni 1973
Einzelheft DM 5,–
Jahresabonnement DM 14,–
zuzüglich Porto

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Rowohlt Verlag

Heft 10 Schwerpunktthemen:

Peter Gorsen
Das Auge des Arbeiters
Anfänge einer proletarischen Bildpresse

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung
Eine Dokumentation. Bildmaterial, Texte und Interviews

Texte aus dem Arbeiter-Fotografen

Willi Münzenberg
Aufgaben und Ziele der internationalen Arbeiter-Fotografen-Bewegung

Hermann Leupold
Das Bild – eine Waffe im Klassenkampf

Franz Höllering
Der Arbeiter-Fotograf als Reporter und Künstler

Fragen an Theo Pinkus
über seine Arbeit bei der AIZ

John Heartfield
Krieg im Frieden
Fotomontagen zur Zeit

Heft 11 Schwerpunktthemen:

Kritik der Medienpädagogik

Interview mit Mikis Theodorakis

Diskussion mit A. Kluge und O. Negt über ihr neues Buch

Neuerscheinung

Literatur im Klassenkampf

Beiträge zur sozialistischen Literatur aus der Weimarer Republik. 148 S., 6,– DM.

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller.

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

PROKLA

Zeitschrift für Sozialwissenschaft

Herausgeber: Klaus Horn, Claus Koch, Wolf-Dieter Narr, Claus Offe, Dieter Senghaas, Winfried Vogt
Redaktion: Claus Koch
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Umfang: je Heft ca. 144 Seiten
Format: 15,5 × 22,6 cm
Bezugspreise: Normalabonnement **DM 40,– jährlich**
Studentenabonnement **DM 30,– jährlich**
Einzelheft **DM 12,–**
(jeweils zuzüglich Porto)

Diese neue Zeitschrift behandelt die Hauptprobleme der heutigen sozialwissenschaftlichen Diskussion: Staat und Planung, Wachstum und Infrastruktur, Arbeitsökonomie und technischer Fortschritt, Bürokratie und Technokratie. Mit interdisziplinärer Zielsetzung vertreten die sechs Herausgeber von der Politischen Wissenschaft und der Nationalökonomie bis zur Soziologie und Sozialpsychologie die wichtigsten sozialwissenschaftlichen Einzeldisziplinen.

Fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an: 4 Düsseldorf, Postfach 1507. Bestellungen bitte an Ihre Buchhandlung oder direkt an den Verlag.

BERTELSMANN UNIVERSITÄTS-VERLAG

Rotbücher

Sozialistisches Jahrbuch 4

Gegen die **Psychiatrie.** – Kuba: **Heberto Padilla,** ein Fall. – Jacques Valier, **Kuba 1968–71.** – Fred Halliday, Der Aufstand in **Ceylon.** – Interview mit **Bernadette Devlin.** – **Klaus Hartung,** der Prozeß gegen Dieter Kunzelmann. – **Regis Debray,** Was wir von den Tupamaros lernen können.
Herausg. von **Wolfgang Dreßen.**
ROTBUCH 41. 192 Seiten. DM 6,50

Ch. Bettelheim / M.-A. Macciocchi u. a.

China 1972

Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution
Anhand von Dokumenten, Interviews und Protokollen aus dem heutigen China wird das Funktionieren der chinesischen Massendemokratie, der Alltag in Betrieb und Schule dargestellt.
ROTBUCH 42. 160 Seiten. DM 6,50

Eckhard Joite

Fixen: Opium fürs Volk

Konsumentenprotokolle
Fixer und andere Drogenabhängige beschreiben in Tonbandprotokollen bewußt oder unbewußt ihre Zerstörung. Mitglieder des Berliner Release-Zentrums kommentieren diese Berichte und beschreiben den politischen Ausweg aus dem „Drogenklima".
ROTBUCH 38. 144 Seiten. DM 5,50

D. Guérin / E. Mandel

Einführung in die Geschichte des amerikanischen Monopolkapitals

In diesem verständlichen Schulungstext wird die politische Ökonomie des Monopolkapitalismus nicht über einen fertigen marxistischen Begriffsapparat vermittelt, sondern durch praktische, anschauliche Beispiele aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben.
ROTBUCH 37. 144 Seiten. DM 6,50

Pino Ferraris

Die 100 Tage von Reggio

Bericht über einen Aufstand in Süditalien
Ferraris zeigt – wie Marx am Beispiel der Pariser Kommune – die konkreten Ursachen der Revolte in Reggio: den Musterfall eines Aufstandes, demgegenüber die Linke nicht einmal Begriffe entwickeln konnte und der so von den Faschisten übernommen wurde.
ROTBUCH 35. 112 Seiten. DM 4,50

Jährlich etwa 8 neue ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abonnement 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: Verlag Klaus Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Str. 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns, wir nennen Ihnen eine andere.

WAGENBACH

rororo aktuell

aktuell rororo

Größte deutsche politische Taschenbuchreihe
Über 100 Bände sind erschienen

Herausgegeben von Freimut Duve

Marios Nikolinakos **Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage** (1581 · DM 3,80)

Robert L. Heilbroner **Im Namen des Profits oder Fahrlässigkeit als Unternehmensprinzip**
Berichte zur Wirtschaftskriminalität in den USA (1650 · DM 4,80)

Brigitte Heinrich · Jürgen Roth **Partner Türkei oder Foltern für die Freiheit des Westens?** (1600 · DM 3,80)

Richard Parker **Der Mythos von der Mittelschicht**
Ein Armutszeugnis der Wohlstandsgesellschaft (1652 · DM 4,80)

Hugo Ritter **Verrat an der sozialen Marktwirtschaft?** Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit (1608 · DM 3,80)

Dierk-Eckhard Becker · Elmar Wiesendahl **Ohne Programm nach Bonn** oder Die Union als Kanzlerwahl-Verein (1606 · DM 3,80)

Karin Günther-Thoma · Regina Henze
Linette Schönegge **Kinderplanet oder Das Elend der Kinder in der Großstadt** (1602 · DM 3,80)

Autorenkollektiv Polizei Hessen · Universität Bremen **Aufstand der Ordnungshüter oder Was wird aus der Polizei?** (1596 · DM 4,80)

Jörg Richter (Hg.) **Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft** (1547 · DM 3,80)

Marcio M. Alves **Brasilien – Rechtsdiktatur zwischen Armut und Revolution** (1549 · DM 4,80)

Autorenkollektiv Presse **Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit**
Vorwort Heinrich Böll (1599 · DM 3,80)

dv
Dr. Duwe-Verlag GmbH

Bestellungen:
Dr. Duwe-Verlag GmbH
Vertrieb und Versand

1 Westberlin 21
Bartingallee 16
Telefon (0311) 3 92 57 20
Postscheckamt Berlin (West)
Konto: 23 24 24 - 109
3.– DM

Jürgen Bodelle

NEU

Die antimonopolistische Demokratie

Alternative zur spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD

Dieser Beitrag greift u.a. die alte Streitfrage nach „der Demokratie" auf und versucht gleichzeitig, den diffamierenden Charakter der Behauptung bloßzulegen, Kommunisten und klassenbewußte Sozialdemokraten und überhaupt „die gesamte Linke" strebten „die Demokratie nur für eine Übergangsperiode" an.

Das Thema ist aktuell, weil es in grundsätzlichen Fragen zur Klärung des demokratischen Weges und Ziels der progressiven Kräfte in der BRD beiträgt. Der Autor stellt einleitend aus marxistischer Sicht den engen Zusammenhang von demokratischem und sozialistischem Kampf dar; das theoretische Konzept einer für die BRD zu erkämpfenden antimonopolistischen Demokratie wird – soweit als möglich – konkretisiert. In dem anschließenden Interview mit Willi Gerns und Dr. Robert Steigerwald, Mitglieder des Sekretariats beim Parteivorstand der DKP, werden zahlreiche Fragen berührt, die zu diesem Konzept von links- und rechtsopportunistischer Seite ins Feld geführt werden.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich

..... Probeexemplar(e)NACHRICHTEN

..... Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von DM 20,– jährlich einschließlich Portogebühren

..... INFORMATIONEN Nr. ..... zum Preis von DM 1,50 zuzgl. Portogebühren

..... Abonnement(s) der „INFORMATIONEN" zum Preis von jährlich DM 7,– einschl. Portogebühren.

Name: .....

Vorname: .....

Ort (.....) .....

Straße: .....

....

Datum Unterschrift

(Bitte deutlich schreiben!)

NACHRICHTEN-Verlags-GmbH

6000 Frankfurt am Main 1

Postfach 180 372

Neuerscheinungen

..... NACHRICHTEN-Sonderdruck, Dokumentation gewerkschaftlicher Beschlüsse 1972. Die wichtigsten Entschließungen des 9. DGB-Kongresses, der sieben 1972 stattgefundenen Gewerkschaftstage sowie weiterer Grundsatzbeschlüsse des DGB-Vorstandes und des Beirates und des Vorstands der IG Metall. Besonders zu beachten das neue DGB-Aktionsprogramm, die acht Prüfsteine an die politischen Parteien sowie die jugendpolitischen Forderungen des DGB.
36 Seiten, DIN A 4, fester Umschlag, Preis 2,– DM

Aus unserem Verlagsprogramm

..... Gewerkschaften in der DDR
6,– DM, 182 Seiten

..... G. Siebert, Betriebsverfassungsgesetz '72
7,50 DM, 235 Seiten, durch ein Register erweiterte 2. Auflage

..... Entschleierte Profite – Bilanzlesen leichtgemacht
8,– DM, 160 Seiten, 5 Formblätter, 2. Auflage

..... H. Seeger, EWG-Monopole – gewerkschaftliche Gegenmacht
4,50 DM, 116 Seiten

..... Gewerkschaften – Standort und Perspektive
7,50 DM, 344 Seiten

..... G. Siebert, Mitbestimmung drüben – überbetrieblich
5,– DM, 160 Seiten

..... Lenin und Fragen der Gewerkschaftspolitik
5,– DM, 238 Seiten

..... H. Seeger (Hrsgb.), Marxismus leichtgemacht
5. erweiterte Auflage, 2,– DM, 24 Seiten DIN A 4

N VG
Nachrichten-Verlags-GmbH
6 Frankfurt 1, Postfach 180 372

Bücher über die man spricht

Oskar Neumann

„Sicher ins Jahr 2000"?

Reihe Marxismus aktuell 54, 150 Seiten TB, DM 6,50

Über das Thema des Buches hat der Autor in den letzten Jahren viel geschrieben und gesprochen — in Rundfunk und Fernsehen, auf Kongressen, in Seminaren, an Volkshochschulen und Universitäten, bei der Marxistischen Arbeiterbildung und Veranstaltungen der DKP. Die Teilnehmer haben an diesem Buch großen Anteil, waren sie doch zumeist nicht nur Hörer, sondern auch Diskussionspartner, als Lernende die Lehrer des Autors. Dadurch wird auch das Verhältnis der Leser zum Buch bestimmt.

G. Bessau / E. Dähne / K.-H. Heinemann / H. Jung

Inflation heute — Hintergründe der Preissteigerungen und der Geldentwertung in der BRD — Gewinner und Verlierer

Reihe Marxismus aktuell 51, 112 Seiten, DM 4,—

Kein Buch für Währungsexperten, sondern für die Betroffenen der Krisen, für Arbeiter und Angestellte vor allem. Mit Hilfe der marxistischen politischen Ökonomie zeigt es die wahren Ursachen der Inflation, zeigt es, wem sie nützt und wie tatsächlich diese Entwicklung aufgehalten werden könnte.

collectiv

Literatur die verändert

Literatur, die verändert . . . in den collectiv-Buchhandlungen

51 Aachen, Schildstr. 5
Adam Kuckhoff-Buchhandlung
Inh. Heinr. Kolberg
Tel. (02 41) 3 25 61

507 Bergisch-Gladbach, Bensberger Straße 128
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Inh. Kroll-Eyring

33 Braunschweig, Adolfstr. 1
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

28 Bremen 1, Schillerstr. 12 a
DEIN BUCH Volksbuchhandlung für Wissen und Fortschritt
Tel. (04 21) 32 33 34

61 Darmstadt, Lauteschläger 3
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt
Tel. (0 61 51) 7 52 30

46 Dortmund, Kampstr. 80
Büchershop Angela Davis
Tel. (02 31) 14 52 89

4 Düsseldorf, Ackerstr. 3
Das internationale Buch
Tel. (02 11) 35 38 83/84

8520 Erlangen, Schiffstr. 5
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

43 Essen, Hoffnungstr. 18
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Tel. (0 21 41) 23 20 14

6 Frankfurt/Main, Schumannstr. 56
tat-buchhandlung „Johanna Kirchner"
Tel. (06 11) 75 10 46

78 Freiburg, An der Mehlwaage 2
Buchhandlung Walter Herbster
Tel. (07 61) 2 51 36

63 Gießen, Schiffenberger Weg 1
Buchhandlung Wissen u. Fortschritt GmbH
Tel. (06 41) 7 89 48

34 Göttingen, Burgstraße 24
Wissen und Fortschritt Buchhdlg./ Filiale

2 Hamburg 13, Johnsallee 67
internationale Buchhandlung GmbH
Tel. (04 11) 4 10 45 72

3 Hannover-Linden, Limmerstr. 106
Wissen und Fortschritt Buchhandlung
Inh. Hans Feist
Tel. (05 11) 45 45 10

69 Heidelberg, Plöck 64 a
Buchhandlung collectiv GmbH

35 Kassel, Werner-Hilpert-Str. 5
Wissen und Fortschritt GmbH/Filiale
Tel. (05 61) 1 56 42

23 Kiel 1, Falckstr. 16
collectiv-Buchhandlung
Tel. (04 31) 4 24 50

5 Köln, Fleischmengergasse 31
rote bücherstube koln
Tel. (02 21) 21 57 70

415 Krefeld, St.-Anton-Str. 86
Buchhandlung Rosa Luxemburg
Inh. Horst Wilhelms
Tel. (0 21 51) 77 14 74

65 Mainz, Bilhildisstr. 15
Bücherzentrum Süd-West
Tel. (0 61 31) 2 49 16

68 Mannheim, U 2, 3
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (06 21) 1 56 64

355 Marburg, Am Grün 56
Buchhdlg. Wissen und Fortschritt GmbH, Filiale
Tel. (0 64 21) 2 64 12

8 München 2, Reisingerstr. 5
Buchvertrieb „Hans Beimler"
Inh. Reiner Sternagel
Tel. (08 11) 26 79 68

8 München 13, Türkenstr. 66
Buchhandlung Libresso München
Tel. (08 11) 28 17 67

85 Nürnberg, Augustinerstr. 4
Libresso-Buchzentrum Sabine Weber
Tel. (09 11) 22 15 07

84 Regensburg, Glockengasse 7
Libresso-Buchzentrum
Sabine Weber

66 Saarbrücken, Nauwieser Str. 13
lenchen demuth-buchladen
Inh. Nora Kozmiensky
Tel. (06 81) 3 65 59

59 Siegen, Freudenberger Str. 18
Buchhandlung Wissen und Fortschritt
Tel. (02 71) 5 47 66

7 Stuttgart, Neugereutstr. 6
Versandbuchhdlg. Hornung u. Steinbach
Tel. (07 11) 60 41 67

56 Wuppertal-Elberf., Gathe 55—57
Friedrich-Engels-Buchhandlung
Tel. (0 21 21) 45 28 53

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

19
(August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus**/Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitalismus vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**

Albert Engelahrdt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur "Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7).

Ein neues Manuskript von Karl Marx

20
(Okt. 72)

Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen:
1. Kathrin Schran: **Sackgassen und Perspektiven für Westberlin**/2. Sonja Piron: **Die Westberliner Arbeiterklasse**/Kyoichi Maekawa: **Die allseitige Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und die hohe Akkumulation des Monopolkapitals in Japan.**

Klaus Pickshaus: Dockerstreik in Großbritannien/Wolfgang Ehrhardt: Die chilenische Auslandsschuld als entscheidender Hebel des Imperialismus/Astrid Kaiser, Hans-Rainer Kaiser: Lehrerausbildung und politischer Kampf/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

21
(Dez. 72)

Ilan Reisin: **Zur Diskussion neuerer Probleme des Imperialismus-Analyse**/Thomas Funke: **Zur Entwicklung Westberlins 1945 bis 1972.**

Georg Hauß, Volker Peschke, Peter Wille: Hochschulkampf in Westberlin/Richard Albrecht: Wer wen? – Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag "neue kritik"/Richard Albrecht: Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920/Volker Gransow: Informationen über Kapitalismustheorie in der DDR?

22
(Febr. 73)

Jürgen Ostrowsky, Karl Unger: **Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika**/Richard Albrecht: **Die gegenwärtige Korsch-Renaissance in der BRD und Westberlin.**

Dieter Boris: Zum revolutionären Prozeß in Chile/Wilgart Schuchardt: Wissenschaftlich-technische Intelligenz/Bettina Gransow: Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus.

Bezugsbedingungen für die SOZIALISTISCHE POLITIK

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,– zuzüglich Porto. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,– zuzüglich DM 2,– Porto, insgesamt also DM 20,–.

Die Lieferung der Ausgabe wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010-107, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

SOPO 1 – 4, 1. Jahrgang 1969 – vergriffen
SOPO 5 – 9, 2. Jahrgang 1970 – vergriffen
SOPO 10 – 15, 3. Jahrgang 1971 – vorrätig; außer SOPO 10
SOPO 16 – 21, 4. Jahrgang 1972 – vorrätig

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr. ...

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 20,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

Name: **Vorname:**

Postleitzahl: **Ort:** **Straße:**

Datum: **Unterschrift:**

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1000 Berlin 41
POSTFACH 270